



Pelikan

KOHLNPAPIER
CARBON PAPER
PAPIER CARBONE
PAPEL CARBON

1022 G

interplastic

GÜNTHER WAGNER



20 Jahre Suchdienst

Auszug aus dem Jahrbuch 1966
des Deutschen Roten Kreuzes

20 Jahre Suchdienst

Auszug aus dem Jahrbuch 1965
des Deutschen Roten Kreuzes

Suchdienst nach zwanzig Jahren

Der Suchdienst ist nun zwanzig Jahre alt. Sind zwanzig Jahre Nachforschungen nicht genug? Aus Kindern sind Erwachsene geworden. Der Schmerz um den Verlust eines geliebten Menschen wird nur noch still empfunden. Manche haben sich mit der Unklarheit abgefunden.

Darf das Rote Kreuz nun die Nachforschungen einstellen? Es gibt noch 2000 junge Menschen, die nicht den Namen kennen, den ihnen ihre Eltern gegeben haben, und nicht den Tag, an dem sie geboren wurden; durch die Nachforschungen können viele von ihnen auch heute noch erfahren, wer sie sind und wo ihre Familie geblieben ist. Die meisten der verschollenen Soldaten sind nicht mehr unter den Lebenden; durch die Nachforschungen kann auch künftig festgestellt werden, wo und wann viele von ihnen ihr Leben gelassen haben; muß man das für die Familien tun, oder bedeutet das nur Aufreißen alter Wunden? Einige der Verschollenen, Soldaten, mehr aber noch Zivilisten, sind noch am Leben, obwohl ihre Angehörigen sie als verschollen ansehen; das Rote Kreuz arbeitet sich durch seine Nachforschungen zu ihnen vor; dürfen wir diesen Weg zu ihnen sperren?

Solche Fragen werden gestellt; sie sollen auch am Anfang des Berichtes über die Lage im Suchdienst nach zwanzig Jahren Nachkriegsarbeit stehen. Natürlich sind es zumeist Menschen, die nicht selbst betroffen sind, die solche Fragen stellen. Unrichtige Einschätzung kann dazu führen, daß Interessen von Mitmenschen verletzt werden; so soll die Darlegung der Tatbestände helfen, daß die die Verantwortung tragen, zu einer richtigen Beurteilung kommen. Obwohl die Hauptabsicht in der Darlegung der Problematik von 1965 besteht, ist es nützlich, einen Blick auf die Entwicklung des Problems und die bisherigen Lösungsversuche zu werfen.

14 Millionen fragten nach ihren Angehörigen

Mit dem Augenblick, wo der Krieg zu Ende war, entstand in jedem der Wunsch, so schnell wie möglich wieder nach Hause zu kommen. Das war schwer genug und für Gefangene zum Beispiel zunächst überhaupt nicht zu verwirklichen. Viele konnten aber nicht mehr nach Hause zurückkehren, und viele wußten nicht, ob sie es können. 14 Millionen fragten nach der Kapitulation, wo sich ihre Angehörigen befanden. Man mußte sich nun neu einrichten, und man wollte das natürlich zusammen

mit Frau und Kind und Eltern. Es war buchstäblich die erste Frage: „Wo sind meine Leute?“ Man suchte, wo man diese Frage stellen konnte.

Wie dieses Problem überall mit einem Schlag da war, so ist auch überall mit einem Schlag der Suchdienst entstanden. Es wäre zu einfach zu schreiben, daß er im Mai 1945 in Flensburg und kurz darauf unter ähnlichen Vorstellungen in München begründet worden ist.

Glücklicherweise brauchte der Suchdienst nicht aus dem Nichts zu entstehen. Denn es gab ja schon ein zentrales Amt beim Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes mit Landesnachforschungsdiensten und Kreisnachforschungsdiensten. Im Kriege hatte deren Hauptaufgabe im Beratungs- und Auskunftswesen gelegen, in der Vermittlung der Hilfsmöglichkeiten, die die verschiedenen Instanzen des Staates und der Wehrmacht und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz boten. Die deutschen staatlichen Stellen über den kommunalen waren mit der Kapitulation weggefallen. Das Bedürfnis nach den von ihnen zu gewährenden Leistungen stieg aber ins nicht Gemessene. Symbol sind die Schlangen, die sich vor den Dienststellen des Roten Kreuzes bildeten, nicht nur in Flensburg und München, sondern überall. Die Menschen verlangten vom Roten Kreuz, was sie nicht mehr von anderen verlangen konnten, und das Rote Kreuz mußte, ob es wollte oder nicht, diese neuen Aufgaben auf sich nehmen. Die örtlichen Rotkreuz-Stellen mußten mit dem Publikumsandrang fertig werden. Die Kreisstellen hatten keine Zeit, Überlegungen über ihre veränderte Situation anzustellen, zu fragen, wem sie zugehörten, z. B. ob es noch ein Präsidium gab. Der Kreisverband Nürnberg berichtet:

Am Tage des totalen Zusammenbruchs

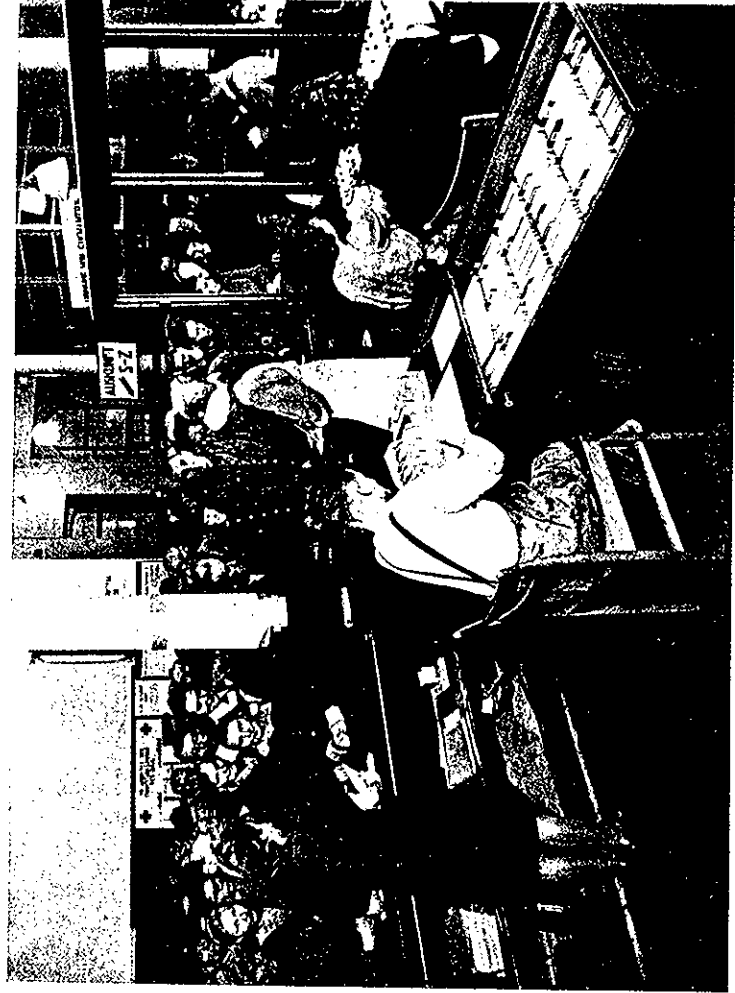
„Nach am Tage des totalen Zusammenbruchs mußte das Rote Kreuz neben der Erhaltung der Sanitätskolonnen und des Krankentransports den Aufbau einer Organisation in die Hand nehmen, die sich der Kriegseingefangenen, Flüchtlinge und Vermißten angehörigen annahm. Im Kreisbereich wurden 4000 Kriegseingefangene in den Stalag (später Lager Valka und Infanteriekaserne Schweinau) befreit und be-rateten. Tausende von Suchanträgen mußten auf-ge-nommen werden, um den Angehörigen Auskunft über den Verbleib ihrer Männer und Söhne zu ver-schaffen. Beim Kreisverband standen Tag für Tag frühmorgens bis spätabends Schlangen von Men-

sch, welche Suchanträge noch ihren Angehörigen stellten, um möglichst bald ein Lebenszeichen zu erhalten.“

Nicht nur das Rote Kreuz, sondern auch Persönlichkeiten aus der Bürgerschaft griffen zu; das zeigt der Bericht des Kreisverbandes Kulmbach:

„Das Ende des 2. Weltkrieges brachte grausame Zeiten. Viele entlassene Soldaten zogen von Stadt zu Stadt; sie hatten keine Bleibe. Aus dem Osten strömten Flüchtlingstransporte, viele Menschen waren aus ihrer Heimat vertrieben. Die nach an-tierenden deutschen Verwaltungsstellen waren nicht in der Lage, den eingetretenen Verhältnissen stand-zuhalten. Viele Familien waren durch die Gescheh-nisse voneinander getrennt, viele Kinder gingen verloren, und viele, viele Familienangehörige fan-den den Tod. Um etwas helfen zu können, ent-schloß sich Fräulein Franziska Schösser, Lehr-erin, in Verbindung mit dem Lehrer Karl Röder (der später von der Militärregierung als Landrat für den Kreis Kulmbach eingesetzt wurde), die durchziehenden und hilfesuchenden Männer, Frauen und Kinder nach dem Herkunftsort in einem Heft zu registrieren. Herr Röder stellte einen kleinen Raum (die Kasse im städt. Volksbad) zur Ver-fügung. Bald hat sich im ganzen Kreis und der Umgebung herumgesprochen, daß im Volksbad eine Stelle eingerichtet ist, in der man in einem Heft sich eintragen kann, und so kam es, daß das Heft bald nicht mehr für die Registrierung ausreichte. Fräulein Schösser war nicht mehr in der Lage, allein die vielen Anfragen und Auskünfte zu be-wältigen. So wurden im Juli 1945 Herr Lothar Mehwald und im August 1945 Herr Eugen Schmidt und Herr Eugen Schiele eingestellt. Auch die angefangenen Listen reichten nicht mehr aus, um den Suchenden richtig zu helfen. Es wurde eine Kartei entworfen, eine Stammkarte für die Heimatvertriebenen, die sich im Stadt- und Land-kreis Kulmbach niedergelassen hatten, und eine Suchkarte für die Gesuchten. Die Suchkarten wur-den mit den in der Zwischenzeit errichteten Such-stellen in Bayreuth, Hof und Erlangen ausgetauscht. Bei dem Militärgouverneur erreichte Landrat Rö-der, daß die DRK-Dienststelle für den Suchdienst und den Krankentransport freigegeben wurde.“

Zumeist übernahmen aber die DRK-Kreisverbände selbst die neue Arbeit von Anfang an. Der Kreis-verband Weiden und Neustadt/WN berichtet:



Entgegennahme von Suchdienstentwürfen in Flensburg im Mai 1945.

„Die Kreisstelle hat bereits 1945 improvisierte Karten ausgegeben, die der Familienzusammenführung von Flüchtlingen dienen sollten, obwohl die Zusammenhänge der Flüchtlingsbewegungen und die Möglichkeiten für Zusammenführungen gar nicht überschaubar waren. Das Rote Kreuz hat sich auch sofort der im Kreisstellenbereich liegenden Kriegsgefangenenlager angenommen. Es handelte sich um das Stalag in Weiden und das ehemalige Konzentrationslager Flossenbürg. Die Gefangenen beider Lager wurden von unserem Suchdienst zum größten Teil erfaßt und die Unterlagen dem Landesnachforschungsdienst übermittelt, sobald von der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit zu hören war.“

Der Kreisverband Heilbronn berichtet:

„Die Kreisstelle mußte schon unmittelbar nach Einstellung der Kampfhandlungen, veranlaßt durch die Errichtung eines überregionalen Kriegsgefangenenlagers, mit der Suchdienstarbeit beginnen. Die Initiative ging von dem kommissarisch eingesetzten Leiter des Roten Kreuzes, Dr. Walter Essers, aus. Dieser stellte in dem seiner Familie gehörenden Privathaus einen Raum zur Verfügung. Bei der 80%igen Zerstörung von Heilbronn war dies ein großes Opfer. Dabei war ein großer Teil der noch intakten Villen von der Besatzungsmacht beschlagnahmt worden.“

Für den Suchdienst bestanden die ersten Arbeiten darin, die von München zur Verfügung gestellten Suchkarten auszugeben und anzunehmen.

Kurz darauf begann die Betreuung des Kriegsgefangenenlagers, wobei in erster Linie die Postübermittlung zum und vom Lager über die Suchdienststelle in der Lessingstraße abgewickelt wurde. Die dreifach erstellten Suchkarten wurden auf schwierigem Wege nach München transportiert.“

Und noch ein letztes Beispiel. Die Leiterin des Landesnachforschungsdienstes Hamburg, Frau H. Schultze-Merkel, schreibt:

„Am 3. Mai 1945 wurde die Hansestadt Hamburg von den Alliierten übergeben, und viel Blutvergießen ist dadurch vermieden worden. Schon Monate vorher war der Raum Hamburg Zufluchtsort für Hunderttausende von Flüchtlingen aus dem Osten geworden. Bereits damals waren die Familien auseinandergerissen, suchten Mütter ihre

Kinder und Töchter ihre Eltern. Sie kamen zum Deutschen Roten Kreuz.

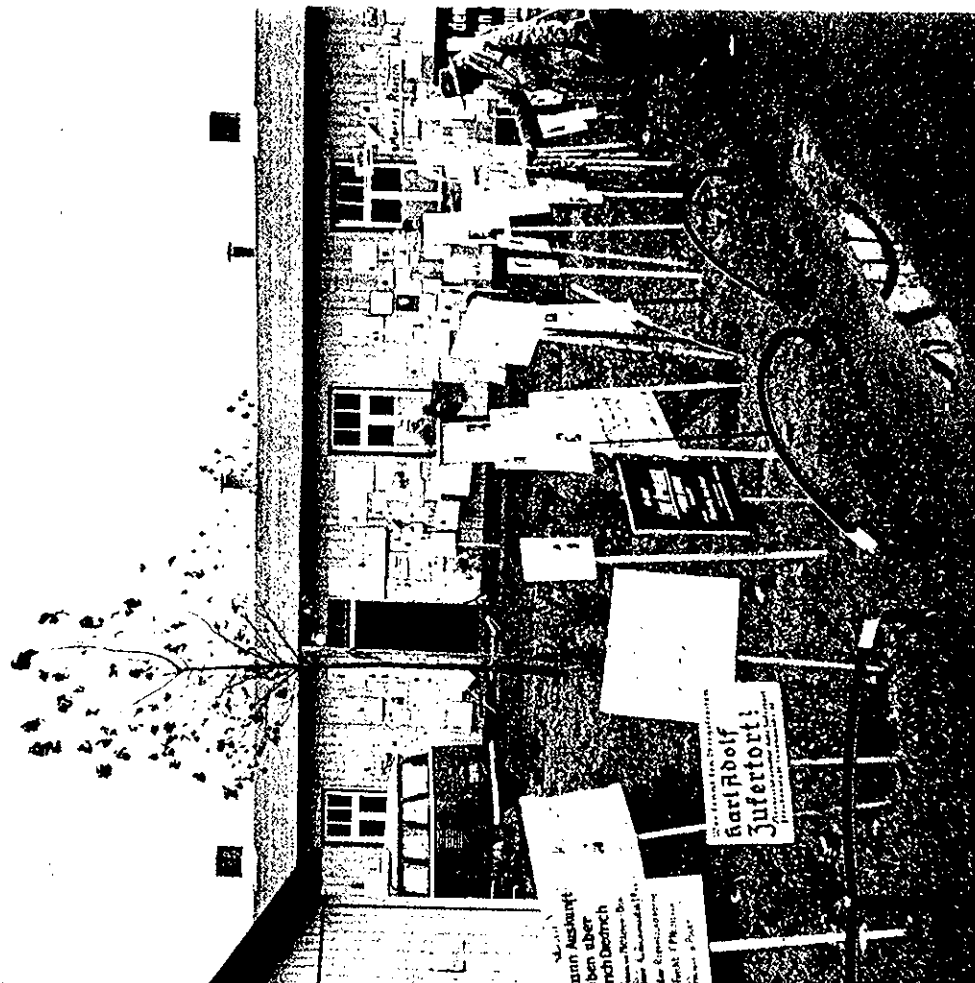
Wie sollten wir helfen, ohne ein Instrument dafür zu haben? Gewiß, während des Krieges hatten wir Wehrmachtsnachforschung betrieben; dafür hatte es vorgeschriebene Wege und Möglichkeiten gegeben. Aber wo war der Weg, der die auseinandergerissenen Familien wieder zusammenführte? Das Chaos war da. In diesem Augenblick wurde aber auch der erste zaghafte Schritt auf dem langen, steinigen Weg getan, der den Namen „Suchdienst“ trägt. Es begann mit der Erstellung der „Begegnungskarte“ in Flensburg.

Es war zunächst ganz einfach: Der Mann, der nach Kriegsende z. B. in Hannover landete, ging dort zum DRK und gab einen Suchantrag nach seiner vermißten Ehefrau auf, die in Königsberg/Pr. gelebt hatte. Diese war mit ihren Kindern mit einem Flüchtlingstransport im Februar 1945 in Hamburg angekommen. Als sie im Frühjahr hörte, daß das DRK eine Suchkarte habe, stellte auch sie einen Nachforschungsantrag nach ihrem Ehemann beim DRK Hamburg. – Bei der Suchdienst-Zentrale trafen beide Suchkarten zusammen – und eine Familie war wieder beieinander!

Millionen solcher „klassischen“ Fälle gab es in den ersten Nachkriegsjahren. Aber nach der allmählichen Normalisierung des Daseins kristallisierten sich die schweren Schicksale heraus: Es blieben Millionen vermißte Wehrmachtangehörige und verschollene Zivilpersonen, die nicht durch eine „Begegnungskarte“ gefunden werden konnten.

Statt weiterer Beispiele – sie ließen sich aus allen Teilen des verbliebenen Deutschland anführen, auch aus der französischen und aus der sowjetischen Besatzungszone – sollen nur noch Orte besonders tatkräftiger Initiativen genannt werden: Kassel mit Herrn Rechtsanwalt Kraushaar, Heidelberg mit Professor Otto Bartling und Frau Hildegard Burkhard, Stuttgart, wo im Hilfsdienst für Kriegsgefangene und Vermißte Rotes Kreuz, Evangelische Landeskirche und Caritasverband zusammen-

Sei es aus, sei es das Deutsche Rote Kreuz, die Heimkehrer, befreit und organisiert, und das Bild aus den Jahren der ersten großen Heimkehrtransporte.



menarbeiteten, mit Frau Else Stankowski, Herrn Dr. Watz und Herrn Bernhard.

20 Millionen Deutsche waren auf der Flucht oder in Gefangenenlagern: Es gab keine Gemeinde, in der sich das nicht äußerte. Die örtlichen Anführer konnten nur fruchtbar werden, wenn die erfaßten Meldungen über Gefangene und Flüchtlinge und die aufgenommenen Suchanträge in einer Zentrale ausgewertet werden konnten. Am Anfang sah es nicht so aus, als würde es bald zu einer zentralen Instanz kommen; nichts in dieser Richtung lag den Vorstellungen der alliierten Militärregierungen nahe. Man vergleiche dazu den eindrucksvollen Bericht von Gräfin Waldersee in Kurt W. Böhm's Suchdienstbuch "Gesucht wird ..." abgedruckt ist, in dem sie über Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung berichtet:

"Man sagte mir ..., es sei keinesfalls beabsichtigt, wieder eine zentrale Stelle zu schaffen, sondern nur noch regionale Verbände. Auf meinen Einwand, daß eine Koordinierung im Hinblick auf einheitliche Maßnahmen nötig sei, wurde mir bedeutet, daß eine zentrale Zusammenfassung in Zukunft nicht mehr gebildet werde."

Erfolg der Vernunft

Da die Vernunft aber nach einheitlicher und zusammengefaßter Arbeit schrie, hatten die Anstrengungen, die seit Mai 1945 von Flensburg aus und seit Juni 1945 von München aus gemacht wurden, ein Schema durchzusetzen und die gewonnenen Unterlagen zu zentralisieren, doch Erfolg. In den Raum Flensburg waren damals Hunderttausende von entlassenen Soldaten und Flüchtlingen geströmt, deren Angehörige in ganz Deutschland vermutet werden mußten. Das beförderte die Vorstellungen, daß zentrale Zusammenfassung nötig sei. In München hatte sich im Juni 1945 das neugegründete Bayerische Rote Kreuz mit dem Caritasverband und dem Evangelischen Hilfswerk zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden. Während die Flensburger durch die Länder reisten, machten sich die Münchener über den Rundfunk bekannt, indem sie die Angehörigen der Gefangenen und die Flüchtlinge aufforderten, sich in München und wo jemand sagte, wie sie arbeiten sollten und wohin sie ihre Unterlagen abgeben könnten. So wurden

die Abgesandten der werdenden Zentralen mit offenen Armen aufgenommen, wo sie auftauchten. Bis zum Juli 1945 hatten sie alle Landesstellen und viele Kreisstellen des Deutschen Roten Kreuzes aufgesucht, waren bis nach Thüringen und in das wieder selbständig gewordene, aber von der Nachkriegs-Problematik nicht verschonte Österreich gekommen.

Richtlinien und Bereitschaft zur Zusammenarbeit genüßten natürlich nicht. Benötigt wurden Mitarbeiter, Büroräume, Papier für Formblätter. Die Mitarbeiter stellten das Rote Kreuz, Papier aufzubringen, besonders den für die Karteikarten benötigten Postkartenkarton, gehörte jahrelang zu den Hauptschwierigkeiten. Ehe Kontingente eingeräumt wurden, halfen uneigennützig Menschenfreunde. Ohne die 5 Tonnen Karteikartenkarton, die die Firma Sophus Schmidt, Flensburg, Anfang Mai 1945 kostenlos zur Verfügung stellte, unbezahlbarer Schatz in jener Zeit, wäre der Start im Norden nicht gelungen.

Im Spätsommer 1945 hatte die Organisation des Roten Kreuzes wieder einigermaßen deutliche Formen angenommen. An die Stelle der nach Wehrkreisen gebildeten Landesstellen waren in den Ländern oder Provinzen Landesverbände getreten, falls Vereine, gebildet worden waren. In der amerikanischen und in der britischen Zone schlossen sich die Landesverbände zu Arbeitsgemeinschaften zusammen. Von ihrer Konstituierung an standen Fragen der Suchdienst-Organisation auf den Tagesordnungen. Es war eine schwere Zeit, aber auch eine schöne, in der sich die Präsidenten der Landesverbände selbst mit den zu behandelnden Suchdienst-Aufgaben befaßten. Auch in der französischen Besatzungszone hatten die Rote Kreuz-Kreisstellen den Suchdienst übernommen. Von Januar 1946 an durften sie sich nicht mehr Rotes Kreuz nennen, sondern z.B. Kreisstellen des Badischen Hilfswerks, und die Landesverbände dieser umgetauften Rote Kreuz-Organisation durften sich auch nicht zu einer zonalen Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen.

Von besonderer Tragkraft waren die Direktoren des Roten Kreuzes in Freiburg i.B. und die Rote Kreuz-Suchdienststelle in Vallendar bei Koblenz. Einen Eindruck gibt eine Stelle aus dem Bericht der LND-Leiterin Dora Schellhas:

Botschaften „von Hand zu Hand“

„Der Publikumsverkehr nahm kurz nach der Besetzung Freiburgs und der nachfolgenden Kapitulaton ganz ungewöhnliche Formen an. Es hatte sich herumgesprochen, daß das DRK Listen aufgestellt hatte, welche Namen der von der französischen Militärbehörde festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen enthielt, die in der damaligen Gendarmerschule im Flugplatzlager und in den Lazaretten der Vaubankaserne und Hinterzarten untergebracht worden waren. Es waren auch Zettel mit Adressen gesammelt worden, welche die Gefangenen auf dem Abrtransport nach Frankreich in den Straßen der Stadt heimlich weggeworfen hatten. Alle Unterlagen wurden, soweit es damals möglich war, den Angehörigen zugestellt. Die zahlreichen Evakuierten, welche nach Kriegsende vom Süden in den Norden zurückströmten, nahmen bereitwillig die kostbaren Lebenszeichen mit und hoben sie sozusagen „von Hand zu Hand“ weiterbefördert, weil ja damals keine andere Möglichkeit bestand. Leider ist nur ein Teil dieser Botschaften angekommen, die anderen wurden bei Kontrollen abgenommen und vernichtet.“

In Berlin hatten die Besatzungsmächte zunächst jede Weiterarbeit des Deutschen Roten Kreuzes verboten. Da aber auch dort heimtückische Gefangene, Flüchtlinge und zurückgekehrte Evakuierte nach ihren Angehörigen fragten, richteten Mitarbeiter des alten DRK unter Leitung Herrn Stams eine Registrierstelle ein. Der Name „Deutscher Suchdienst“, den Herr Stams seiner Schöpfung gab, zeigt, daß seine Absichten ebenfalls ganz richtig auf die Schaffung einer Zentrale für das ganze deutsche Gebiet zielten. Es wurde den seriösen Kräften immer deutlicher, daß sie den Versuch wegen mußten, sich zu einem Werk zu vereinigen und eine Zentralstelle für alle vier Besatzungszonen zu schaffen. An dem Versuch beteiligten sich mit den Rote Kreuz-Verbänden die kirchlichen Stellen, die ebenfalls in die Arbeit eingetreten waren. Die Pfarrämter hatten begonnen, Suchwünsche, unabhängig von der Konfession des Suchenden und des Gesuchten, aufzunehmen. Einem Bericht des Pfarrers Wilhelm Schmidt, Hamburg, entnehmen wir folgendes:

„Am 21. 9. 1945 fand ein Gespräch zwischen dem Leiter des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, dem gegen Kriegsende aus einem

Zuchthaus befreiten Konsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier, und dem Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Prälat Dr. Kreuz, in Freiburg statt. Beide verabredeten für ihre Organisation, den Suchdienst zentral für das ganze Reichsgebiet aufzubauen. Zwischen den Zentralen sollte ein Umlageaustausch vorgesehen werden. Für Berlin und das östliche Reichsgebiet sollte eine beim Zentralbüro Ost des Hilfswerks in Berlin eingerichtete Suchzentrale so lange für beide Konfessionen zuständig sein, bis beim Caritasverband in Berlin eine eigene Verbindungsstelle eingerichtet sein würde. Schließlich wurde festgelegt, daß der Suchdienst beider Kirchen uneigentlich arbeiten und daß lediglich freiwillige Spenden erhoben werden sollten. Erst wenn sich zeigen sollte, daß die Arbeit sich nicht trüge, sollte über die Erhebung eines Entgeltes beraten werden; aber auch für einen solchen Fall wurde schon grundsätzlich festgelegt, daß Entgelt auf jeden Fall erhoben werden kann, wenn dies unbedingt notwendig ist und auch nur dann, wenn Suchmeldungen mit Erfolg bearbeitet werden können.

Vier Tage später erschienen Prof. Dr. Bartning und Frau Burkhardt vom DRK-Suchdienst in Heidelberg bei Dr. Gerstenmaier. Prof. Bartning berichtete über die Suchdienst-Arbeit des DRK und die Zentralkarteien Hamburg und München. Am 15. 10. 1945 erschien als Vertreter der von Flensburg nach Hamburg umgezogenen Zentralsuchkartei Prof. Schelsky bei Dr. Gerstenmaier in Stuttgart und schlug unter Hinweis auf die regional bereits bestehende Zusammenarbeit und noch mehr in Anbetracht der in Hamburg bereits verkarteten 3/4 Millionen Suchanträge eine Arbeitsverbindung mit dem Hilfswerk der EKID und dem Caritasverband vor. Schelsky bot sich an, hierfür einen Entwurf zu erstellen; Dr. Gerstenmaier sprach dazu folgende Wünsche aus: Gemeinsame Firmierung der drei zentralen Träger des Suchdienstes Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Hilfswerk.

Grundriß der gemeinsamen Organisation mit paritätischer Beteiligung der drei Träger in technischer und personeller Hinsicht.

Vorschlag für gemeinsame Finanzierung.

Dr. Gerstenmaier erklärte sich bereit, den Caritasverband über das Gespräch zu unterrichten. Schon am 22. 10. 1945 legte Prof. Schelsky für

die DRK-Zentralkartei Hamburg einen Entwurf vor, in dem es u. a. heißt:

1. Eine erfolgreiche Flüchtlingssuche unter Vermittlung von Doppelarbeit, die letztlich nur die Flüchtlinge belastet, ist nur möglich in einer die gesamten Gebiete der von der Bevölkerungsverschiebung betroffenen Teile Deutschlands umfassenden Zentralkartei.
2. Die drei Verbände der freien Wohlfahrtspflege - Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz und Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland - schließen sich zur Lösung dieser großen Notsituation des deutschen Volkes in einer einheitlichen Hilfsorganisation zusammen.
3. Da die Zentralsuchkartei des DRK in Hamburg z. Z. bereits über 3 1/2 Millionen Flüchtlingssamen umfaßt, wird sie als Zentralsuchkartei des gemeinsamen Werkes benutzt. Desgleichen wird die Suchkarte nach dem Muster des Flensburger Formulars in allen Teilen Deutschlands benutzt, wobei im Aufdruck neben dem Zeichen des DRK die von Caritas und Hilfswerk treten.
4. Es muß sichergestellt werden, daß in den Gemeinden nur eine Dienststelle der kirchlichen Verbände oder des DRK Suchanträge entgegennimmt und daß die Bevölkerung überall davon in Kenntnis gesetzt wird, daß es nur nötig ist, einmal einen Suchantrag, gleichgültig bei welcher Organisation, aufzugeben, da alle Suchanträge zentral bearbeitet werden.

Beide kirchlichen Verbände stimmten den Hamburger Vorschlägen zu.

Um die Einheit des Suchdienstes

Am gleichen 22. 10. 1945 hatte in Freiburg eine Besprechung zwischen dem Deutschen Caritasverband, dem Bayerischen Roten Kreuz und dem Hilfswerk der Evangelischen Kirche stattgefunden. Sie wurde am 6. 11. 45 in Salmünster mit einem Vertrag zwischen den drei Parteien abgeschlossen. Er sah vor, die zentrale Suchkartei beim Bayerischen Roten Kreuz als Grundlage der drei Trägerverbände auszubauen. Es entstand also jetzt erneut das Problem der Abstimmung von Nord und Süd. Der damalige Generalsekretär des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, Pastor Dr. Poelchau, lud zu einer Besprechung für Januar 1946 nach Frankfurt a. M. ein. Über das Ergebnis

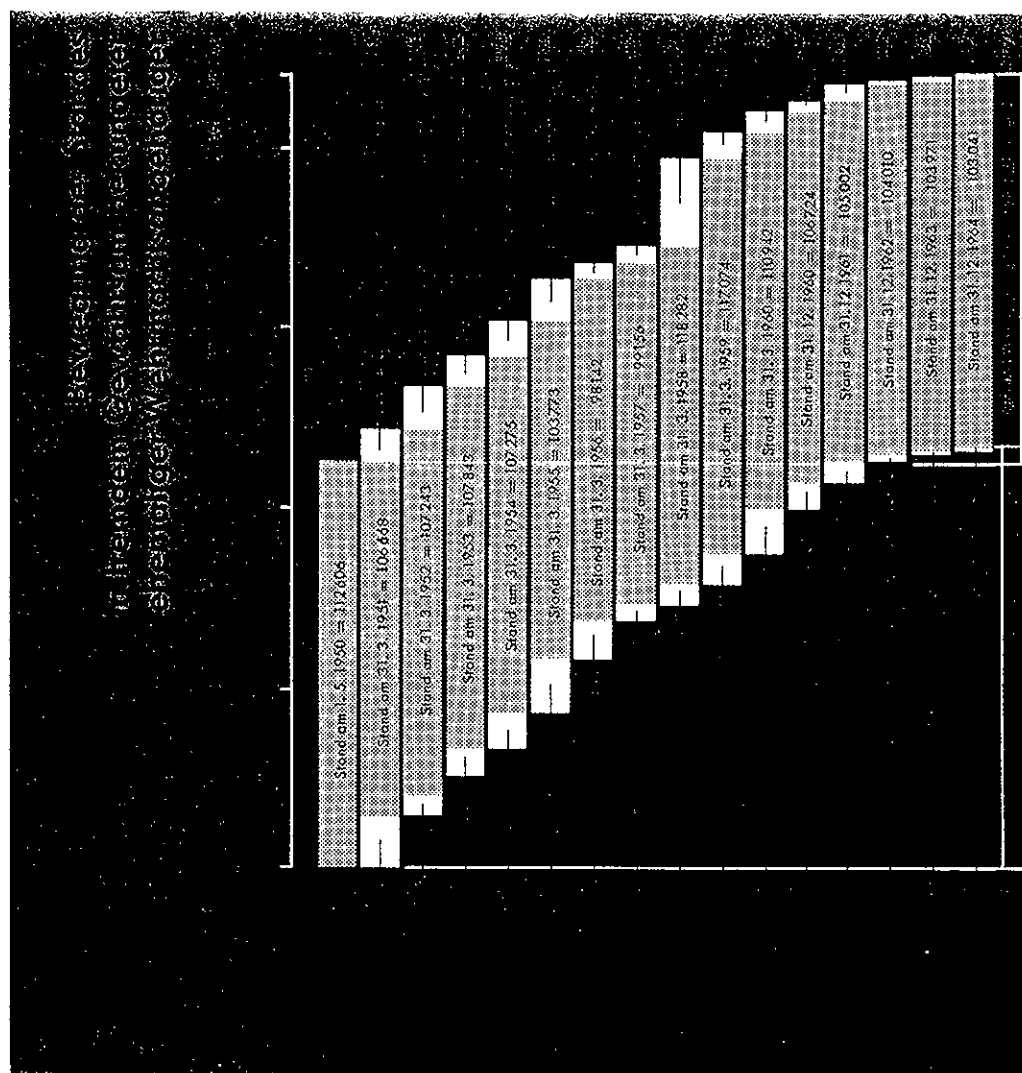
wurde der Öffentlichkeit folgendes mitgeteilt:

„In Anwesenheit von Vertretern des alliierten Kontrollrates und der amerikanischen Militärbehörde fand am 9. und 10. Januar 1946 in Frankfurt a. M. eine Tagung der Trägerverbände des Suchdienstes in Deutschland statt. Die Leitung des Deutschen Caritasverbandes und die Bevollmächtigten der Rotkreuz-Verbände in der amerikanischen und britischen Besatzungszone, die unter dem Vorsitz des Leiters des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland, Konsistorialrat Dr. Gerstenmaier, zusammengetreten waren, beschlossen

die Zusammenfassung und einheitliche Regelung des Suchdienstes über den gesamten deutschen Volksboden hinweg.

Durch die damit geschaffene enge Zusammenarbeit zwischen den zentralen Suchkarteien Hamburg des Deutschen Roten Kreuzes in der britischen Zone, des Bayerischen Roten Kreuzes in München, der Caritas und des Hilfswerks der EKID in Berlin werden in den nächsten Monaten Millionen von Suchanträgen beantwortet.

Diese Hoffnung hat nicht getrogen. Daß es gelang, log daran, daß man nun, obwohl an zwei Orten getrennt aufgestellt, doch eine Zentralkartei hatte. Hamburg war die Abteilung, in der die Suchanträge und Meldungen von Personen behandelt wurden, die bei Kriegsausbruch in den Postleitzahlen 1 bis 6 und 19 bis 24 ansässig gewesen waren, und München die Abteilung, in der Anträge und Meldungen aus den Postleitzahlen 8 bis 18 behandelt wurden. Die Lösung war nicht ideal, da sich der Wohnsitz vom 1. 9. 39 bei mancher gesuchten oder z. B. aus Gefangenschaft gemeldeten Person nicht einwandfrei feststellen ließ, die Anträge also doppelt geführt werden mußten. Sie bewährte sich aber. Lange Zeit wurden nun jede Woche 100 000 Karten einsortiert und 50 000 Auskünfte gegeben. Währenddessen führten die Besatzungsmächte Besprechungen über die Einrichtung eines staatlichen deutschen Nachforschungsbüros. Die Zusammenarbeit, die die deutschen Wohlfahrtsverbände erreicht hatten, gelang den vier Alliierten jedoch nicht. Es kam nicht zu einem gemeinsamen Suchdienst. Ausreichend war die Ordnung, die die Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft in der amerikanischen und britischen Zone geschaffen hatte und an der sich zunächst auch die französische Zone über die dort befindlichen Stellen des Roten



Kreuzes und der Kirchen beteiligte. Bald nahm aber die Entwicklung in der französischen und sowjetischen Besatzungszone einen anderen Verlauf, in manchen Hinsichten einen parallelen. Das zeigt sich insbesondere in der Übernahme des Suchdienstes durch Behörden. In der sowjetischen Besatzungszone wurde am 1. 8. 1946 der „Suchdienst für vertriebene Deutsche in der sowjetischen Okkupationszone“ begründet, eine Behörde, die zunächst unter der Zentralverwaltung für Umsiedler, später unter Aufsicht des Innenministeriums tätig war. In den Ländern der französischen Besatzungszone wurden durch Erlass vom 20. 11. 1946 „Landesämter für Suchdienst“ eingerichtet, denen Kreis- und Gemeindeämter für Suchdienst unterstellt waren. In der französischen Besatzungszone entstand dadurch – im Gegensatz zur sowjetischen, wo es das Rote Kreuz ohnehin nicht mehr gab – die erste Frage, ob die Fortsetzung der Suchdienst-Arbeit des Roten Kreuzes neben dem amtlichen Suchdienst noch einen Sinn hätte. Fräulein Schelhaas schreibt dazu: „Das wurde im Mitarbeiterkreis auf Landes- und Kreisebene zu jener Zeit ausführlich und oft sehr temperamentvoll erörtert. Die Aufgabe der Selbständigkeit in diesem Arbeitsbereich zugunsten einer neuen Autorität ist den Mitarbeitern, die in mühevoller Kleinarbeit die Nachforschungsarbeit aufgebaut hatten, nicht leicht gefallen. Die notwendige Einstellung ist dann im Hinblick auf das Rotkreuz-Prinzip der Ersten Hilfe erleichtert worden. Maßgebend für die Weiterführung war nicht nur die Tatsache, daß der Aufbau des amtlichen Suchdienstes sich zunächst auf die zeitraubende Aufstellung der Kartellen beschränkte, sondern vor allem, daß auch vermieden werden mußte, daß die Nachfragen aus der Bevölkerung längere Zeit hindurch unbeantwortet liegen blieben.“

Daß der amtliche Suchdienst, der bis 1952 in der französischen Zone bestand, gute Arbeit leisten konnte, dazu hat auch nach dem Zeugnis Herrn K. Heilmeyers, Leiters der Zentrale Restalt, die Mitwirkung der Rotkreuz-Verbände, die ihren Auskunfts- und Beratungsdienst aufrechterhielten, beigetragen.

Die Zonenzentralen Hamburg und München waren nun das Kernstück der Suchdienst-Arbeit in Deutschland geworden. Es galt, die Organisation nach innen und außen auszubauen. Ende März 1946 traf sich die Suchdienst-Arbeits-

gemeinschaft in Bielefeld. Dort teilten die Beauftragten der drei Verbände das System der Aufnahmestellen in den Gemeinden und Kreisen und die Dienstwege zu den Zonenzentralen aus. Die Ergebnisse wurden in gedruckten „Suchdienst-Mitteilungen“ an alle Beteiligten bis zu den Kreisnachforschungsstellen des DRK und bis zu den Pfarrämtern bekanntgemacht. Ein Arbeitsausschuß unter Vorsitz Pfarrer Schmidts (damals Bielefeld, jetzt Hamburg) übernahm die Verantwortung für die Weiterentwicklung.

Überwindung der Einschränkungen

Eine Menge Schwierigkeiten waren zu bestehen. Eine Bestand darin, die Einschränkung zu beseitigen, die die Militärregierungen verordnet hatten. Wenn sich die Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft wirklich an deren Auflagen gehalten hätte, so hätte sie sich nur um zivile Probleme kümmern dürfen und die militärischen ganz den beiden Hauptermittlungsstellen überlassen müssen, die die britische Militärregierung in Hamburg und die amerikanische bei Frankfurt a. M. eingerichtet hatten. Glücklicherweise war die Hauptermittlungsstelle Hamburg mit der Zonenzentrale Hamburg in einem Gebäude, dem Amtsgericht Hamburg-Altona, untergebracht. Dadurch wurde aus anfänglichem Mißtrauen im Laufe der Zeit kollegiales Verständnis und gute Zusammenarbeit. Schließlich war es sogar der Leiter der Hauptermittlungsstelle Hamburg, Capt. Jackson, der dafür sorgte, daß die Hauptermittlungsstelle ihre Aufgabe als überflüssig bezeichnete und ihre Materialien dem DRK übergab (31. 3. 1948).

Eine fast noch wichtigere Aufgabe bestand in der Überwindung der Einschränkung des Tätigkeitsfeldes auf die beiden großen westlichen Besatzungszone. Als im August 1946 bekannt wurde, daß in Berlin eine Suchdienst-Zentrale für die sowjetische Besatzungszone entstanden war, wurde Aufnahme des Kontaktes versucht. Trotz mancher Mißverständnisse und Bedenkllichkeiten auf beiden Seiten ließ sich schon im Dezember 1946 eine förmliche Vereinbarung erreichen. Sie war für die Überbrückung der sich abzeichnenden Spaltung Deutschlands von der größten Bedeutung und galt ein Jahrzehnt (bis sie durch eine neue Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Rotkreuz-Gesellschaften abgelöst wurde). Deswegen soll sie hier festgehalten werden:

„I. Gegenseitige Anerkennung
Die „Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft“ und der „Suchdienst“ anerkennen sich gegenseitig in ihren Arbeitsbereichen als allein zuständig für die Organisation des Suchdienstes in den vier Besatzungszone Deutschlands.“

II. Allgemeine Kartei

1. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, alle Suchanträge, die kein sofortiges Ermittlungsergebnis auslösen, auf die Kartei des Vertragspartners umzuschreiben.
2. Die umgeschriebenen Karten werden über einen noch zu vereinbarenden Weg der Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft bzw. dem „Suchdienst“ zugeleitet.
3. Die zur Umschreibung erforderliche Menge an Karten stellen sich die vertragschließenden Parteien kostenlos zur Verfügung. Die Höhe des monatlichen Austausches wird nach Bedarf von Fall zu Fall festgelegt.
4. Der Austausch erfolgt auf paritätischer Grundlage und kostenlos.
5. Fundmeldungen oder Ermittlungsbescheide, die infolge des Austausches der Karten eintreten, werden von den vertragschließenden Parteien direkt an den Suchenden mit dem Vermerk: „Auf Ihre Anfrage an die Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft“ bzw. „Auf Ihre Anfrage an den Suchdienst für vertriebene Deutsche, Berlin“, übermittelt.

Eine Abschrift der Fundmeldungen oder des Ermittlungsbescheides wird der „Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft“ bzw. dem „Suchdienst“ zugeleitet. Für die Zonenzentrale Hamburg und München wird hierfür eine Stammkarte benutzt, für den „Suchdienst Berlin“ ein Durchschlag des Ermittlungsbescheides.

6. Der Zeitpunkt zur Aufnahme des Austauschverfahrens wird später festgesetzt.

III. Kinderkartei

1. Die Namen von erfaßten Kindern, deren Angehörige noch nicht ermittelt sind, werden ausgetauscht.
2. Die Personalangaben werden auf die vom Vertragspartner benutzten Kinder-Karteikarten umgeschrieben.

3. Es soll nach Möglichkeit angestrebt werden, den Suchanträgen für Kinder zwei Fotos beizulegen.
4. Ab 1. Januar 1947 sollen zunächst 1000 Kinder-Karteikarten ausgetauscht werden.

IV. Dienststellen-Auskunft

1. Zur schnelleren Erledigung von besonders dringenden Suchfällen wird von beiden vertragschließenden Parteien eine Dienststellen-Auskunft eingerichtet.
2. Zu diesem Zweck werden vom „Suchdienst“ der Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft bzw. von der Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft dem „Suchdienst“ 20 000 Such- und Stammkarten übermittelt.
3. Die Such- und Stammkarten, die für die Dienststellen-Auskunft verwendet werden, tragen an einem noch näher zu bestimmenden Platz „Dienststellen-Auskunft Hamburg“, „Dienststellen-Auskunft München“ bzw. „Dienststellen-Auskunft Berlin“.
4. Jede der vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, die mit diesem Vermerk versehenen Suchanträge sofort in den Bearbeitungsvorgang zu nehmen.
5. Antwort auf Dienststellen-Auskunft wird nur erteilt, wenn dieselbe zu einem Ergebnis führt. Ermittlungsbescheide bzw. Fundmeldungen werden der anfragenden Dienststelle zugestellt.

V. Inkrafttreten der Vereinbarungen

Die vorliegende Vereinbarung tritt mit dem Tage ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Das war der 10. Dezember 1946.

Eine analoge Vereinbarung mit dem amtlichen Suchdienst der französischen Besatzungszone zu treffen, gelang nicht. Statt in einer förmlichen Vereinbarung wurden die Erfordernisse der Zusammenarbeit in einer Kette von Besprechungen zwischen den beiderseitigen Leitungen geregelt.

Neben den organisatorischen entstand mit dem Fortschritt der Arbeit eine Anzahl Sachprobleme. Das erste war von Anfang an gesehen worden: daß es nicht genüge, in die Zentralkartei zu den Suchanträgen die Stammkarten der Antragsteller zu sortieren, sondern daß, um

Suchanträge in ausreichendem Ausmaß beantwortet zu können, Unterlagen für die Ausfertigung von Stammkarten von möglichst allen Personen, die als Gesuchte überhaupt in Frage kämen, heranzuholen. Es wurden dazu Listen der Flüchtlingsämter, Transportlisten, Kriegsgefangenenlisten in Dänemark, Verbindung zu den Flüchtlingsämtern in der Mark und zu Kriegsgefangenenlagern aufgenommen. Ebenfalls von Anfang an war klar, daß die Methoden der Begegnungskartei nicht ausreichen würden, um die Eltern der als anhanglos erfaßten Kinder zu finden, weil die Kinder ja nicht genügend Angaben über sich und ihre Familie machen konnten. Wenn es für irgendeine Gruppe von Menschen wichtig war, sie schnell wieder zu ihrer Familie zu bringen, so galt das für die Kinder. Deswegen wurde Anfang 1946 in Hamburg wie in München die sogenannte „Suchaktion elliernlose Kinder“ eingerichtet. Es wurden alle elliernlosen Kinder in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern und den Kinderheimen erfaßt, fotografiert und notiert, wo sie gefunden worden waren, was sie bei sich gehabt hatten usw. Dadurch gelang es bisher, von den 10.000 aufgefundenen Findelkindern 8000 zu identifizieren, also ihnen ihren Namen wiederzugeben und sie mit ihren Familien in Kontakt zu bringen. Von den 200.000 Kindersuchdienst-fällen sind heute noch 8000 offen.

Es fehlen 1,5 Million

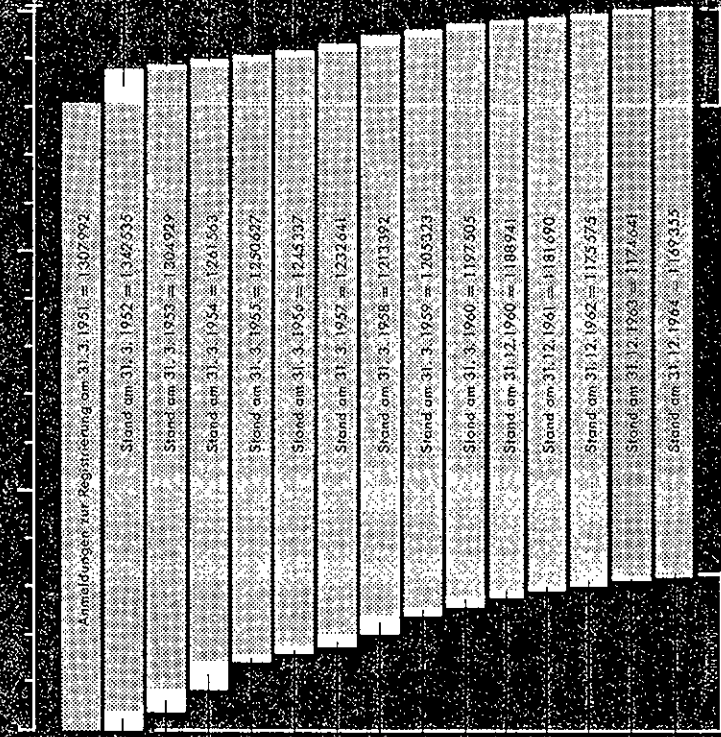
Es wurde deutlich, daß auch in anderen Hinsichten die Methode der Kartenbegegnung durch reguläre Nachforschungen ergänzt werden mußte. Man sagte damals, daß aus dem Suchdienst kein Wartedienst werden, d. h. daß man nicht warten dürfe, bis sich ein Gesuchter meldet, sondern daß man seine Spur aufnehmen und verfolgen müsse, bis man ihn gefunden hätte. Das war bei 14 Millionen Suchanträgen natürlich leicht gesagt als getan. Es kam darauf an, das Problem in seine natürlichen Teile aufzuspalten und zu sehen, welche davon einer Behandlung zugeführt werden konnten. 1947 entstanden die Grundlinien für einen Nachforschungsplan nach den auf den Kriegsschauplätzen vermißten Soldaten. Zu dieser Entwicklung trug ein außenpolitisches Ereignis entscheidend bei: Es war die Moskauer Außenministerkonferenz vom März 1947. Dort hatten die vier Alliierten Zahlen über die in ihrem Gewahrsam befindlichen Deutschen und Entlassungsstermine

erörtert. Als die Zahlen, insbesondere die von Außenminister Molotow genannte (890.532 in sowjetischem Gewahrsam befindliche deutsche Kriegsgefangene) bekannt wurden, erregten sie die Öffentlichkeit; man hielt sie für ungläubhaft. Es fehlten 1,5 Million mehr. So schärfte sich die Vorstellung, daß ein Soldat sei in Kriegsgefangenschaft geraten, so sehr war diese Vorstellung nun zur letzten Hoffnung in all den Fällen geworden, wo man seit dem Kriege nichts vom Verbleib eines Soldaten gehört hatte. Die Diskussion regte die Bundesländer zu den ersten Registrierungen an; die SPD forderte die Bevölkerung auf, ihrer Kriegsgefangenenhilfe Meldungen zu schicken. Auch der Suchdienst konnte sich der Problematik nicht entziehen. Vom Roten Kreuz wurde erwartet, daß es Stellung nähme, und das Rote Kreuz mußte Stellung nehmen, damit die Kriegsgefangenenfrage nicht zu einem Element in den beginnenden Auseinandersetzungen des Kalten Krieges wurde, wovon ja kaum eine Beschleunigung der Entlassungen der Gefangenen zu erwarten gewesen wäre.

So entstand die Heimkehrerbefragung

Aus diesen Erfordernissen entstand die Heimkehrerbefragung. In den Entlassungslagern, vor allem Friedland und Herfeld, und an ihren neuen Wohnorten wurden die Heimkehrer noch den Kameraden gefragt, die sie in Kriegsgefangenschaft zurückgelassen hatten. Es wurden Zahlen und Namen erbehalten. Die Meldungen flossen reichlich, weil die Heimkehrer den Wunsch hatten, das Schicksal ihrer Kameraden festgehalten zu wissen, so daß Formblätter entworfen werden mußten. Seit dem 1. Oktober 1947 funktionierte die Heimkehrerbefragung einheitlich in der britischen, der amerikanischen Zone und in Westberlin. Sie ist aus einem Versuch, Zahl und Namen der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen festzustellen, zu einer Hauptmethode der Nachforschungen des DRK-Suchdienstes geworden. – Auf die Auseinandersetzung über die Kriegsgefangenenanzahl soll hier nicht weiter eingegangen werden. Darüber hat sich der frühere Abteilungsleiter des Suchdienstes München und jetzige Geschäftsführer der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenen-geschichte, Herr K. W. Böhm, bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert. Der Hauptgewinn besteht in den 5,4 Millionen Befragungsgängen, die seit-

Entwicklung des Standes der Einheiten Vershöllenen unter Berücksichtigung der laufenden Zugänge und Abschreibungen



dem durchgeführt, und den 1750 000 Heimkehrer-
erklärungen und 400 000 anderen Heimkehreraus-
sagen, die dabei gewonnen worden sind.
Neuartige Überlegungen wurden erforderlich, als
sich herausstellte, daß es vielfach nicht genügt,
dem Antragsteller die Anschrift des Gesuchten zu
geben. So waren Eltern wohl glücklich zu hören,
daß ihr Kind, das Kriessende überstanden hatte,
aber unglücklich, es nicht zu sich holen zu können,
wenn das Kind in der sowjetischen Besatzungszone,
in den politisch verwalteten Provinzen oder in der
Tschudschowka gefunden worden war. So ent-
stand am 1. 10. 1946 die Arbeitsgemeinschaft Kin-
derückführung der den Suchdienst tragenden Ver-
bände - das sind die oben genannten drei und
die inzwischen dazugegetretene Arbeiterwohlfahrt.
Die Hauptmoldstelle Hamburg organisierte Kinder-
transporte aus der sowjetischen Besatzungszone in
die Westzonen und umgekehrt. Nach britischer
Vermittlung kamen auch Kindertransporte aus dem
politisch verwalteten Raum und aus der Tschudo-
schowka in alle vier Besatzungszonen zustande.

Nach dem Februar 1947, in dem die Ausstellungs-
transporte aus der Tschudschowka und dem poli-
tisch verwalteten Raum abgebrochen wurden, er-
weiterte sich das Problem auch auf Erwachsene: Es
entstand die Frage, ob man die Familienmitglieder
nachholen könnte, die nicht in die Transporte ein-
gereicht worden waren. Des Problems nahm sich der
Warschauer Delegierte des IKRK, François Ehren-
hold, an. Durch ihn ermuntert, begann der Such-
dienst, Anträge in Westdeutschland entgegenzu-
nehmen, schließlich wuchs die Arbeitsgemeinschaft
Kinderückführung und die DRK-Arbeitsgruppe Fa-
milienzusammenführung zu einer Arbeitsgemein-
schaft Familienzusammenführung und Kinderdienst
zusammen. Was sie bis zu ihrer Auflösung Ende
1963, von wo an die Trägerverbände dem DRK die
Weiterarbeit überließen, an segensreicher Arbeit
geleistet hat, kann man in dem Aufsatz Fräulein
Hutterers, die von Anfang an dabei war, im
Januarheft 1964 des Zentralorgans des DRK nach-
lesen.

Aus ähnlichem Anlaß entstanden die Maßnahmen
zur materiellen Versorgung und allgemeinen Be-
treuung der Kriegsgefangenen, Aufgaben, die in-
mer zu den vornehmsten des Roten Kreuzes gehört
hatten. Das Deutsche Rote Kreuz der Westzonen
erhielt dazu eine verbesserte Chance, als ihm
- auch noch 1946 - die Zusammenarbeit mit der

Volkssolidarität der sowjetischen Besatzungszone
gelang. Zu den sichtbaren Zeichen dieser über-
zonalen Zusammenarbeit gehören die Pakete, die
in die sowjetischen Kriegsgefangenenlager gingen
und als Absender einen Aufkleber mit den Sym-
bolen des Roten Kreuzes und der Volkssolidarität
zeigten. Zu dem, was für die Erleichterung des
Loses der Kriegsgefangenen versucht werden muß-
te, gehörten auch Rechtshilfemaßnahmen. Die Rot-
kreuz-Verbände bildeten zwei Rechtsschutzstellen,
eine in Kreuznach unter Rechtsanwalt Roemer,
die den Rechtsschutz bei den deutschen Gefangenen
in westlichem Gewahrsam, insbesondere in Frank-
reich gewährte, und eine Rechtsschutzstelle unter
Rechtsanwalt Ohle in Hamburg, die sich um den
Rechtsschutz für deutsche Gefangene im Osten und
Südosten bemühte.

Neue Sorge: Finanzierung

Die Entwicklung wurde im Februar 1948 unter-
brochen, als die beiden kirchlichen Wohlfahrtsver-
bände die Suchdienst-Arbeitsgemein-
schaft zum 31. Mai 1948 aufkündigten.
Sie hielten den Hauptteil des Problems für gelöst,
und das war insofern richtig, als die Masse der
Suchenträger tatsächlich mit Hilfe der Aufnahme-
stellen der vier Verbände erfaßt worden war. So
meinten sie, daß das DRK - seinem Wesen nach
für Nachforschungsaufgaben in besonderem Maße
bestimmt - die Aufgabe nun allein zum Abschluß
bringen könnte. Als der Suchdienst eben ganz auf
das DRK übergegangen war, brachte die Wäh-
lungsreform eine neue Art Schwierigkeiten: die
Finanzierung. Sie warf Kopfschmerzen auf,
und die sind trotz aller Unterstützung, die das DRK
bei den Ländern und seit 1950 beim Bund fand,
bis heute nicht ganz verschwunden. Seit 1947 hatten
die Länder der britischen und amerikanischen
Besatzungszone Zuschüsse zu den Zentralstellen
in Hamburg und München gegeben. Daß es dazu
kam, lag an dem Verständnis, das leitende Beamte
des Länderrates in Stuttgart zeigten, vor allem an
der aufgeschlossenen Haltung des damaligen
Finanzministers des Landes Nordrhein-Westfalen,
Dr. Heinrich Weitz. Die Haushalt-Schwieri-
keiten, in die auch die Länder nach der Währungs-
reform gerieten, führten dazu, daß die Länderver-
treter den Suchdienst abzubauen wünschten; einige
meinten sogar, daß er abgeschlossen werden
könne. Dem Ostvermißplan, den der Such-

Wehrmachtvermißplan und nach Kriegsgefangenen
eingegliedert.

Verbindungsstelle Berlin

Dagegen blieb die kleine in Berlin entstandene
Zentralstelle, die sich Suchdienst-Verbin-
dungsstelle nannte, erhalten. Sie war aus
zwei Dienststellen hervorgegangen, der Verbin-
dungsstelle, die die Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft
seit 1946 beim Hauptbüro Berlin des Evangelischen
Hilfswerks unterhielt, und aus dem „Deutschen
Suchdienst“, der inzwischen zum Landesnachfor-
schungsdienst Berlin des DRK-Suchdienstes gewor-
den war. Ihre Hauptaufgabe, der Kontakt zum
Suchdienst der sowjetischen Besatzungszone und zu
anderen in Ost- und Westberlin eingerichteten für
den Suchdienst interessanten Stellen, so dem Ju-
gendamt in Ostberlin, den östlichen Militärmissio-
nen in Westberlin und in besonderem Maße der
Wehrmachtsaufkundsstelle, die sich unter französi-
scher Kontrolle in eine „Deutsche Dienststelle für
die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von
Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“
zu verwandeln begonnen hatte, blieb weiterhin
von aktueller Bedeutung, zu gewissen Zeiten, z. B.
bei der Vermittlung von Schnellankünften an die
in Frankfurt/Oder eintreffenden Heimkehrer und
während der Blockade Berlins, von einer ganz be-
sonderen.

Die Finanzschwierigkeiten besserten sich nicht sehr
bald, auch nicht nach Übergang der Verantwortung
von den Ländern auf den Bund (2. Überleitungs-
gesetz). 1948 und 1949 haben die Angestellten der
Zentralen manche Monate auf Teile ihrer Gehälter
verzichtet, um die Weiterarbeit des Ganzen zu
ermöglichen. Die im Aufbau befindliche Bundes-
regierung hatte zunächst kein Referat für Such-
dienst-Fragen vorgesehen; die sogenannte Such-
dienst-Aufsicht wurde auf das Statistische Bundes-
amt delegiert. Als die Bundesregierung die Such-
dienst-Fragen unmittelbar, wenn auch zunächst auf
das Bundesministerium des Innern und das Bundes-
ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegs-
geschädigte aufgeteilt, behandeln ließ, begannen
sich die Verhältnisse zu stabilisieren. Die Vorstel-
lungen des DRK und die der Ressorts näherten sich
in laufenden Gesprächen an. 1953 wurde schließlich
eine Vereinbarung geschlossen; sie sah vor, daß
dem DRK die Kosten für die Zentralen, soweit sie

durch die vereinbarten Arbeitsprogramme entstehen, erstattet und daß auch die Landesverbände Zuschüsse bekommen sollten, damit sie ausreichend ausgestattete Landesnachforschungsdienste aufrecht erhalten. Diese Vereinbarung gilt heute noch. Sie hat sich bewährt und eine solide Partnerschaft in der Lösung der Nachforschungsprobleme zwischen dem Roten Kreuz und Bundesregierung geschaffen. Das Deutsche Rote Kreuz forscht nach den verschollenen Soldaten, nach den verschollenen Zivilgefangenen und nach gesuchten Kindern sowie den Familien von anhanglos aufgefundenen Kindern aus Rotkreuz-Verpflichtung und im Auftrag des Bundes; diesem bleibt dadurch die Begründung und Unterhaltung eigener Einrichtungen, etwa eines Bundesamtes für Suchdienst, erspart. Der Bund unterstützt das Deutsche Rote Kreuz, indem er die Suchdienst-Zentralen finanziert und die Landesnachforschungsdienste bezuschußt; das Deutsche Rote Kreuz selbst erhält eine Mark von sich aus dazu, in erster Linie durch seine Kreisnachforschungsstellen, deren Aufwand für Personal und Geschäftsbedürfnisse es selbst trägt.

Im Aufgabekatalog des DRK-Suchdienstes nicht aufgenommen waren und sind die Nachforschungen nach den in Konzentrationslagern verschollenen Häftlingen und nach gesuchten displaced persons. Die alliierten Besatzungsbehörden hatten alle erreichbaren Unterlagen über Konzentrationslager und DP's sichergestellt. Die UNRRA, für die Betreuung der DP's eingerichtet, richtete zur Nachforschung nach Verwandten von DP's ein Central Tracing Bureau ein. Nach Auflösung der UNRRA (1948) übernahm die IRO die Unterstützung der DP's; sie richtete den Internationalen Suchdienst ein. Der DRK-Suchdienst rechnete es sich zur Ehre an, UNRRA und IRO bei Nachforschungen in Deutschland zu unterstützen. Die IRO ihrerseits half dem DRK im Kindersuchdienst, insbesondere durch ihre Eßlinger Zweigstelle, in der sie die Kinder erfaßt hatte, von denen man annahm, daß sie ausländischer Herkunft seien, Vermutungen, denen man später glücklicherweise auch mit Hilfe unseres Kindersuchdienstes auf den Grund gehen konnte. Nach Auflösung der IRO stand der Internationale Suchdienst Arolsen eine Zeitlang unter der Verantwortung der Alliierten Hohen Kommission, bis er 1955 vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz übernommen wurde, das seine einmaligen Erfah-

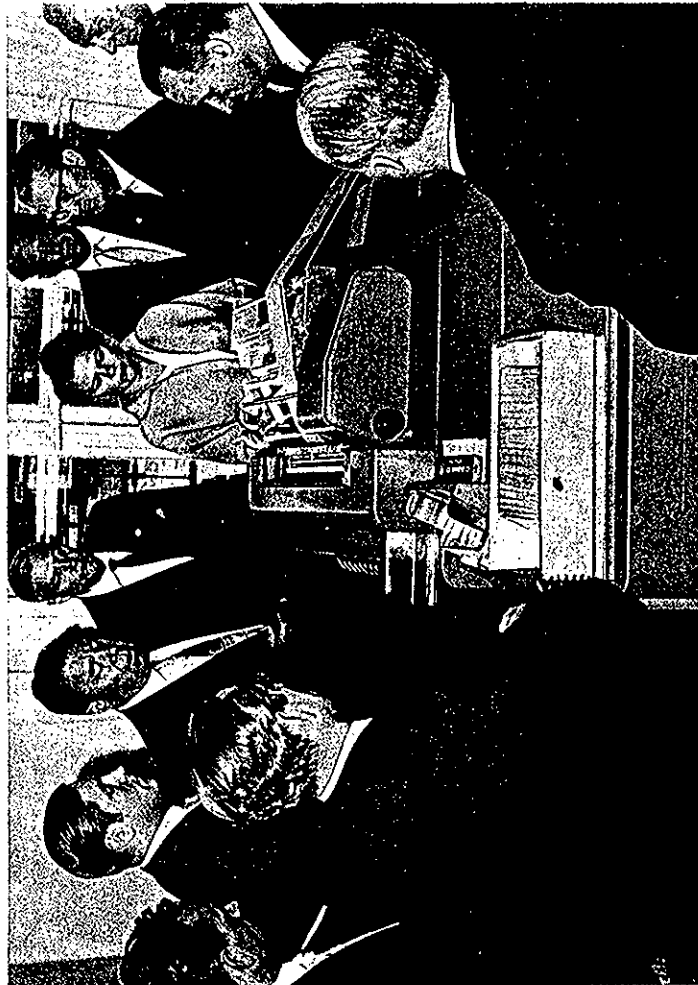
rungen nun auch diesem wichtigen Feld zugute kommen ließ. Dem vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz als Leiter der Dienststelle Arolsen eingesetzten Direktor, Herrn N. Burckhardt, verdankt der DRK-Suchdienst mannigfache Förderung durch Rat und Tat. Für die Nachforschungen nach in Deutschland verschollenen Ausländern, um die das DRK durch ausländische Rotkreuz-Gesellschaften gebeten wird, ist die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Suchdienst Arolsen unentbehrlich.

Zu den Partnern des DRK-Suchdienstes gehören auch die Heimatskarten, die die kirchlichen Wohlfahrtsverbände unterhalten. Sie sind aus dem Interesse entstanden, die 1945 verloren gegangenen Kirchenbücher für die Gemeinden der deutschen Ostprovinzen zu rekonstruieren. Nachdem die Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft der vier Verbände aufgelöst war, hatten Caritasverband und Hilfswerk der Evangelischen Kirche Unterlagen, die sie nicht an den DRK-Suchdienst abgegeben hatten, nach den Heimatschriften vom 1. 9. 1939 geordnet und in Ortskarten aufgestellt. Das DRK hatte 1946 begonnen, zur Ergänzung der alphabetischen Hauptkarten Dubletten eines Teils seiner Stammkarten ebenfalls nach den Heimatsorten der Gemeldeten zu ordnen. Um Doppelarbeit zu vermeiden, wurde nach einigen Schwierigkeiten 1951 eine Absprache getroffen, wonach das DRK die zentrale, alphabetisch geordnete Namenskartei führt und die Aufstellung von Ortskarten den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden überläßt. Zwischen den 14 Heimatskartenverbänden und dem DRK-Suchdienst wurden technische Vereinbarungen getroffen, die zu einer guten Zusammenarbeit führten.

Neue Ordnung

In den Jahren zwischen 1948 und 1951, in denen die eigentlichen Nachforschungsprogramme deutlich wurden und das organisatorische Feld geordnet wurde, hatten die DRK-Verbände einen Arbeitsausschuß für den Suchdienst geschaffen. Die Vertreter, die das DRK in den Vorstand der Suchdienst-Arbeitsgemeinschaft entsandte hatte - Frau Gräfin Waldsee für die britische Zone und Herrn Rechtsanwalt Dr. Hien für die amerikanische Zone - behielten ihre verantwortungsvolle Rolle auch in dem Suchdienst-Ausschuß der DRK. Nach Wiederbegründung des DRK als Gesamtverband für die Bundesrepublik wurden diese Funk-

Die Suchdienstvereinbarung mit dem Sowjetrussischen Roten Kreuz vom Mai 1957 erschloß eine wichtige Auskunftquelle. Nach Moskau wurden seither 138 875 Suchanträge nach Wehrmachtsangehörigen gestellt, von denen 134 028 Auskünfte ergaben. Die Kartei klappte das Suchdienst-Geschehen. Unser Bild zeigt: Die Delegation des Sowjetrussischen Roten Kreuzes, Präsident Prof. Mizerew (4. von links), Frau Patschenko, Vorsitzende des Ukrainischen Roten Kreuzes, und Dr. Pichlenko (2. von rechts) in München. Ganz rechts: DRK-Präsident Dr. Heinrich Weitz.



tionen vom Präsidium bestätigt, bis schließlich im Mai 1953 die jetzige Ordnung geschaffen wurde: Die Suchdienst-Zentralen, bis dahin dem Landesverband Hamburg und dem Bayerischen Rote Kreuz angeschlossen, wurden förmlich auf das DRK übernommen; die Leitstelle für die Landesnachforschungsdienste wurde von Hamburg nach Bonn übernommen und zur Suchdienst-Leitstelle, einem Referat im Generalsekretariat, erweitert. Das Präsidium erörterte Möglichkeiten für die Verschmelzung der Zentralen Hamburg und München in Bonn oder an einem anderen Ort. Die Wahlungsbeschaffung für die verhältnismäßig großen Mitarbeiterstäbe erwies sich aber als unmöglich, und ohne die eingearbeiteten Kräfte hätte sich das begonnene Werk nicht weiterführen lassen. So blieb es bei der Aufgabenteilung zwischen Hamburg und München, die als zentrale Geschäftsstellen mit der Unterstützung der 15 Landesnachforschungsdienste und der 523 Kreisnachforschungsstellen die militärischen und die zivilen Teile der Verschollenen-Problematik behandeln.

Die großen Programme

Was der Suchdienst seitdem getan hat, hat Jahr für Jahr seinen Niederschlag in den Jahresberichten des DRK gefunden, braucht also hier nicht noch einmal ausführlich dargelegt zu werden. Zu den großen Etappen gehören die stufenweise Verwirklichung des Ostvermittlungsplans, d.h. die planmäßige Befragung überlebender Wehrmachtangehöriger, in mehreren Durchgängen mit jeweils verbesserten Unterlagen, die Führung der Deutschen Gefangeneliste und die damit verbundene Überwachung der Einflüsse aus Kriegs- und Zivilgefangenschaft, die Aufnahme der Zusammenarbeit mit ost- und südost-europäischen Rotkreuz-Gesellschaften (1956 und 1957) als Ergebnis der Verhandlungen, die der zweite Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, im Anschluß an die Internationale Rotkreuz-Konferenz von Toronto (1952) geführt hatte, und die Entwicklung von Ergänzungsprogrammen, insbesondere zur Feststellung des Schicksals verschollener Deportierter, Zivilinternierter und politischer Gefangener. Von den großen Programmen laufen jetzt, Mitte 1965, die Befragungen der Heimkehrer mit Befragungsunterlagen aus. Damit sind die Nachforschungen nach den verschollenen Soldaten natürlich ebenso wenig beendet

wie die übrigen Programme. Die Vermittlung von Archivauskünften und die Nachforschungen an Ort und Stelle durch ausländische Rotkreuz-Gesellschaften gehen weiter und die Auswertung der im Laufe der Jahre in den Vermittlungsakten gesammelten Hinweise steht zum großen Teil noch bevor.

Man fragt gelegentlich, warum die Programme des Suchdienstes nicht schneller ausgeführt und abgeschlossen werden konnten. Zur Antwort gehört folgendes:

Aufgabe ohne Beispiel

(1) Die Aufgabe ist ohne Beispiel nach Umfang und Charakter. Nach 1918 zählte man 210 000 Verschollene der deutschen Armeen, praktisch keine Zivilverschollenen. Ihre Namen standen auf Regiments-Vermittelslisten. Mit den ehemaligen Feindmächten kam man innerhalb zweier Jahre zu Vereinbarungen über den Austausch einschlägiger Unterlagen. Für 1945 kann man keine Zahl nennen, die diesen 210 000 entspricht. Bis 1947 gingen 14 Millionen Suchanträge ein; zur Problematik der Militärverschollenen kam die der bei Flucht, bei Ausreisungen, Deportationen und Internierungen verschollenen Zivilbevölkerung. Listen über die Betroffenen gab es nicht; Unterlagen der Kriegsgegnern standen – abgesehen von den Meldungen, die das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhalten hatte, und den Unterlagen des britischen Prisoners of War Information Bureau, die schon 1949 an das Deutsche Rote Kreuz übergeben wurden – nicht zur Verfügung. Diplomatische Beziehungen, selbst Rotkreuz-Beziehungen zu den Ländern, in deren Bereich die meisten Verschollenen zu suchen waren, gab es im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege praktisch nicht.

(2) Vor Eintritt in abschließende Nachforschungsprogramme mußte die Heimkehr der Masse der Gefangenen abgewartet werden. Die Heimkehrerentlassungen liefen bis Anfang 1956.

(3) Zwischen Planung und Verwirklichung galt es, die Finanzierung zu sichern, von Anfang an eine schwierige Aufgabe. Die Rücksicht auf die Haushaltlage des Bundes ist dem DRK selbstverständlich, als einem Verbande, der jede ihm anvertraute Spende sparsam verwaltet. In welchem Umfang die Planungen des Suchdienstes berechtigt waren, mußten die zuständigen Stellen natürlich

prüfen. Es erforderte Zeit, bis das Fachministerium sich die Vorschläge (ganz oder teilweise) zu eigen machte; dann mußte die Zustimmung des Finanzministeriums und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages gefunden werden. Viele der Verantwortlichen waren und sind so überlastet, daß sie nicht in die Detailprüfung gehen können, weswegen eine gewisse Neigung entstand, von den Planungen zunächst einen Teil zu genehmigen und andere für spätere Behandlung vorzusehen. Dadurch sind immer wieder Teile der Programme auf künftige Jahre verschoben worden. Auch heute sind gewisse Abschlußarbeiten, die das DRK im Interesse der Verschollenenangehörigen und im Ausland zurückgehaltener Deutscher für erforderlich hält, nicht gesichert.

Unsicherheiten

Solche Unsicherheiten spiegeln sich in der Personalausstattung der Zentralen. So zählte der Suchdienst München, dieses wichtige, mit der Nachforschung nach Wehrmachtverschollenen und mit der Führung der Zentralkartei, des Hauptauskunftsmittels, beauftragte Instrument, z.B. im August 1951 noch 249 Mitarbeiter, vier Monate später, Ende des Jahres, mußte die Zahl durch Massenkündigung auf 100 reduziert werden. Auch ohne Darlegung des damaligen Aufgabenvolumens ist klar, daß ein derartiger Einschnitt auf keinen Fall einem Rückgang der Aufgaben entsprochen hat. Wir standen ja doch gerade am Beginn systematischer Nachforschungsmaßnahmen. Man mußte dem Suchdienst damals zu, die auf der Basis der Vermittlungsregistrierung vom Mai 1950 mit Hollerithmaschinen vorbereiteten, nach Feldpostnummern geordneten Vermittelslisten jeweils nur mit drei oder vier Durchschlägen zu schreiben und im Land zirkulieren zu lassen. Dies schien sparsam, war aber alles andere als ökonomisch. Es sollte ja über 1,7 Millionen vermißte Soldaten Klarheit geschaffen werden, und es sollten ja dazu aus jeder Feldpostnummer Dutzende oder hundert Überlebende gefragt werden. 1952 wurde die unglückliche Einschränkung aufgegeben, aber es war wieder ein Jahr ins Land gegangen. Damals verlangte DRK-Präsident Dr. Weitz eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof. In dem Prüfungsbericht vom April 1952 des Bundesrechnungshofes heißt es dann:

„... mit Bestimmtheit angenommen werden, daß in den oben angeführten erschütternden Rückständen

immer noch zahlreiche Möglichkeiten schlummern, Gesuchte und Suchende zusammenzuführen oder in Ungewißheit lebenden Angehörigen endlich Gewißheit über das Schicksal des Gesuchten zu verschaffen. Ich halte es daher für geboten, durch Bewilligung reichlicher Zuschüsse und Verstärkung des Personalstandes diesen untragbaren Zustand zu beseitigen. ...“

In früheren DRK-Jahresberichten wurden ähnliche Beispiele erwähnt. So wurde die Entscheidung über die Verschmelzung, der seit 1950 in München nebeneinander bestehenden Hamburger und Münchner Zentralkartei verzögert, eine Verschmelzung, die dann 1954 und 1955 doch durchgeführt wurde und sich durch 60 000 Treffer als berechtigt herausstellte. Das DRK hatte aber diese 60 000 Familien gern vier Jahre früher benachrichtigt. Heute stehen 6,2 Millionen Karten mit den Anschriften von Heilmotvertriebenen nicht in, sondern neben der Zentralen Namenskartei. Die Einsortierung würde zu 120 000 Treffern führen, woraus 17 000 oder mehr Familien Nachricht über das Schicksal eines gesuchten Angehörigen erhalten könnten. Das Projekt ist fast zehn Jahre alt.

„Ich kann es nicht übers Herz bringen, ...“

Es gibt Leute, die dagegen sagen, einmal müßte ja Schluß sein. Sie sollten lesen, was die betroffenen Familien, heute, 1965, schreiben, z.B. Frau B. aus Pforzheim:

„Ich kann nachts nicht schlafen vor Kummer und Sorgen. Mein Mann und meine Tochter sind mir weggestorben. Mein Mann hat Magenkrebs gehabt und meine Tochter ein Herzleiden; sie hatte sich abgehängt wegen ihres vermißten Bruders.“

Oder Frau B. Sch. aus Kettwig:

„Wir Angehörigen Vermißter dürfen uns, solange nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, nicht mit den Gegebenheiten abfinden, sondern müssen versuchen, auch die scheinbar aussichtslosen Möglichkeiten aufzugreifen, so wie Sie das ja immer tun.“

Oder Frau G. aus Berlin-Lichterfelde:

„Es wäre mir eine Genugtuung, wenn Sie mir einen endgültigen Bescheid geben könnten. Meine Gesundheit ist nicht vom besten, und ich kann dann mein Leben anders gestalten. So habe ich noch viele Sorgen mit dem Grundstück, das ich des

Jungen wegen immer noch gehalten habe. ..."

Oder Frau L. aus Sierstadt:

"Ich werde in diesem Sommer 82 Jahre. Meine Tage sind gezählt. Ich kann es nicht übers Herz bringen, meinen Jungen für tot erklären zu lassen; ich habe noch einen Sohn und zwei Enkelkinder. Es ist wegen des Nachlasses; denn jeder soll doch zu seinem Recht kommen."

1958 hat das DRK einen Mehrjahresplan vorgelegt; der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung hat ihn 1959 geprüft und in seinen Hauptzügen bestätigt. Auf Vorschläge des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und eines vom Haushaltsausschuß des Bundestages gebildeten gemischten Ausschusses wurden die Planungen seither ergänzt. Im Februar 1965 hat der Deutsche Bundestag eine Entscheidung gefaßt, in der die Bundesregierung gebeten wird, einen Bericht über die Suchdienst-Programme vorzulegen, die nach ihrer Auffassung noch durchgeführt werden müssen. Die Bereitschaft, dem DRK bei dem Abschluß seiner Nachforschungsarbeiten zu helfen, besteht also durchaus. Die Kriegsoptiker und Kriegsteilnehmer-Organisationen stehen hinter dem DRK. Das gilt insbesondere für den Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands, dessen Präsident und Geschäftsführer zu einer Zeit, wo die Finanzierung besonders heftig umstritten war, dem damaligen Bundeskanzler selbst Vortrag über ihre Auffassung gehalten haben. Das gilt z. B. auch für den Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, der im Oktober 1962 in einem feierlichen Akt in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. dem Suchdienst die Verdienstmedaille des Reichsbundes verliehen und auf das Erfordernis hingewiesen hat, die vorhandenen Suchanträge zu behandeln, solange es noch Mittel zur Aufklärung des Verbleibs der Gesuchten gibt.

Welche Mittel es noch gibt, zeigen die Berichte, die die Zentralen und die Landesnachforschungsdienste über das abgelaufene Jahr vorgelegt haben.

Der Direktor des Suchdienstes München, Dr. G. Posewadt, berichtet über die Arbeit seines Hauses:

Suchdienst München Nachforschung nach den Verschollenen der früheren deutschen Wehrmacht. Zentrales Auskunftsarchiv.

Die Nachricht, die im Frühjahr 1964 durch die Presse ging, daß der DRK-Suchdienst im zwanzigsten Nachkriegsjahr die Massenbefragungen der Heimkehrer nach den verschollenen Kameraden ihrer ehemaligen Truppeneinheiten und Kriegsgefangenenlager einstelle, hat in weiten Kreisen zu Mißverständnissen geführt. Sie finden bis heute ihren Niederschlag in besorgten Briefen der noch wartenden Verschollenenangehörigen und in Pressekommentaren. Diese Nachricht ist manchmal so ausgelegt worden, als beendete der Suchdienst seine Arbeit überhaupt. Der folgende Bericht beweist jedoch wohl, daß jetzt, obwohl wieder ein bedeutender Abschnitt der suchdienstlichen Vorhaben abgeschlossen werden kann, doch noch viel zu tun bleibt.

Zweifellos ist die Befragung von Millionen Heimkehrern nach ihren verschollenen Kameraden eine der populärsten Nachforschungsmaßnahmen des Suchdienstes gewesen. Nachdem die dem DRK erreichbaren Heimkehrer befragt und die unmittelbar auswertbaren Ergebnisse bearbeitet sind, verlagert sich nun das Schwergewicht auf eine intensiver Durcharbeitung des in den bisherigen Arbeitsgängen gewonnenen Materials, auf eine systematische Überprüfung und auf die Auswertung derjenigen Hinweise und Anhaltspunkte, die eine ins einzelne gehende Nachforschung, insbesondere auch in Zusammenarbeit mit ausländischen Rotkreuz-Gesellschaften, möglich machen.

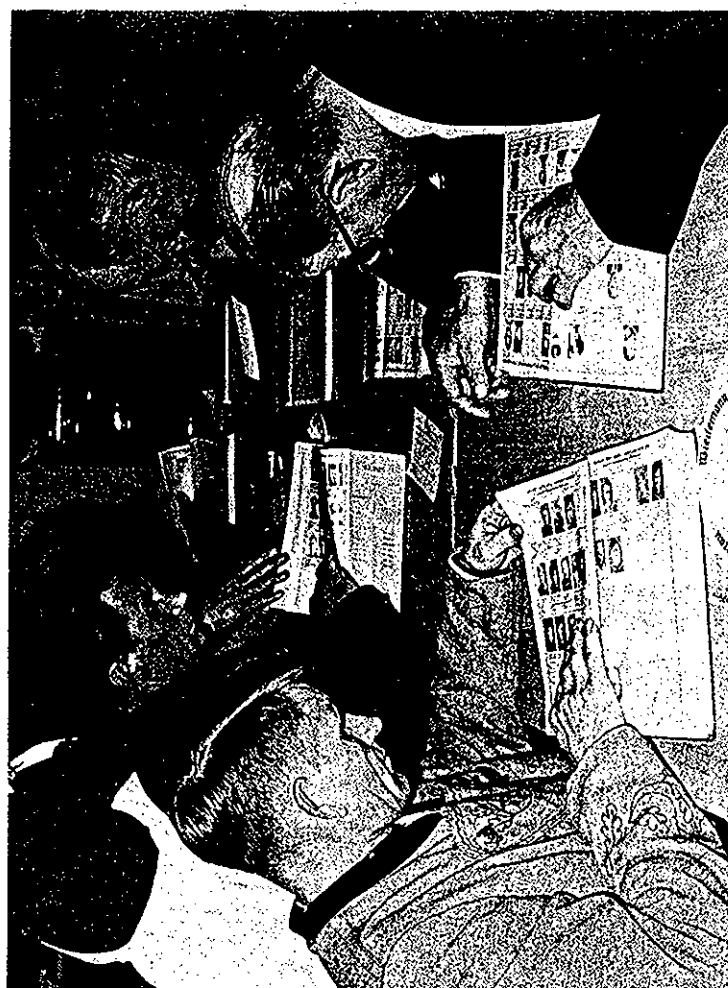
Diese Aufgabe kann aber zwangsläufig erst jetzt nach dem Vorliegen der bislang erzielten Ergebnisse in entsprechender Weise aufgegriffen werden und muß nun als eine der Hauptquellen für weitere Ergebnisse im Vordergrund stehen.

Stand der Heimkehrerbefragung

Über die Heimkehrerbefragung, ihren Stand und ihre Erfolge im Berichtsjahr 1964 geben die nachstehenden Zahlen Auskunft:

Seit 1947 sind insgesamt 5,4 Millionen Befragungen von den freiwilligen Helfern der Kreisverbände des

5,4 Millionen Heimkehrer-Befragungen leistete der DRK-Suchdienst mit seinen freiwilligen Helfern seit 1947, Anfangs ohne Unterstützung der ersten 700.000, dann mit Namentlisten und seit 1958 mit Hilfe von 700.000. Zahlreiche klärten Verschollenen-Schicksale, andere geben wertvolle Hinweise für weitere Nachforschungen.



Deutschen Roten Kreuzes geleistet worden, die 1.725.000 wertvolle Aussagen über Verschollene erbrachten.

Anfänglich konnten die Heimkehrer mangels einer Übersicht über Zahl und Namen der Verschollenen nur allgemein befragt werden. Die staatliche Registrierung vom Jahre 1950, mit der bis Ende 1964 1,7 Millionen Wehrmachtangehörige als verschollen gemeldet worden waren, ließ dann die Erstellung von Namenslisten zu. Als wertvollste Gedächtnisstütze erwiesen und erweisen sich die vom Suchdienst München ohne Vorbild geschaffenen und seit 1. 10. 1958 an die zurückgekehrten Weltkriegsteilnehmer herangebrachten Verschollenen-Bildlisten, die 1,3 Millionen Verschollene mit 900.000 Bildern enthalten und, nach Einheiten und Lagern geordnet, in 181 Bände gefaßt sind. Mit dieser Befragungsgrundlage wurden von 1958 bis zum 31. 12. 1962 insgesamt 310.882 Aussagen gewonnen, von denen 56 % für den Suchdienst neue Erkenntnisse enthielten.

Die Befragung in den Kreisen und Gemeinden ist mit Nachdruck fortgesetzt worden. Als ergänzende Maßnahmen führten Landesnachforschungsdienste und Kreisnachforschungsstellen auch 1964 wieder um zahlreiche Sonderbefragungen in Gemeinden, Betrieben und Behörden durch, von der Suchdienst-Zentrale unterstützt durch den Einsatz von Befragungsbussen und Mitarbeitern, die in acht Landesnachforschungsbereichen tätig wurden.

Insgesamt fanden in 367 Orten und 163 Betrieben oder Behörden an 463 Tagen 55 Einzelsuche statt. Es wurden dabei 31.722 Heimkehrer befragt und 4714 Aussagen gewonnen.

Im Dienste der Heimkehrerbefragungen standen ferner die guten und nützlichen Verbindungen, die der Suchdienst auch 1964 zu den Soldatenkameraden unterhalten hat. Bei den 96 Kameraden-treffen, bei denen den Teilnehmern Bildlisten vorgelegt werden konnten, wurden 594 Heimkehrer-erklärungen gewonnen. Insgesamt war der Suchdienst seit dem 1. 10. 1958 an 770 Kameraden-treffen beteiligt. Von den 14.295 Auskünften, die sich hierbei ergaben, waren 21 % schicksalsklärend.

Mithilfe anderer Einrichtungen

Wertvolle Auskünfte gingen von Einrichtungen außerhalb des Suchdienstes ein.

Von der Deutschen Dienststelle, Berlin,

(WAS) kamen 2118 schicksalsklärende Meldungen, welche, soweit sie auf noch offene Suchanträge schließen, ausgewertet wurden.

Von der Zentralen Namenskartei des Hauses und der Heimortskarteien des Kirchlichen Suchdienstes gingen der Abteilung NZW 9517 Meldungen über registrierte Wehrmachtverschollene zu. Soweit sich hieraus eindeutige Schicksalsklärungen ergaben, wurden die in diesen Fällen nach offenen Suchanträge abgeschlossen und die Angehörigen verständigt. Bei den von den Heimortskarteien zugestellten 1084 Meldungen bezogen sich 52 % auf Lebendmeldungen.

Der Suchdienst München sandte der Deutschen Dienststelle (WAS) alle Nachregistrierungen von Wehrmachtverschollenen zur Kenntnis und übermittelte den Heimortskarteien Duplikate der neu eingegangenen Suchanträge, soweit diese Soldaten aus den Vertriebsgebieten betrafen.

Der Zentrale Suchdienst beim IKRK in Genf, dem bereits im Jahre 1954 die Westverschollenenfälle zur Kenntnis gebracht worden waren, ist von allen Nachregistrierungen verständigt worden, die sich auf Verschollene bezogen, deren letzte Nachricht vom westlichen Kriegsschauplatz oder aus westlichem Gewahrsam stammt.

Täglich 130 neu angelegte Verschollenenakten

In der Zentralregistratur des Suchdienstes München wuchs der Aktenbestand im Berichtsjahr arbeitstäglich um 130 neue Verschollenenakten. In den insgesamt rund 800.000 Verschollenenakten, die eine der wichtigsten Arbeitsgrundlagen des Suchdienstes München sind, ist in einer Millionenzahl von Einzelbelegen die Dokumentation des vom Krieg verursachten Leides, aber auch des suchdienstlichen Bemühens, wartende Angehörige von der Last der Ungewißheit zu befreien, enthalten.

Auswertung der Verschollenenakten

Im Berichtsjahr 1964 ist mit der systematischen Auswertung der Akten nach Ansatzpunkten für weitere aussichtsreiche Nachforschungen ein neuer suchdienstlicher Schwerpunkt gebildet worden. Der Auf-nahme dieser Arbeit ging ein Test voraus, der 37.000 Verschollenenakten einbezog und zum Ergebnis hatte, daß sich in 7 % der Fälle wichtige Hinweise für die weitere Nachforschung ergaben. Die auf Grund dieses Ergebnisses gebildete Arbeitsgruppe hat inzwischen 185.000 Akten durch-

gesehen und dabei die Erfolge des Testes bestätigt gefunden.

Unter „Ansatzpunkt“ versteht der Suchdienst in erster Linie einen sicheren Hinweis auf Kriegsgefangenschaft, der eine Anfrage an eine osteuropäische Rotkreuz-Gesellschaft, in erster Linie das Sowjetische Rote Kreuz, zuläßt. Diese Hinweise basieren u. a. auf Heimkehreraussagen, welche vor 1957 abgegeben wurden, als unmittelbare Anfragen in Moskau noch nicht möglich waren.

Allen anderen in den vorhandenen Unterlagen erkennbaren Hinweisen wird durch individuelle Ermittlungen nachgegangen.

Prüfung negativer Auskünfte

Eine Neuregelung ist hinsichtlich der negativen Bescheide, die aus dem Ausland eingehen, getroffen worden. Diese Bescheide, die nach wie vor den Angehörigen und den anderen interessierten Stellen übermittelt werden, führen nunmehr zu einer automatischen Prüfung des ganzen Falles, um festzustellen, ob der Vorgang abgeschlossen werden kann oder ob sich noch weitere Nachforschungen anstellen lassen.

Einzelschicksalsbestimmung aus der Einheitengruppe

Im Arbeitsjahr 1964 nahm das Sachgebiet „Einzelschicksalsbestimmung aus der Einheitengruppe“ (EE) seine Arbeit auf. Seine Aufgabe ist es

- a) zusätzliche Hinweise für den Aufenthalt von Wehrmachtverschollenen auf ausländischen Territorien zu erarbeiten,
- b) dadurch zusätzliche Suchanträge an ausländische Rotkreuz-Gesellschaften zu ermöglichen und
- c) um Einzelschicksale zu klären.

Um zu diesem Ziel zu kommen, hat zunächst eine besondere Ordnung der Wehrmachtverschollenen hergestellt werden müssen, und zwar derart, daß die Verschollenen, die

zu einem gleichen Zeitpunkt, an einem gleichen Ort, von einer gleichen Einheit, durch das gleiche Kriegereignis in Verschollenheit getreten, einzeln ermittelt und in Gruppen zusammengefaßt werden. Diese Vorbereitungsarbeit, die Ende 1965 abge-

schlossen sein kann, wird durch den LND Berlin mit Hilfe von Notstandsarbeitern nach den Richtlinien des Suchdienstes München ab 1. 4. 1964 geleistet. Die sorgfältige Arbeit des LND Berlin verdient volle Anerkennung. Es wurden 43.878 Ver-mißenbildlisten von 380 an der Ostfront eingesetzten Divisionen mit rund 500.000 Verschollenen zur Umordnung nach Berlin versandt.

Bis zum 31. 12. 1964 war für 166 Divisionen mit 195.033 Verschollenen, von denen 116.160 Verschollene in Gruppen kartenmäßig nunmehr erfaßt sind, die neue Ordnung hergestellt.

Das nachfolgende Beispiel soll die Arbeitsweise und ihr Ergebnis erläutern:

Laut Vermißenbildliste sind im Juni 1942 im Brückenkopf Kirisch am Ostufer des Wolchow 33 Angehörige der 11. Inf.Div., davon 30 vom Gren.Rgt. 23, verschollen. Durch die zusammenfassende Betrachtung aller Registerkarten und Verschollenenakten dieser Gruppe stellte sich heraus, daß der Brückenkopf Kirisch am 5. Juni 1942 morgens zwischen 5.00 und 8.00 Uhr durch einen sowjetischen Angriff am rechten Flügel eingebrückt wurde. In 14 von 33 Fällen finden sich Hinweise auf eine wahrscheinliche Gefangenschaft. In einer Akte wird von einer Mitteilung der militärischen Einheit berichtet, daß „die Mannschaft der alten Kp. in Gefangenschaft gekommen ist“. Fünf heimgekehrte ehemalige Angehörige des Gren.Rgt. 23 berichten, daß sie bei diesem Angriff tatsächlich in Gefangenschaft geraten sind. Bei dieser Sachlage wird die Vermutung verstärkt, daß ein größerer Teil der 33 Verschollenen tatsächlich in Gefangenschaft gekommen ist. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, zumindest in diesen 14 begründeten Fällen an das Sowjetische Rote Kreuz Anfragen zu richten.

Internationale wechselseitige Nachforschungshilfen
Die Bedeutung der Nachforschungshilfen ausländischer Rotkreuz-Gesellschaften bedarf nach dem vorher Gesagten keiner besonderen Unterstreich-ung. Die seit 1961 tätige Auslandsabteilung des Suchdienstes München unterhält Kontakte mit 50 Rotkreuz-Gesellschaften in allen Teilen der Welt. Hauptpartner auf dem Gebiet der gegenseitigen Nachforschungshilfen nach Weltkriegsverschollenen ist auf Grund der Vereinbarung von 1957 nach wie vor das Sowjetische Rote Kreuz, das bisher (31. 12. 1964) auf insgesamt 138.675 gestellte Suchanträge

nach verschollenen Soldaten und Zivilpersonen 134.628 Auskünfte gab. An das Sowjetische Rote Kreuz gerichtete Suchanträge nach Wehrmachtsverschollenen allein sind es bisher 104.772. Die Zahl der Auskünfte über Wehrmachtsverschollene beträgt insgesamt 105.877, darunter 14.347 Auskünfte auf von den Angehörigen direkt oder über andere Stellen (IKRK) eingereichte Anträge. 30% der Auskünfte waren schicksalsklärend.

Das **Polnische Rote Kreuz** gab dem Suchdienst München auf 5600 Suchanfragen nach Wehrmachts- und Zivilvermißten 5740 Auskünfte und Mitteilungen, von denen 20% Schicksale klärten.

Warschau stellte bisher an den Suchdienst München 24.367 Anfragen, und erhielt darauf 23.891 Auskünfte.

Täglich gingen 75 Auskünfte ein

Die Auslandsabteilung des Suchdienstes München stellte arbeitstäglich 31, im Jahr 1964 insgesamt 7498 Suchanfragen an ausländische Rote Kreuz-Gesellschaften und an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz. Arbeitstäglich gingen 75, insgesamt 17.968 Auskünfte ein.

Vom Ausland gingen beim Suchdienst München arbeitstäglich 23, insgesamt 5434 Suchanfragen ein; demgegenüber täglich 28, insgesamt 6772 Auskünfte erteilt werden konnten. Bei den vom Ausland erhaltenen Auskünften, die sich in der Mehrzahl auf Wehrmachtsverschollene beziehen, handelt es sich zum größten Teil um Todesnachrichten. In beträchtlichem Umfang wurden jedoch auch Lebend-Auskünfte (506) empfangen und erteilt.

Auf Anfragen, die von Angehörigen unmittelbar und oftmals zusätzlich zu Suchdienst-Anfragen an das Sowjetische Rote Kreuz gestellt worden waren, erhielt der Suchdienst 234 Auskünfte. In einem Fall erteilte das Sowjetische Rote Kreuz auf den von privater Seite wiederholt gestellten Antrag die achte Auskunft und bat den Suchdienst, der Antragstellerin mitzuteilen, daß auf ein erneutes Nachforschungsersuchen eine Antwort nicht mehr gegeben würde.

Von den vom Polnischen Roten Kreuz empfangenen 6763 Auskünften (im Berichtsjahr 931) waren etwa 20% positiv, unter ihnen verhältnismäßig viele Lebend-Meldungen.

Unter den vom DRK-Suchdienst im Berichtsjahr nach Polen erteilten 3107 Auskünften waren allein

888 = 28% Lebend-Feststellungen; die Zahl der nach Polen gesandten Auskünfte erhöhte sich damit auf 77.877.

Es ist damit zu rechnen, daß an das Polnische Rote Kreuz zur Klärung der Schicksale von Wehrmachtsverschollenen noch etwa 10.000 Fälle herangetragen sind.

Unter den 1238 Auskünften, die der Suchdienst 1964 vom Jugoslawischen Roten Kreuz erhalten hat, waren 39 Lebend- und 3 Tot-Meldungen. An das Jugoslawische Rote Kreuz dürften zu den bisher gestellten 4901 noch etwa 2000 bis 3000 Anfragen zur Klärung von Wehrmachtsverschollenen Schicksalen einzureichen sein.

An die Gesellschaften der Tschechoslowakei, Rumäniens, Ungarns und Bulgariens richtete der Suchdienst München 375 Suchanträge; er empfing darauf 308 Auskünfte. Hiervon waren 33 Lebend-Meldungen. Entgegengenommen wurden von den Rotkreuz-Gesellschaften 145 Suchanträge und von privaten Suchantragstellern weitere 538 Anfragen. Der Suchdienst München gab 1964 an Rotkreuz-Gesellschaften der genannten Länder und an private Antragsteller 610 Auskünfte. Davon waren 52 Lebend- und 78 Tot-Meldungen.

Die Gesellschaften geben sich, wie immer wieder festgestellt werden kann, große Mühe, allen Nachforschungsersuchen in individueller Weise nachzukommen.

IKRK und westliches Ausland

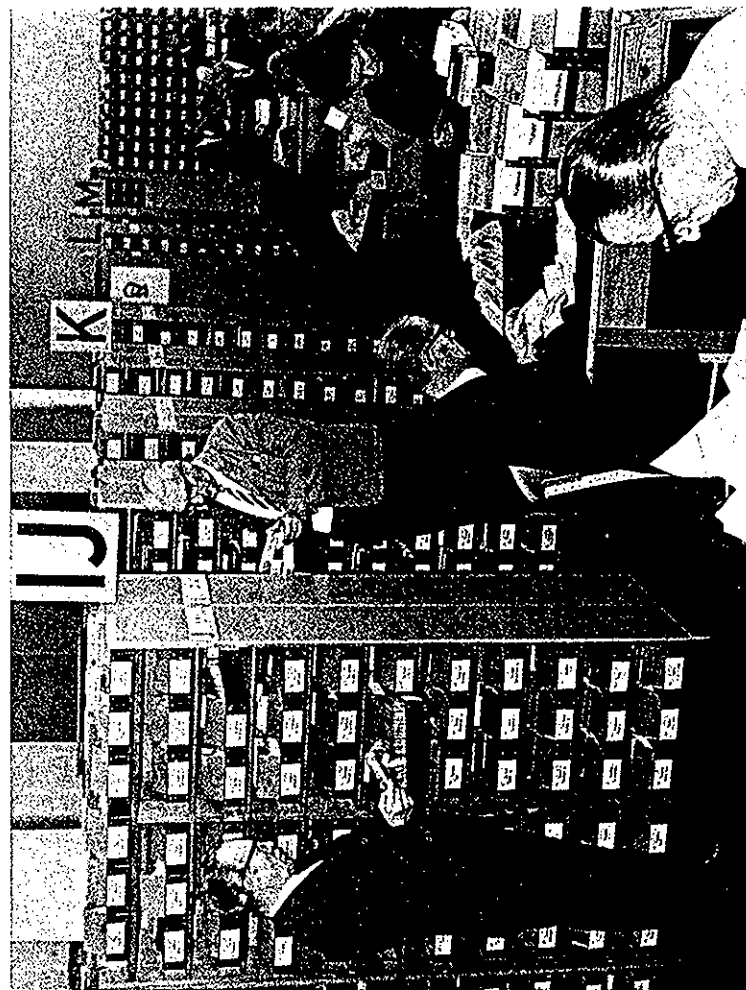
Die Nachforschung im westlichen Ausland, die in erster Linie in Zusammenarbeit mit dem Zentralen Suchdienst bei Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und den Rotkreuz-Gesellschaften erfolgte, drückt sich in folgenden Zahlen aus:

	Im Berichts-	Bisher
	jahr 1964	insgesamt
Gestellte Anfragen	1.633	21.180
Erhaltene Mitteilungen	5700	28.751
Empfangene Anfragen	1.442	13.471
Erteilte Auskünfte	2.417	16.319

7,9 Millionen „Treffer“ in der Zentralen Namens-

kartei
Fundament und Ausgangsbasis für Nachforschungsmaßnahmen und suchdienstliche Feststellungen jeglicher Art ist die Zentrale Namenskartei. Sie enthält 32 Millionen Einzelbelege. In ihr befindet sich

Mit 32 Millionen Unterlagen bildet die Namenskartei die zentrale Auskunftsstelle des DRK-Suchdienstes. 7,9 Millionen belegenden Einheiten umfassen die Kartei, die über 200 Schicksale Geschicksloser aus dem Jahr 1945 bis 1964 enthält. Die Zentrale Namenskartei ermöglicht 160 schicksalsklärende Erfolge.



heute die Masse der im DRK-Bereich seit 1945 gestellten Suchanträge und Meldungen über Personen, die als Gesuchte in Frage kommen. Wertvolle suchdienstliche Unterlagen sind der Zentralen Namenskartei bis in die Gegenwart zugeflossen. Die Einarbeitung neuen Materials in die bereits vorhandenen Unterlagen, durch welche eine Vereinfachung des Karteiwesens und eine Steigerung der schnellen Auskunftsfähigkeit erreicht wird, ist aber nur im Rahmen der für diese Arbeiten bewilligten Mittel möglich.

Durch das Zusammentreffen von Suchanträgen mit Meldungen über Personen, die als Gesuchte in Frage kommen, wurden bisher 7,9 Millionen „Treff“ erzielt und damit Suchende zusammengeführt oder das Schicksal Gesuchter geklärt. Auch im Jahre 1964 konnten arbeitstäglich 160 Feststellungen erzielt werden.

Über die Inanspruchnahme der Zentralen Namenskartei für Auskünfte an Personen und im Zuge der Amtshilfen an Behörden geben nachstehende Zahlen eine Übersicht:

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 264.989 Suchanträge nach verschollenen Soldaten, Zivilpersonen und Zivilverschiepten und 311.829 Meldungen über Personen, die als Gesuchte in Frage kommen, bearbeitet.

Mit dieser Arbeit behandelte die Zentrale Namenskartei 576.818 Unterlagen und erzielte 36.792 Ergebnisse, welche ihrem Inhalt nach Lebend- und Todesfeststellungen waren, die entweder zum Abschluß bisher unerledigter Suchanträge führten oder entscheidend zur Aufklärung von Verschollenenschicksalen beitrugen.

Die Zahl der erteilten Einzelauskünfte betrug mit den vorausgehenden Anfragen 88.175. Der Suchdienst München beantwortete darüber hinaus 1034 fernmündliche Anfragen von Angehörigen und gab Auskunft an 1432 Antragsteller, die persönlich vorsprachen und Suchanträge stellten oder sich über den Stand der Nachforschung zu bereits früher eingereichten Anfragen orientierten.

22.477 ihrer Ergebnisse gab die Zentrale Namenskartei an die Fachabteilungen der Suchdienst-Zentralen, die Landesnachforschungsdienste und Kreisnachforschungstellen sowie an die übrigen mit Suchdienst-Aufgaben betraffenen Einrichtungen zur

Auswertung und Unterrichtung der Suchantragsteller weiter.

Auf dem Gebiet der Amtshilfen bearbeitete die Abteilung in der Berichtszeit 56.659 Anfragen und Mitteilungen, die mit 5883 Treffern 10,4% Ergebnisse erbrachten.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein 6%iger Zuwachs von Anfragen festzustellen, der sich vor allem auf Amtsgerichts-Anfragen in Todeserklärungsverfahren und auf Anfragen von Versorgungsbehörden bezieht. Dieser Anstieg dürfte auf das neue Kriegsofferrecht bezüglich der Ehrenrente und ferner auf die durch das Alter bedingte höhere Sterblichkeit unter den Suchantragstellern zurückzuführen sein, deren Erben nunmehr die Klärung der Nachlaßverhältnisse anstreben und dazu den Suchdienst in Anspruch nehmen.

1842 Auskünfte davon sind an Amtsgerichte der Bundesrepublik und an Kreisgerichte der DDR auf Anfragen in Todeserklärungsverfahren erteilt worden. Es handelt sich dabei um 1383 Mitteilungen, die die Angaben der Angehörigen über den vermuteten Tod des Betreffenden, auf den sich das Todeserklärungsverfahren bezog, bestätigten, sowie um 459 Lebend-Feststellungen, die vor allem darauf zurückzuführen sind, daß die Antragsteller der Todeserklärungsverfahren, die nicht immer gleichzeitig auch nächste Angehörige sind, sich nur unzureichend um die Auffindung des Toldegläubten bemüht hatten.

Die Abteilung ZNK setzte im Rahmen der laufenden Arbeiten die Einstellungs- und Bereinigungsarbeiten fort mit dem Ziel, das Karteiwesen innerhalb des DRK-Suchdienstes weiter zu vereinfachen. Im ersten Quartal des Berichtsjahres wurden die letzten 278.242 Original-Suchanträge der Kriegseingefangenen- und Verschollenenregistrierung 1950 abgeglichen und eingestellt. Damit ist die gesamte frühere Zentralverschollenenkartei der Abteilung Nachforschungszentrale für Wehrmachtverschollene (1,29 Million) mit der Zentralen Namenskartei vereinigt. Anschließend wurden 275.654 bisher nicht leitbare Meldungen über ehemalige Wehrmachtangehörige, soweit sie ausreichende Mindestmerkmale aufwiesen, eingestellt.

Diese beiden Maßnahmen ermöglichten die Bereinigung der Zentralen Namenskartei durch die

DRK-Suchdienst

Stand 31. Dezember 1964

Deutsches Rotes Kreuz
Generalsekretariat
Ref. VI: Suchdienst-Leitstelle
Bonn a. Rh.

Suchdienst München

Nachforschung nach den Verschollenen der früheren deutschen Wehrmacht, Zentrales Auswärtsschreib.

Abt. I (NZW) Wehrmachtverschollene

Nachforschung nach verschollenen Soldaten die zuletzt:

- bei ihrer Einbeziehung in einen Kriegsgelangenort bekannt worden sind; z.Z. a) 1.169.355 b) 103.041.

Dazu:
Herausgabe der Verschollenen-Bildlisten, Einzel- und Gruppennachforschungen.

Abt. II (ZHK) Zentrale Namenskartei

Zentraler Nachweis der Anträge und Meldungen für den DRK-Suchdienst seit 1945 (z.Z. 32 Mill. Karten).

Auskunft an Dienststellen und Angehörige von Verschollenen.

Abt. III (A) Ausland, Presse

Suchanträge an ausländische Rotkreuz-Gesellschaften und an das I.R.R.K. Presse, Rundfunk und allgemeine Ausklobung über Suchdienstmaßnahmen.

Suchdienst Hamburg

Nachforschung nach den Verschollenen der deutschen Zivilbevölkerung, Familienzusammenführung und Einzelhilfen.

Abt. I (N) Nachforschung

Nachforschungen nach:

- In fremdem Gewohnsamt verschollenen Zivilgefangenen (z.Z. 132.043)
- In Haltonstalten der 882 Verschollenen (z.Z. 65.700)
- den Familien von als unehelich erachteten Kindern (z.Z. 3.888) und noch Kindern, die von den Eltern gesucht werden (z.Z. 4.253)

Herausgabe der Zivilverschollenenliste.

Abt. II (Fz.) Familienzusammenführung und Repatriierung

Behandlung von Anträgen auf Wiederherstellung von getrennten Familien und auf Repatriierung deutscher Staatsangehöriger (z.Z. 508.000 Personen).

Abt. III (E) Beratungs- u. Hilfsdienst

Beratung und Unterstützung in Notfällen von Angehörigen, die für Angehörige im Ausland zu sorgen haben. Behandlung onologischer Zuschriften aus dem Ausland.

15 Landesnachforschungsdienste (LND) bei den Landesverbänden

Baden-Würtbg.	Bayern	Berlin	Braunschweig	Bremen	Hamburg	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein	Ostfalen	Rheinl.-Pfalz	Saarland	Schlesw.-Holst.	Süd-Baden	Westf.-Lippe
---------------	--------	--------	--------------	--------	---------	--------	---------------	-----------	----------	---------------	----------	-----------------	-----------	--------------

523 Kreisnachforschungsstellen bei den Kreisverbänden

Entnahme von 1 054 236 Duplikaten. 401 583 Fälle, in denen für ein- und dieselbe Person mehrfach vorhandene Karteibelege verschiedenen Ursprungs festgestellt worden sind, wurden jeweils in einem Klarsichtbeutel zusammengefaßt. Insgesamt sind bei diesen Arbeiten 4 068 084 Kartei- und Einzelprüfungen vorgenommen und 87 801 Berechtigungen und Ergänzungen durchgeführt worden.

Die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz in der DDR bewährte sich auch im Jahre 1964. Über diese Brücke war es möglich, monatlich 1000 Suchanträge nach Wehrmacht- und Zivilverschollenen mit der Kartei des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in der DDR abgleichen zu lassen, wogegen von seiten der Zentralkartensammelkartei in nicht unerheblicher Stückzahl ähnlich geartete Suchanträge des DRK-Suchdienstes der DDR mit gutem Erfolg bearbeitet und beantwortet werden konnten.

Jedes vierte Soldatenschicksal geklärt

Aus der Masse der Münchener Ergebnisse des Jahres 1964 ragt heraus, daß wiederum 7923 Schicksale Wehrmachtverschollener geklärt werden konnten. Das bedeutet, daß arbeitstäglich 33 bis heute in Ungewißheit lebende Familien die Nachricht erhielten, auf die sie seit Kriegsende gewartet haben.

Die Suchdienst-Kartei ist damit insgesamt in 449 000 Fällen von Wehrmachtverschollenheit erfolgreich gewesen, d. h. jeder vierte Suchantrag konnte abgeschlossen werden.

Dennoch ist der Verbleib von 1,27 Million verschollener Soldaten und Kriegsgefangenen auf Grund der noch offenen Registrieranträge ungeklärt, eine Zahl, die nach wie vor trotz der beachtlichen Erfolge erschreckend hoch ist. Wenn heute noch mit 1,27 Million Wehrmachtverschollenen gerechnet werden muß, so ist das darauf zurückzuführen, daß seit Abschluß der Registrierung laufend weitere Nachregistrierungen erfolgt sind, durch deren unerwartet hohe Zahl sich der wahre Erfolg der Arbeit nicht deutlich erkennen läßt.

Der Direktor des Suchdienstes Hamburg, O. Ohlssen, berichtet über den

Suchdienst Hamburg Nachforschung nach Verschollenen der deutschen Zivilbevölkerung, Familienzusammenführung und Einzelhilfen.

Die Nachforschungen nach den in fremden Gewahrsam verschollenen Zivilgefangenen

Die Herstellung der Zivilverschollenenlisten war Ende 1963 zum Abschluß gekommen. 1964 und in den ersten vier Monaten des Jahres 1965 wurden damit 76 217 Befragungen durchgeführt; sie erbrachten bisher 74 130 Heimkehrerklärungen. 29% der gewonnenen Meldungen waren schicksalsklärend. Damit waren 59,3% der Befragungsaufträge ausgeführt. U. a. zeichnet sich jetzt schon ab, daß es möglich werden wird, 40 000 neue Anfragen an die osteuropäischen Rotkreuz-Gesellschaften zur Klärung der in Betracht kommenden Verschollenenfälle zu schicken.

Das Echo, das diese Befragung bei der Bevölkerung findet, bei den Heimkehrern wie bei den Angehörigen der Verschollenen, ist bemerkenswert. Die Bereitwilligkeit, nicht nur Einsicht in die Listen zu nehmen, sondern auch zusätzliche Berichte zu geben und weitere Personen zu nennen, die man für besonders auskunftsfähig hält, ist erfreulich.

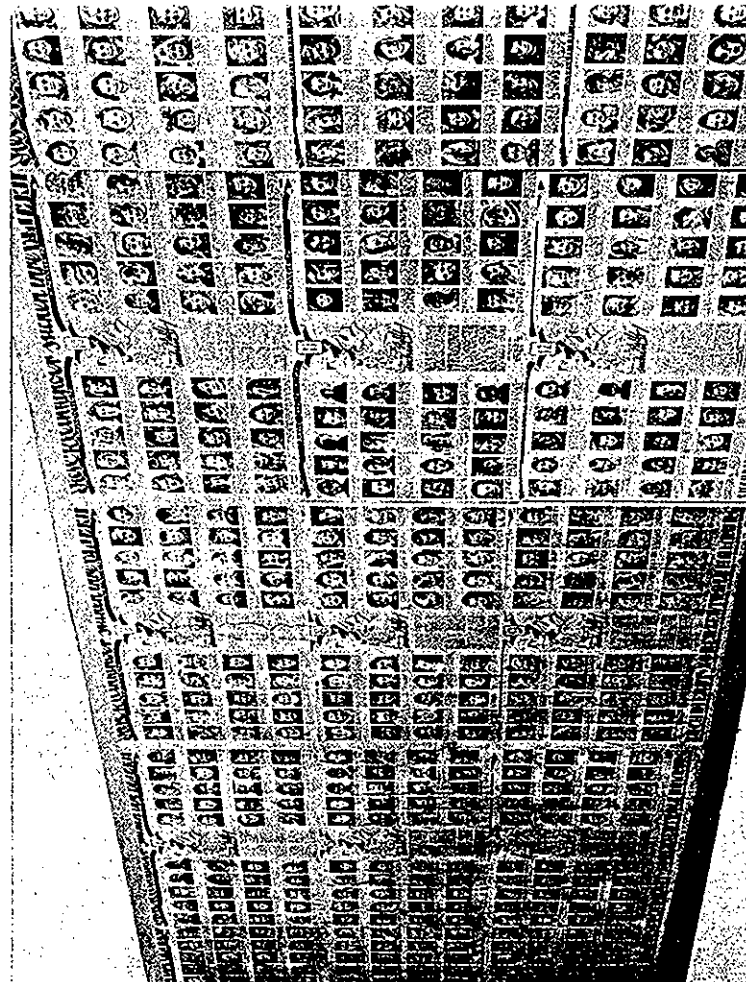
Ende 1964 lagen 970 019 namentliche Meldungen über Heimkehrer, verstorbene und verschollene Zivilpersonen vor.

An Behörden (vornehmlich Versorgungsämter und Amtsgerichte) wurden 3169 Auskünfte erteilt. Dabei handelte es sich u. a. um die Beantwortung von Fragen, die sich auf Gewahrsams-Orte und -Zeiten, den Gewahrsams-Charakter, auf Gewährsleute und auf die Stellungnahme zur Glaubhaftigkeit der einem Amt gemachten Angaben bezogen. Dazu aus einem Schreiben eines Versorgungsamtes vom 18.3.1965:

„... Da die allgemeinen Angaben der Antragsteller zu berechtigten Zweifeln Anlaß geben, bittet das Landesversorgungsamt um Mitteilung, welche Aufzeichnungen ggf. über die Genannten vorhanden sind, sowie um eine Äußerung zu den nachfolgend aufgeführten Angaben hinsichtlich deren Glaubwürdigkeit nach den gemachten Erfahrungen ...“

Die sonstige Korrespondenz bezieht sich u. a. auch auf Fragen, die durch die Herausgabe der Zivil-

Der Kinder-Suchdienst klärte zwei Jahrzehnte lang an jedem Tag durchschnittlich 24 Fälle, insbesondere durch Surenagen und Veröffentlichung von Bildern in der Presse und auf Kinoleinwänden.



Am 31. 12. 1964 wurden noch 65.700 Verschollene geführt. Die Befragung von entlassenen Mithäftlingen erbrachten bisher 79.500 Aussagen, davon 3500 im Jahr 1964. Bisher hat der Suchdienst Hamburg 21.289 Familien Nachricht über das Schicksal eines in Mitteleuropa inhaftierten Angehörigen zugestellt.

Wer bin ich?

Seit geraumer Zeit gehen Anfragen von jungen Menschen ein, besonders aus den osteuropäischen Ländern, mit der dringenden Bitte, ihre Eltern oder Angehörigen zu suchen. Häufig kennen die jungen Leute nicht einmal ihren eigenen Namen, und ständig wiederholt sich die Frage „Wer bin ich?“ Die Jugendlichen, die inzwischen dem Hause der Pflegeeltern entwachsen und großjährig geworden sind, jetzt auf eigenen Beinen stehen, wollen nur die Klärung ihres Schicksals und des ihrer Angehörigen selbst veranlassen:

„... bitte ich sehr, die äußersten Anstrengungen zur Auffindung meiner richtigen Eltern zu unternehmen.“

„... Gott gebe, daß ich noch etwas Glück in meinem Unglück habe.“

„... wende ich mich an Sie, weil ich schon von Ihrer erfolgreichen Arbeit gehört habe.“

So lauten Auszüge aus derartigen Anfragen.

545 neue Suchanträge gingen im Jahre 1964 ein, davon 192 von anhanglosen Jugendlichen nach Eltern und Angehörigen. In vielen Fällen konnte die Verbindung mit den Gesuchten ohne weiteres hergestellt werden, weil Suchanträge nach den Anfragstellern schon seit langer Zeit vorlagen. Meistens mußten aber wiederum umfangreiche Nachforschungen begonnen und Identifizierungen eingeleitet werden.

Für die Weiterführung der Arbeit standen 1964 nur noch 22 Mitarbeiter zur Verfügung. Diese Zahl verringerte sich im letzten halben Jahr durch Ausscheidung und Versetzung auf 18.

Trotz dieser Kürzung und obwohl die Nachforschungsarbeiten schwieriger durchzuführen waren, konnte für 1964 eine Erfolgszahl von 1351 erreicht werden. 32 Jugendliche wurden 1964 identifiziert und mit ihren Angehörigen in Verbindung gebracht; dabei leistete das im Berichtsjahr herausgegebene Bildplakat Nr. 30 gute Dienste.

verschollenenlisten ausgelöst wurden. Wie sehr die Öffentlichkeit die Arbeit des Suchdienstes mit Anteilnahme verfolgt und die Ergebnisse mit Dank entgegennimmt, dafür einige Beispiele:

1. 2. 64

„... Ich danke Gott, daß er unsere Schicksale so gütig gelenkt hat und daß ich meinen einzigen, für tot beweinenden Sohn in diesem Leben noch einmal geschenkt bekam. Auch Ihnen möchte ich meinen aufrichtigen Dank aussprechen.“

24. 2. 65

„... Möchte dem Deutschen Roten Kreuz für seine Mühe und Arbeit meinen aufrichtigen Dank hierdurch aussprechen. Denn auf diese Meldung waren meine Kinder und ich nach 20 Jahren gefaßt. Da ich nun inzwischen in das Rentenalter gelangt bin, war mir diese Meldung über meinen Mann von wichtiger Bedeutung.“

9. 3. 64

Auf Ihr Schreiben über den Tod meines Mannes ... geb. ... möchte ich meinen herzlichen Dank für Ihre Mühe aussprechen. Nun weiß ich doch endlich, daß mein lieber Mann seine Ruhe gefunden hat. ...

Die Zusammenarbeit mit den Rotkreuz-Gesellschaften des Auslandes wurde fortgesetzt. Insgesamt wurden im Jahre 1964 2997 Anfragen an die Schwesergesellschaften gerichtet; im gleichen Zeitraum gingen 2910 Antworten ein. Jede sechste Auskunft war positiv.

Die Anfragen des Sowjetischen Roten Kreuzes beliefen sich 1964 auf 1207 gesuchte Personen, für die der Suchdienst Hamburg tätig wurde. Im gleichen Zeitraum wurden 317 Erfolgsmeldungen an das Sowjetische Rote Kreuz weitergegeben. Seit der Vereinbarung von 1957 gingen 17.400 Anfragen von Moskau ein. 12.300 wurden, zu 30 % positiv, beantwortet.

Auch 1964 wurden wieder unmittelbar von Privatpersonen aus der Sowjetunion Suchanträge gestellt (795). 1397 Fälle konnten in der Berichtszeit zum positiven Abschluß gebracht werden.

Nachforschungen nach den in mitteleuropäischen Haftanstalten Verschollenen

Zu den Aufgaben des Suchdienstes Hamburg gehören auch die Nachforschungen zur Feststellung des Verbleibs der seit 1945 in mitteleuropäischen Haftanstalten verschollenen politischen Gefangenen.

Im Jahre 1964 wurden weitere 1452 Nachforschungsanträge als aussichtslos aus der Bearbeitung genommen. Unter Berücksichtigung aller Zustände blieben Ende 1964 insgesamt 8091 aktuelle Fälle offen, und zwar 3838 Suchanträge von Kindern nach Eltern und 4253 Suchanträge von Eltern und Angehörigen nach Kindern.

Der Zugang von Suchanträgen nach Unterhaltsschuldnern hat auch 1964 eine leichte Steigerung erfahren; es gingen 994 Suchanträge ein, und es wurden 545 Anträge erfolgreich abgeschlossen. Am Jahresende betrug der Bestand noch aktueller Fälle 1698 Vorgänge von bisher 3500 gestellten Suchanträgen.

Über die

Familienzusammenführung,

die Vollendung aller suchdienstlichen Bemühungen, berichtet O. Ohlson gemeinsam mit J. Leusch (der diese Fragen in der Suchdienst-Beilage behandelt):

Würde man an die Mitarbeiter, die vor zwanzig Jahren das Werk des Nachkriegs-Suchdienstes begannen, die Frage stellen, was sie bewegen hat, eine so schwierige Aufgabe anzupacken, und welches Ziel ihnen dabei vorschwebte, dann erhielte man natürlich verschiedene Antworten. Die einen mag die Sorge um die Gefangenen, um das Schicksal der Verschollenen, Soldaten wie Zivilisten, getrieben haben; andere mögen durch das Schicksal der elternlosen Kinder und der Eltern, die zweifelt ihre Kinder suchen, bewegt worden sein, im Suchdienst eine Aufgabe zu sehen. Manche werden sagen, daß sie einfach dazu beitragen wollten, daß in das Chaos des Zusammenbruchs wieder Ordnung käme, Ordnung, die Voraussetzung für jeden Neuanfang ist.

So verschieden diese Antriebe erscheinen, man kann sie auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Menschen wieder zusammenzuführen,

die zueinander wollen
und die zueinander gehören!

Nach den überlieferten Anschauungen, die niemand aufgeben will, gehören die Menschen, die eine Familie bilden, zusammen, Ehegatten mit den Kindern und Enkeln, die alten Eltern und die Geschwister, und schließlich andere Verwandte, die sich mit der Familie verbunden fühlen oder auf ihre Unterstützung angewiesen sind.

Schon in den ersten Monaten des Jahres 1945 spielte daher der Begriff Familienzusammenführung bei den Beratungen des Suchdienstes eine entscheidende Rolle. Als eigentliches Ziel aller Nachforschungen wurde die Familienzusammenführung in den Besprechungen mit den Besatzungsbehörden und mit den deutschen Verwaltungen herausgestellt und fand gebührende Anerkennung. Heute ist die „Familienzusammenführung“ zu einem der bekanntesten Programme des Roten Kreuzes geworden. Der Weg war schwer. Hoffnungen, Erfolge und Enttäuschungen lösten einander ab. Oft genug schien es so, als ob die Kraft des Roten Kreuzes zu schwach sei, um die vielfältigen Probleme zu erkennen und zu lösen. Aber die Not der Familien und das Vertrauen, das sie in dieses Suchdienst-Programm setzten, gab immer wieder Kraft, die drohende Resignation zu überwinden.

Ein Blick zurück

Es entsprach der pragmatischen Art des Suchdienstes, sich nicht in großen Projekten mit unerreichten Fernzielen zu verlieren, sondern stets das zur Zeit gerade Mögliche zu behandeln. Unter ständiger Beobachtung der Lage, die Gunst der Situation schnell nutzend, wurden immer nur die Teilprobleme, die dringlich und lösbar erschienen, in Angriff genommen.

Die Familienzusammenführung innerhalb der Ländereien der westlichen Besatzungszonen, der späteren Bundesrepublik Deutschland, brauchte nicht Gegenstand von Rotkreuz-Bemühungen zu sein. Die behördlichen Maßnahmen, die nach dem Übergang der Zuständigkeiten auf deutsche Stellen sehr bald getroffen und von 1949 an vom Bundesministerium für Vertriebene und den zuständigen Länderbehörden vervollkommen wurden, lösten die damit verbundenen Probleme sehr bald. Auch bereiteten die damals bestehenden behördlichen Regelungen der Übersiedlung aus familiären Gründen von und nach dem Teil Deutschlands, der der sowjetischen Besatzungsmacht unterstand, keine unüberwindlichen Hindernisse.

Daß die Hauptprobleme der Familienzusammenführung in anderen Bereichen bestanden und gelöst werden mußten, zeigte sich sehr deutlich im Jahre 1947. Im Februar 1947 wurden die Transporte der Aktion Swallow (Schwalbe), die seit Herbst 1945 aus den polnischen Verwaltungen unterstellten deut-

schen Ostgebieten als organisierte Umsiedlung nach den Plänen der Alliierten liefen, abgebrochen, weil die britische Besatzungsbehörde keine Möglichkeit mehr sah, weitere Umsiedler in ihre Zone aufzunehmen. Hunderttausende von Deutschen verloren damit die Möglichkeit der Wiedervereinigung mit ihren Angehörigen, die sich in den vier Besatzungszonen Deutschlands aufhielten.

„Operation Link“

In dieser Situation suchten die Familien hüben und dröben verzweifelt nach der Einrichtung, die ihnen in ihrer Not helfen könnte. Politische Stellen, deutsche wie alliierte, konnten damals nichts tun. Immer tiefer wurde der Graben, der die östliche von der westlichen Welt zu trennen begann. Die Wohlfahrtsverbände und das DRK wurden mit den Angehörigen der Familien überschüttet. Die gemeinsame Prüfung aller Möglichkeiten für eine Lösung dieses immer dringlicher werdenden Problems führte zu zwei Erkenntnissen:

(1) Alle Anträge mußten von einer Stelle erfaßt, registriert und behandelt werden, damit eine Gesamtübersicht gewonnen wurde. Diese erschienen unerlässlich für jede einzuleitende Maßnahme.

(2) Es mußte eine Organisation von internationalem Gewicht gefunden werden, der es gelingen könnte, durch Einflußnahme auf die Regierungen Lösungen zu erzielen.

Für beides bot sich das Rote Kreuz an. Es verfügte in Hamburg und München über genügend große Stäbe von Mitarbeitern, und es konnte seine internationalen Verbindungen zu den nationalen Rotkreuz-Gesellschaften und die Vermittlung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf dafür nutzen, auf die Regierungen einzuwirken, wenigstens so lange, bis normale politische Beziehungen wieder direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen gestatteten.

Mit der Erfassung und Registrierung der aussiedlungswilligen Deutschen wurde sofort begonnen. Die in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und in Polen Lebenden wurden von Suchdienst Hamburg erfaßt. Die Erfassung der in der Tschechoslowakei und den südosteuropäischen Ländern lebenden Personen übernahm eine Arbeits-

gruppe beim Bayerischen Roten Kreuz. Bis März 1949 waren 26.000 Anträge von Deutschen in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten und in Polen erfaßt, bis Ende Mai 1950 war die Zahl auf 147.000 gestiegen. Diese Personen hatten Angehörige im Bundesgebiet, mit denen sie zusammengeführt werden wollten.

Registrierung und Beratung der Antragsteller und ihrer Angehörigen (im Bundesgebiet durch die Kreisverbände des DRK und mithelfende Stellen der Wohlfahrtsverbände) führten aber allein noch zu keinem Ergebnis, sondern schufen nur die Voraussetzungen für Verhandlungen mit den Regierungen. Diese zweite wichtigere Aufgabe übernahm das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf, das vom Deutschen Roten Kreuz laufend unterstützt wurde. Seinem Warschauer Delegierten, François Ehrenhold, gelang es in mühsamen Verhandlungen mit der polnischen Regierung und mit den zuständigen deutschen und alliierten Stellen die Voraussetzungen für die sogenannte „Operation Link“ zu schaffen.

Anfang März 1950 war es dann endlich soweit: Die ersten Aussiedlungstransporte der Operation Link trafen in der Bundesrepublik ein. Sie wurden bis zum April 1951 fortgesetzt. In diesem Zeitraum gelangten

45.000 Deutsche in das Bundesgebiet
40.000 Deutsche in die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands.

Von den 45.000 Deutschen, die das Bundesgebiet aufnahmen, wurden
80,1 % von ihren Angehörigen aufgenommen;
36,3 % hatten zwar Angehörige im Bundesgebiet, mußten jedoch zunächst in Lager eingewiesen werden, weil ihre Angehörigen keinen Wohnraum für sie hatten;

3,6 % waren Personen, die außerhalb der verhältnismäßig engen Grenzen der Familienzusammenführung auf Grund besonderer Umstände in der Bundesrepublik Aufnahme finden mußten. Auch sie wurden zunächst in Lagern untergebracht.

Die vorstehenden Prozentsätze weisen die Operation Link als eine echte Familienzusammenführungsaktion aus: 96,4 % der Eingetragenen hatten nächste Angehörige im Bundesgebiet.

Fünf bittere Jahre

Im April 1951 wurde die Operation Link von polnischer Seite eingestellt. (Zwischen Warschau und Pankow wurde jedoch eine Sondervereinbarung getroffen, die es 14 000 Deutschen in der Zeit von Februar 1952 bis 1954 erlaubte, zu ihren Verwandten in Mitteleuropa auszuwandern.)

Es waren fünf bittere Jahre von 1951 bis 1955. Die Zahl der für die Familienzusammenführung registrierten Personen war weiter angestiegen. Sie lag im April 1951 bei 200 000. Die Gesamtzahl der in München registrierten Personen, die aus der Tschechoslowakei, aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien ausreisen wollten, betrug damals rund 90 000. Die mit der Operation Link gleichlaufende Familienzusammenführung aus der Tschechoslowakei hatte rund 18 000 Personen in das Bundesgebiet gebracht; sie war ebenfalls im April 1951 abgebrochen worden.

Für die Mitarbeiter der Kreisverbände und der Familienzusammenführungs-Arbeitsgruppen in Hamburg und München wurde es nun immer schwieriger, die Familien in ihrer verständlichen Ungeduld zu trösten und die Hoffnung auf Änderung der Lage zu erhalten.

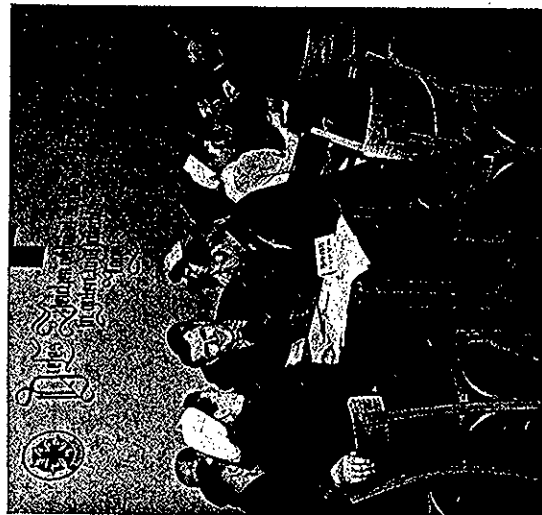
Während dieser Zeit lief nur die Familienzusammenführung und Aussiedlung aus Jugoslawien dank der Bemühungen des internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf, das auch hier seinen ausgezeichneten Delegierten F. Ehrenold eingesetzt hatte, befriedigend. In Regierungsverhandlungen wurde eine Regelung gefunden, die praktisch allen Volksdeutschen erlaubt, aus Jugoslawien in die Bundesrepublik umzusiedeln.

In allen anderen Bereichen blieben jedoch die Hoffnungen jahrelang unerfüllt. In diesen bitteren Jahren der immer wieder enttäuschten Erwartungen ergriff der damalige Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Heinrich Weitz, die Initiative. Er machte es zu seiner ganz persönlichen Aufgabe, das Problem der Familienzusammenführung in allen Bereichen ebenso zu lösen wie das Problem der noch nicht heimgekehrten Gefangenen.

Die Resolution von Toronto

Gleich nach seinem Amtsantritt wurde auf der XVIII. Internationalen Rotkreuz-Konferenz, die im Juli 1952 in Toronto stattfand, die Resolution Nr. 20 beschlossen. Sie empfahl den nationalen Rotkreuz-

In den Dienststellen der Kreisverbände des DRK, wie hier in München, fanden regelmäßig Heimkehrerbefragungen statt.



Gesellschaften, als natürliche Vermittler zu ihren Regierungen zu handeln,

„um im größten Ausmaß Freilassung dieser Personen zu erleichtern, Auskünfte über das Schicksal solcher Personen zu erzielen und die Zusendung von materiellen Hilfen an diese zu erleichtern, und spricht die Hoffnung aus, daß das gegenwärtige Treffen von Nationalen Gesellschaften und Regierungen in Toronto die notwendigen Kontakte vorsehen wird, um diese humanitäre Aufgabe gegenseitiger Hilfe auszuführen, die der eigentliche Zweck und Sinn des Bestehens des Roten Kreuzes ist.“

zeigt in Zahlen die Erfolge. In zehn Jahren (von 1955 bis 1964) reisten 389 162 Personen in das Bundesgebiet ein, um sich mit ihren Angehörigen wieder zu vereinigen.

Das ist ein bedeutendes Ergebnis. Es beweist, daß die Bereitschaft der Regierungen der Aufenthaltsländer zu gewinnen ist, diese Probleme zu lösen. Dennoch ist nicht abzusehen, wann das Deutsche Rote Kreuz seine Arbeiten für Familienzusammenführung und Aussiedlung einstellen kann. Inzwischen sind nämlich die Anträge auf Familienzusammenführung und Aussiedlung trotz des Abbaues durch die Einreisen der vergangenen Jahre ge-

Familienzusammenführung und Repatriierung Eingereiste Personen

Tabelle 1

	Sowjetunion		Polen und poln. verw. Gebiete		Tschechoslowakei		Ungarn		Rumänien		Summe Fz		Jugoslawien		Insges. Jahr
	Jh.	MtØ	Jh.	MtØ	Jh.	MtØ	Jh.	MtØ	Jh.	MtØ	Jahr	Jahr	Jh.	MtØ	
1955	608	51	914	77	580	48	120	10	87	7	2 309	10 588	882	882	12 897
1956	800	67	1 6135	1 380	1 489	124	354	30	248	20	19 026	7 795	650	650	26 821
1957	1 221	102	100 340	8 362	801	67	552	44	485	40	103 399	4 792	400	400	108 191
1958	4 681	390	119 769	9 981	537	45	470	39	1 333	111	126 790	4 669	390	390	131 459
1959	5 960	497	15 964	1 330	633	53	301	25	465	39	23 323	3 500	292	292	26 823
1960	3 460	298	7 572	631	1 412	118	208	17	2 289	191	14 941	3 089	257	257	18 030
1961	451	38	9 221	768	1 141	95	164	14	2 993	249	13 970	1 658	138	138	15 628
1962	927	77	9 571	799	1 187	99	232	19	1 656	138	13 573	1 487	124	124	15 060
1963	242	20	9 449	787	1 017	85	278	23	1 334	111	12 320	1 929	161	161	14 249
1964	262	22	13 479	1 123	2 781	232	391	33	858	72	17 771	2 233	186	186	20 004
10 Jahre	18 612		302 414		11 578		3 070		11 748		347 422	41 740			389 162

Auf der Basis dieser Resolution (die auf der XIX. Internationalen Rotkreuz-Konferenz von Neu Delhi 1957 bestätigt wurde) wandte sich Präsident Dr. Weitz in den folgenden Jahren an die nationalen Rotkreuz-Gesellschaften Ost- und Südosteuropas, mit denen Familienzusammenführungs-Probleme zu behandeln waren. Die Erfolge seiner Verhandlungen in Warschau, Prag, Bukarest und Moskau blieben nicht aus. Die beigegebene Tabelle

stiegen, die Bereitschaft zur Lösung in manchen Aufenthaltsländern aber gesunken.

Gegenwärtiger Umfang des Problems

In den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße, in Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und den Balkanländern leben zur Zeit noch 3,15 Millionen Deutsche verschiedener Staatsangehörigkeit. Von 508 000 liegen noch Anträge auf Familien-

zusammenführung oder Aussiedlung beim DRK vor. Unsprünglich waren es 1 042 000 Anträge, 6 % haben ihre Anträge zurückgezogen, 8 % sind verstorben, bevor ihre Wünsche erfüllt werden konnten, 38 % sind im Bundesgebiet eingetroffen, 48 % $\approx$ 508 000 warten noch auf Aussiedlung;

die meisten, weil sie mit ihren Angehörigen in Deutschland zusammenleben wollen, viele, weil sie Anspruch auf deutsche Versorgungslösungen haben (z. B. Kriegsoffer),

andere einfach deshalb, weil sie wieder unter Deutschen leben wollen, z. B. ihre Kinder in Deutschland ausbilden lassen möchten.

Möglichkeit und Grenzen der Rotkreuz-Hilfen

In Zusammenarbeit mit den Rotkreuz-Gesellschaften der Aufenthaltsländer kann das DRK den Antragstellern helfen, die ihre Anträge auf ein engeres Verwandtschaftsverhältnis oder auf besondere humanitäre Gründe (Häufelfälle) stützen können.

Diese Voraussetzungen sind bei etwa 180 000 Menschen gegeben. Für die übrigen 328 000 Menschen unterstützt das DRK die Bundesregierung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch die Anträge dieser Personen eines Tages behandelt werden.

Entwicklungstendenzen

Der größere Teil der Anträge, die sich auf ein engeres Verwandtschaftsverhältnis und auf andere humanitäre Härtegründe stützen, konnte inzwischen positiv erledigt werden. Die noch offenen Anträge dieser Kategorien haben Chancen, in absehbarer Zeit berücksichtigt zu werden. Erfreulich ist, daß in den letzten Jahren in steigendem Maße auch andere politischen Verhältnissen allerdings wechselnden Maße auch andere Antragsteller Genehmigungen erhalten.

Von Land zu Land sind die Verhältnisse unterschiedlich. Am günstigsten liegen in dieser Beziehung die Verhältnisse in den Bereichen Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien. Im Bereich Rumänien bahnert sich jetzt eine positivere Entwicklung an. Schwierig ist die Situation seit 1961 im

▲
Schicksalsklänge Auskünfte, um die sich das Sowjetrussische Rote Kreuz auf Antrag des DRK-Südostzentes bemüht, enthalten viele seiner Briefe an das Deutsche Rote Kreuz

Wiedergefunden ...



Bereich der Sowjetunion geworden; der Präsident des DRK, Ritter von Lex, untersucht in Verhandlungen und Schriftwechsel mit dem Präsidenten des Sowjetischen Roten Kreuzes, Professor Mitrofanow, auf welche Weise die bestehenden Härten beseitigt werden können.

Künftige Arbeiten

Der Umfang des Restproblems, wie die von Land zu Land verschiedene Situation, werden den Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes noch einige Zeit erforderlich machen. Es wird notwendig sein, bei den Rotkreuz-Gesellschaften und über sie bei den Regierungen der Aufnahmestländer immer wieder dafür einzutreten, daß Lösungen gefunden werden. Hierbei wird das Deutsche Rote Kreuz viel Geduld und Überzeugungskraft aufbringen müssen. Die seit 1955 mit allen in Frage kommenden Rotkreuz-Gesellschaften ständig verbesserten Beziehungen werden diese Bemühungen erleichtern. Die Familienzusammenführung ist keineswegs ein ausschließlich deutsches Problem. Aus den politischen Spannungs- zuständen der Jahre nach dem 2. Weltkrieg sind vielerorts in der Welt ähnliche Probleme entstanden und zu behandeln, und ähnliche Probleme können jederzeit neu auftreten. Das Deutsche Rote Kreuz kann daher mit der Unterstützung der internationalen Rotkreuz-Welt rechnen.

Nach wie vor werden solche Bemühungen nur möglich sein, wenn das Deutsche Rote Kreuz über Apparaturen verfügt, die ihm ein jederzeit aktuelles Bild über Umfang, Art und Struktur der zu lösenden Aufgaben vermitteln. Hierfür wird es seine am Beginn des Berichtsjahres in Hamburg zusammengefaßten Familienzusammenführungs-Einrichtungen arbeitsfähig erhalten müssen. Ohne die Hilfe der Bundesregierung lassen sich solche Aufgaben, die über die finanzielle Kraft des Deutschen Roten Kreuzes hinausgehen, nicht durchführen.

Es ist wichtig wie die Arbeit der Zentralstelle Hamburg ist der Einsatz der Kreisverbände des DRK. Sie werden noch auf Jahre hinaus die Kontaktpunkten mit den Familien bleiben müssen. Sie werden weiter die Anfrage der Familien aufnehmen, ergänzen und aktuell halten, und sie werden die Familien ständig über die wechselnde Lage in den einzelnen Bereichen unterrichten und sie nach den Richtlinien des DRK im Einzelfall zu beraten haben. Dabei werden die Mitarbeiter der Kreisverbände die Familien auch darüber unterrichten müs-

sen, welche Erleichterungen die Regierungen der Aufnahmestländer für die gegenseitige Unterstützung und die Aufrechterhaltung der Familienkontakte gewähren. Es wird mit zu ihren Aufgaben gehören, dafür zu sorgen, daß die Familienangehörigen im Bundesgebiet die schon jetzt gegebenen und die künftigen Erleichterungen tatsächlich nutzen. Sie werden die Vorverzoilungsverfahren be- knimmachen, die eine Unterstützung der Angehörigen in den Aufnahmestländern ermöglichen. Sie werden weiter Auskunft geben über Post- und Zoll- vorschriften, über den Transfer von Geld, insbe- sondere aber über die Möglichkeiten, sich gegen- seitig zu besuchen. Die bereits jetzt bestehenden Erleichterungen für Besuchsreisen in einige ost- und südosteuropäische Länder sollten genutzt werden. Mancher Wunsch auf Familienzusammenführung und Aussiedlung wird dadurch weniger hart emp- funden oder sogar zurückgestellt werden, wenn auf diese Weise die gegenseitigen Kontakte erleichtert werden.

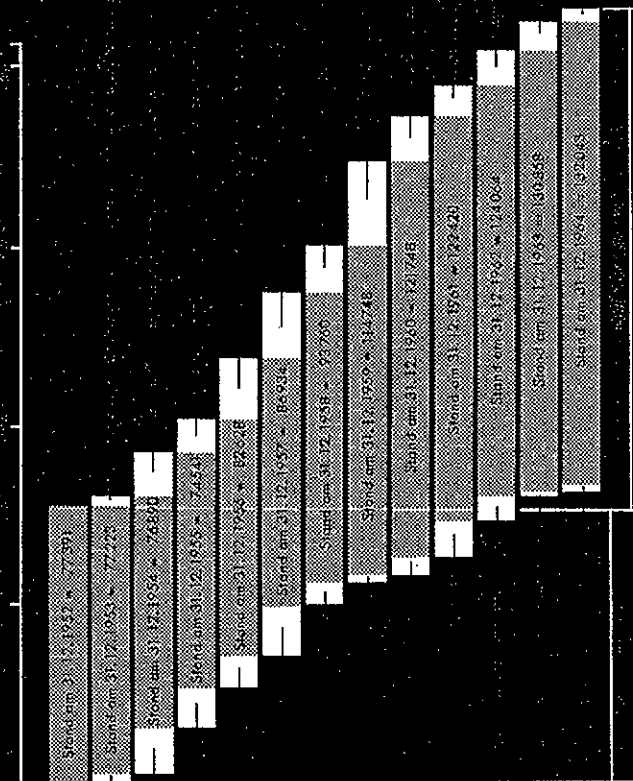
Die Kreisverbände werden weiterhin ihre humani- täre Verpflichtung gegenüber den in ihrem Bereich lebenden Familien und Einzelpersonen ernst neh- men. Aus diesem Grunde wird auch jeder Kreis- verband die damit verbundene personelle und finanzielle Last zu tragen bereit sein. Er wird dann auch guten Gewissens die endlich eingereisten Per- sonen begrüßen können, an deren Zusammen- führung mit ihren Familien er beteiligt war. Die Offenheit wird diese besondere Arbeit der Kreisverbände in gebührender Weise zu würdigen wissen. Das Deutsche Rote Kreuz kann sich glück- lich schätzen, daß es in jedem Kreis des Bundes- gebietes eine Dienststelle hat, die sich der Sorgen der Familien annehmen kann.

Die Familienzusammenführung zwischen beiden Teilen Deutschlands

stellt ein Sonderproblem dar. Hier geht es sehr selten noch um die Beseitigung unmittelbarer Kriegsfolgen und gar nicht um die Frage der Aus- siedlung bestimmter Teile der Bevölkerung. Es han- delt sich vielmehr um die Beseitigung von Härten, die sich aus den unterschiedlichen Verhältnissen er- geben.

Bis zur Errichtung der Berliner Mauer am 13. 8. 1961 bestand nur verhältnismäßig selten Anlaß dazu, daß sich das DRK in der BRD bei seiner Schwester- gesellschaft, dem DRK in der DDR, oder bei den

Entwicklung des Problems der Notdurftunterstützung in Familien-Gewalttätigen und versorgten Familien



dortigen Behörden für die Erteilung von Übersiedlungsgenehmigungen an voneinander getrennte Familienangehörige einzeln. Die damals bestehenden behördlichen Regelungen bereiteten der Übersiedlung aus familiären Gründen im allgemeinen keine unüberwindlichen Hindernisse. Da man sich – wenn auch nicht uneingeschränkt – gegenseitig besuchen konnte, sahen die meisten keinen Grund, ihre Heimat zu verlassen.

Nach dem 13. 8. 1961 änderte sich das. Probleme entstanden für folgende Personengruppen: (1) Kinder, die sich am 13. 8. 61 im anderen Teil Deutschlands befanden, weil sie dort vorübergehend zu Besuch weilten. – Diese Kinder wurden unter Beteiligung der beiden deutschen Rote-Kreuz-Gesellschaften sehr bald ihren Eltern wieder zugeführt.

(2) Eltern und andere alleinstehende oder hilfsbedürftige Personen, die auf die Pflege oder Unterstützung ihrer erwachsenen Kinder oder anderer Verwandter angewiesen sind oder die Trennung von diesen besonders schmerzhaft empfinden. –

Sie bildeten den humanitären Kern dieses Sonderproblems. Um so erfreulicher ist es, daß diese Personen in den folgenden Jahren in immer stärkerem Maße die Genehmigung zur Übersiedlung erhielten. Über 80.000 Personen erhielten bisher die behördliche Genehmigung zur Übersiedlung in das Bundesgebiet. Anträge solcher Personen sind stark zurückgegangen. Denn viele der älteren Menschen verzichten jetzt auf einen Umzug in das Bundesgebiet, weil inzwischen die Verwandtenbesuche wieder erleichtert wurden (für Rentner u. d.).

Diese Entwicklung unterstreicht die Auffassung, daß mancher Wunsch auf Familienzusammenführung und Aussiedlung – auch bei den Deutschen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa – gar nicht erst entstehen würde, wenn man die gegenseitigen Kontakte erleichterte.

(3) Es bleibt die Gruppe der getrennten (meist jüngeren) Eheleute; Eltern oder Verwandten zurückgelassen wurden, und der jungverheirateten Frauen (z. T. schon mit Kindern), die noch keine Erlaubnis erhielten, zu ihrem im Bundesgebiet lebenden Ehemann überzusiedeln.

Die Zahl der in solchen Fällen erteilten Genehmigungen ist noch recht gering.

Das Deutsche Rote Kreuz in der Bundesrepublik Deutschland ist den getrennten Familien behilflich, indem es sie über die möglichen Schritte berät und sich in den humanitär dringlichsten Fällen an die zuständigen Behörden wendet oder das Deutsche Rote Kreuz in der DDR um Mithilfe bittet.

Deutsche Gefangene in den Ländern Ost- und Südosteuropas

Die Sorge für Gefangene in ausländischem Gewissam war von Anfang an eine der vornehmsten Aufgaben des Roten Kreuzes. Erfreulicherweise hat das DRK heute nur noch ein geringes Restproblem zu lösen. Im Augenblick kümmert sich das Deutsche Rote Kreuz

in der Sowjetunion um

74 Deutsche in Gefangnissen,
davon 28 kriegsverurteilte ehemalige Soldaten,
4 kriegsverurteilte Zivilisten
in Polen

21 Deutsche in Gefangnissen,
davon 1 kriegsverurteilter ehemaliger Soldat,
11 kriegsverurteilte Zivilisten
in der CSSR

63 Deutsche in Gefangnissen,
davon 3 kriegsverurteilte ehemalige Soldaten,
29 kriegsverurteilte Zivilisten.

Die übrigen Gefangenen sind aus politischen Gründen verurteilt oder bei Reisen aus dem Bundesgebiet in jene Länder unter den verschiedensten Beschuldigungen verurteilt worden.

Vor einem Jahr noch lagen die Zahlen alle um ein Drittel höher, in Rumänien sogar bei einigen hunderten. Amnestien und Rote-Kreuz-Verhandlungen haben sich günstig ausgewirkt. Bei seinen Verhandlungen mit den anderen Rote-Kreuz-Gesellschaften bildet das Deutsche Rote Kreuz jetzt Schwerpunkt bei dem Gefangenproblem; es besteht Hoffnung, daß in der nächsten Zeit weitere und wesentliche Fortschritte erzielt werden. Im besonderen Maße hat die gute Zusammenarbeit mit dem Tschechoslowakischen Rote Kreuz Erleichterungen für die dort noch inhaftierten Gefangenen erbracht.

Die im Jahre 1964 in Rumänien durchgeführte Amnestie war ein Beispiel dafür, daß die Regierungen durchaus in der Lage sind, das aus Kriegs- und

Nachkriegsereignissen resultierende Problem umfassend und großzügig zu lösen.

Oft sind die Gefangenen zwar aus der Haft entlassen, aber noch nicht nach Deutschland repatriert worden. In solchen Fällen bemüht sich das DRK, im Rahmen der Familienzusammenführung die Ausreise der Gefangenen nach Deutschland zu erreichen. Bis es soweit ist, unterstützt das DRK die entlassenen Gefangenen wie die Gefangenen in Haftanstalten mit Hilfsleistungen der verschiedensten Art.

Die kleine Arbeitsgruppe Rechtshilfe des Suchdienstes Hamburg, die die Fälle der Gefangenen und der entlassenen Gefangenen behandelt, hat im vergangenen Jahre recht nützliche Arbeit geleistet. Seit dem 1. 1. 1954 wurden die Akten von 5047 Gefangenen-Fällen bearbeitet. Auch war die Arbeitsgruppe für die Gewährung der Hilfen an die Gefangenen und an die entlassenen Gefangenen zuständig. In Verbindung mit den kompetenten Stellen der Bundesregierung konnten diese Vorgänge bis auf einen kleinen Rest abgeschlossen werden.

Hilfs- und Beratungsdienst

Die Zuschriften, die der Suchdienst von ausstiedlungswilligen Deutschen oder von ihren Angehörigen im Bundesgebiet erhielt, enthielten nicht nur Wünsche auf Familienzusammenführung oder Aussiedlung. Es war natürlich, daß man dem DRK auch alle übrigen kleinen und großen Sorgen anvertraute. Das Deutsche Rote Kreuz kann sich solchen Wünschen auf Rat oder Hilfe nicht entziehen. Es mußte einen Hilfs- und Beratungsdienst entwickeln, der sich der vielfältigen Sorge und Wünsche im Rahmen der Möglichkeiten annahm. Aus der breiten Skala der vielfältigen Bitten seien hier nur einige Gruppen aufgeführt.

Zunächst standen die Bitten um Lebensmittel, Bekleidung und Dinge des täglichen Bedarfs im Vordergrund. Sehr bald folgten die Anforderungen von Medikamenten und die Gesuche um orthopädische Versorgung, um Hilfsmittel zur Erleichterung der Lebensverhältnisse von Kriegs- und Zivilbeschädigten, Anträge auf Kuren, Heilverfahren und Erholungsaufenthalte. In den letzten Jahren waren Anfragen in Versorgungs- und Rentenangelegenheiten (Kriegsopfer- und Sozialversicherungsrenten, Pensionsansprüche u. d.) in stärkerem Maße zu

verzeichnen. Dazu gehörten die Gesuche um Beschaffung von Unterlagen und Dokumenten.

Das Deutsche Rote Kreuz hat sich bemüht, die Anträge zu erfüllen. Die Bitten auf Lebensmittel, Bekleidung und Gegenstände des täglichen Bedarfs wurden zunächst in Angriff genommen. Da die meisten der Antragsteller Angehörige, Bekannte und Freunde im Bundesgebiet hatten, würden diese angehalten, diese Bitten zu erfüllen, wobei sie gleichzeitig über die Bestimmungen der Aufenthaltsgesetze und die bestmögliche Art des Transfers von Hilfen (z. B. über die Vorverzoellungsverfahren) informiert wurden. In den Fällen, in denen es sich um Personen handelte, die keine Angehörigen oder Bekannten im Bundesgebiet hatten, hat sich das DRK bemüht, auf andere Weise zu helfen, z. B. dadurch, daß es eigene Sendungen an diese Personen abfertigte oder die nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften um die Vermittlung solcher Hilfen bat. Von besonderem Wert war die Vermittlung der nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften bei der Versorgung mit Medikamenten und orthopädischen Hilfsmitteln, sowie bei der Vermittlung von Kuren, Heilverfahren und Erholungsaufenthalten. In vielen Fällen genügte der Hinweis des Deutschen Roten Kreuzes auf einen ihm bekanntgewordenen Notstand, um die nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften zu veranlassen, die benötigte Hilfe in eigener Zuständigkeit zu gewähren.

Bei der Vermittlung solcher Hilfen hat sich der Suchdienst in den letzten Jahren einiger Spezialstellen bedient, z. B. der Apotheke Nord beim DRK-Landesverband Niedersachsen in Hannover, der Apotheke Süd beim Bayerischen Roten Kreuz in München und der Arbeitsgruppe Orthopädische Versorgung beim Landesverband Westfalen/Lippe in Münster. Hier wird unter fachkundiger Leitung von Ärzten, Apothekern und Orthopäden dankenswerte Arbeit geleistet.

Dabei beschränkt sich das Deutsche Rote Kreuz auf solche Hilfen, die von privater Seite nicht geleistet und vermittelt werden können. Es befaßt sich daher nur mit schweren Fällen, schon weil die Einfuhrbestimmungen der meisten Länder private Medikamente- oder andere Sendungen erlauben und durch Zollerleichterungen begünstigen.

Die besondere Sorge des Deutschen Roten Kreuzes galt jedoch den Kriegsopfern, die noch nicht in den Genuß von Kriegsopferrenten, wie sie im Bundes-

gebiet gewährt werden, kommen konnten. Es ist daher seit Jahren dafür eingetreten, daß die Auslandsversorgung in Angriff genommen und von den Regierungen der Aufenthaltsländer zugelassen wird. Die Anträge der Kriegsopter auf Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz wurden den zuständigen deutschen Stellen zugewiesen. Bis zu ihrer Bewilligung durch die zuständigen Versorgungsbehörden hat sich das Deutsche Rote Kreuz bemüht, wenigstens in den dringenden Fällen vorweg Unterstützung zu vermitteln. Dieser Einsatz des Deutschen Roten Kreuzes wird von den zuständigen Stellen der Bundesregierung anerkannt; die Behörden der Aufenthaltsländer sind darüber unterrichtet. Es kann daher angenommen werden, daß die berechtigten Ansprüche der Kriegsopter, die dem Deutschen Rote Kreuz seiner Natur nach besonders nahestehen, künftig mehr und mehr berücksichtigt werden.

Das Deutsche Rote Kreuz wird auch in Zukunft solche und ähnliche Hilfe leisten, solange es darum gebeten wird und die geäußerten Wünsche berechtigt sind. Dabei wird es sich in noch stärkerem Maße der Vermittlung der nationalen Rote-Kreuz-Gesellschaften der Aufenthaltsländer bedienen. Bei der Erfüllung dieser echten humanitären Hilfen rechnet es wie bisher mit der Unterstützung der Landes- und Kreisverbände des Deutschen Roten Kreuzes. Nur mit ihrer Bereitschaft, sich an den Aufwendungen zu beteiligen, können die Hilfen fortgesetzt werden.

Die Landesnachforschungsdienste und Kreisnachforschungsdienste

Das vergangene Jahr brachte auch für LND und KNSJ einen neuen Höhepunkt der Arbeit. Es waren die Münchener Befragungsaufträge mit Verschollenenbildlisten zu Ende zu behandeln, Frühheimkehrer in Betrieben und Behörden zu befragen,

die Hamburger Befragungsaufträge mit Zivilverschollenenlisten zu behandeln, eine in vielfacher Hinsicht neuartige und wohl ergiebige, aber auch mühsame Arbeit, Familienzusammenführungsanträge für mehrere Länder und humanitär dringliche Kategorien zu aktualisieren und dazu die laufenden Aufgaben, Publikumsberatung in Nachforschungen, Repatriierung, Familien-

zusammenführung, Unterstützung von Gefangenen und anderen Zurückgehaltenen fortzusetzen. Daß alle Beteiligten ihre Aufgabe ernst genommen haben, zeigt sich u. a. in der Erledigung der Münchener Befragungsaufträge. Der Suchdienst München hatte 3234 000 Aufträge für die LND und KNSJ fertig gemacht. Zum 31. März 1965 meldeten die LND, daß sie 3246 000 Befragungen durchgeführt hätten. Es sind also nicht nur alle Heimkehrer, die sich überhaupt erreichen ließen, mit den Münchener Aufträgen befragt worden, sondern darüber hinaus noch eine größere Anzahl, ohne Befragungsauftrag mit den Bildbänden. Diese ausgezeichnete Leistung spricht für LND und KNSJ, aber auch für die Solidität der Planung: In den Entwürfen von 1958 war die Fertigung von 32 Millionen Befragungsaufträgen vorgesehen; die Zahl ist erreicht worden, und die Befragungsaufträge sind tatsächlich ihrem Zweck zugeführt worden.

Noch sind die Befragungen der früheren Soldaten mit den Verschollenenbildlisten nicht ganz abgeschlossen. Trotzdem kann man sagen, daß sich diese große Maßnahme gelohnt hat. Seit dem letzten Quartal 1958, in dem die ersten Bildlisten an die Landesnachforschungsdienste gegeben wurden, haben die Kreisnachforschungsdienste im Monatsdurchschnitt 42 000 Befragungen durchgeführt. 7 1/2 Jahre lang! Sie haben bei 1000 Befragungen 92 Heimkehrerklärungen erzielt, insgesamt bisher 298 000. Auch das entspricht dem Planansatz, der 300 000 Ergebnisse vorsah.

Von den Jahresberichten der 15 Landesnachforschungsdienste seien hier die von Oldenburg und von Bayern in ihren Hauptzügen festgehalten:

Die Leiterin des LND Oldenburg, Frau E. Lohé, schreibt:

Beispiel Oldenburg

Zwanzig Jahre sind in jedem Menschenleben eine beachtenswerte Zeitspanne. Es liegt nahe, für solche Zeiträume über Tun und Lassen Rechenschaft abzulegen. Wir stehen nahe am Abschluß einer Aufgabe, die uns am Anfang mit der bangen Sorge erfüllte, ob und wie weit sie überhaupt zu schaffen sei. Wie oft packte uns die Angst, von der Fülle der Probleme und dem Arbeitsanfall erdrückt zu werden! In dem Chaos von Menschenleid, in der großen Tristesse dieser Tage stand leuchtend das Rote Kreuz. Es gab Zuversicht denen, die das

Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Goppel und der Leiter des Landesnachforschungsdienstes Bayern, Geisenhofer, bei einer Heimkehrerbefragung im Bayerischen Landtag im Juli 1964.



Leid umwerfen wollte, und Kraft jenen, denen es Aufgabe wurde zu helfen. Die große Arbeit konnte nur so erfolgreich getan werden, weil alle mitgeholfen haben.

Der Verwaltungsbezirk Oldenburg hat heute eine Einwohnerzahl von 800.037. Es erfüllt uns mit Dank, feststellen zu dürfen, daß seit 1948 119.572 Heimkehrer nach dem Schicksal der Vermissten und Helfern des Deutschen Roten Kreuzes in Oldenburg befragt worden sind. D.h. daß jeder 7. Einwohner in unserem LND-Bereich angesprochen worden ist. Er kam in unsere DRK-Dienststelle, oder die Helferin ging oder radelte weite Kilometer zu ihm in das stille Dorf. Wir setzten mit unseren Vermisstenbänden über zur Insel Wangerooge, um auch hier die Fischer nicht unbefragt zu lassen. Auf diese Weise gelang es uns, in dem benannten Zeitraum 38.031 Heimkehrerklärungen aufzunehmen. Zum Vergleich: die Landesvermittlungskartei in Oldenburg zählte am 1. März 1950 bei der staatlichen Registrierung 24.476 Vermisste. In diesen Zahlen stecken nicht die Heimkehrerklärungen (HKA = 12.345), die mit unendlich viel Mühe und Sorgfalt aufgenommen worden sind. Neun Kreisnachforschungsstellen im Lande Oldenburg übernahmen diese von Leid diktierte Aufgabe. Hauptamtlich arbeiten dort nur Halbtagskräfte, die meisten seit 1945. An halben Tagen und vom Schreibtisch aus aber konnte nur wenig getan werden. Es waren Wochen und Monate, je ganze Strecken im Jahr, da gab es keinen Feierabend, keinen Sonntag und keinen Sonntag. Wir gingen hinaus zu unseren Männern auf dem Lande und erreichten sie unter dem Motto „Helft uns helfen“. Kreise und Gemeinden hatten immer ein offenes Ohr, wenn sie von uns angesprochen wurden, und haben geholfen, wo sie helfen konnten.

Um meinen Mitarbeitern gerecht zu werden, muß ich noch eine Zahl besonders herausheben. 91.706 Gesamterhebungsbogen wurden von unseren Kreisnachforschungsstellen aufgenommen und nach Hamburg geleitet. Niemand, der hier nicht mitgearbeitet hat, wird erraten können, wie dornenvoll, wie mühsam und zeitraubend diese Arbeit war. In unserer Suchdienst-Arbeit wohl das einzige Mal, daß wir bereit waren zu kapitulieren. Erst Jahre später, als wir die Auswertung erkannten, haben wir eingesehen, daß diese Arbeit geleistet werden mußte. Haben doch diese Angaben dazu beigetragen, manches Schicksal zu entwirren.

Die Familienzusammenführung und die Rückführung lagen uns in all den Jahren besonders am Herzen. Die Zusammenarbeit mit den Zentralen Hamburg und München war und ist auf allen Gebieten eine reine Freude. Wir hoffen sehr, gemeinsam mit Hamburg auch weiterhin noch vielen Menschen helfen zu können. Es ist mir eine Freude, sagen zu dürfen, daß keine KNS Rückstände hat und daß alles in Fluß ist.

Beispiel Bayern

Der Leiter des LND Bayern, F. Geisenhofer, berichtet:

Bis zum Jahre 1950 wurde – abweichend von der Regelung im übrigen Bundesgebiet – die Nachforschungsarbeit für bayerische Vermisstenfälle von der Zonenzentrale München mit erledigt. Im Jahre 1950 entstand ein selbständiger Landesnachforschungsdienst Bayern. Seine Aufgabe war es, die Nachforschungsarbeit in Bayern – in Verbindung mit den 147 Kreisverbänden des BRK, die schon von Mai 1945 an im Suchdienst tätig waren – zu leiten, Richtlinien zu erlassen und die Suchdienst-Arbeit zu koordinieren. Er fungierte als Mittler zwischen den suchenden Angehörigen und den Suchdienst-Zentralen des DRK. Seine Tätigkeit und der Erfolg der Arbeit geht aus diesem Bericht hervor.

Bearbeitung von Suchanträgen

a) Im Jahre 1964 wurden 3000 Auskunfts- und Ermittlungersuchen, darunter 400 neue Suchanträge, vom LND Bayern im Rahmen des Aufgabengebietes „Nachforschung“ bearbeitet.

b) Im 1. Quartal 1965 sind 700 Ermittlungersuchen und 65 Nachregistrierfälle eingegangen.

c) Von den insgesamt 16 Millionen Suchanträgen, die beim DRK gestellt wurden, sind heute – zwanzig Jahre nach dem Krieg – noch 2,4 Millionen ungeklärt. Auch die bayerischen Suchanträge sind in dieser Zahl enthalten.

Die Landesverschoollenenkartei Bayern – sie erfaßt sämtliche bayerischen verschollenen Wehrmachtsangehörige und Kriegsgefangenen sowie Zivilverschoollenen – enthält heute noch 1.800.000 ungeklärte Suchanträge. Sie gliedern sich in

167.000 Suchanträge nach Wehrmachtverschollenen,

12.000 Suchanträge nach verschollenen Kriegseingefangenen und
ca. 1.000 Suchanträge nach verschleppten und inhaftierten Zivilpersonen.

33 % der Verschollenen Bayern (60.000) sind auf Antrag der Angehörigen durch die Amtsgerichte für tot erklärt worden. Das hat aber auf die suchdienstliche Weiterbehandlung der Nachforschungsfälle keinen Einfluß.

Der Landesnachforschungsdienst des BRK konnte seit 1956, im Zusammenwirken mit den Suchdienstzentralen, das Schicksal von 30.000 Verschollenen aus Bayern klären. Seine Arbeit vor allem die Heimkehrerbefragung, ermöglichte aber auch die Lösung vieler außerbayerischer Suchanträge.

Seit 1956 (Zeitpunkt der Errichtung der Verschoollenkartei des LND) wurden aus Bayern 13.623 neue Suchanträge an den LND herangezogen.

Heimkehrer-Einzelbefragung mit Verschollenen- und Verschollenenbildlisten (ohne Mot.Sonderbefragungen)
a) Noch im Jahre 1964 wurden bei 111.613 Heimkehrern Restbefragungen mit VBL durchgeführt (einschl. Reklamationen) und 1070 Erklärungen gewonnen.

b) Die gezielte Heimkehrerbefragung ist in Bayern am 31. 12. 1964 abgeschlossen worden.

c) Gesamtleistung vom Januar 1951 bis 31. 3. 1965. In Bayern waren in der Heimkehrerbefragung ca. 400 Suchdienst-Mitarbeiter in ständigem Befragungseinsatz. Auch in den Abendstunden und am freien Wochenende waren die Befragungskräfte unterwegs. Mit sog. Hollerith-Namenslisten wurde 1951 mit der Befragung begonnen. 1952 wurde die Befragungsmethode durch Mikrolisten verbessert, bis dann endlich 1958 die hervorragenden Bildlisten erschienen. Von 1951 bis September 1958 wurden mit Namenslisten (ohne Bilder) 170.320 Heimkehrer befragt und 35.184 Erklärungen gewonnen. Von 1958 (Beginn der Befragung mit Bildlisten) bis zum 31. 3. 1965 wurden 495.000 Heimkehrerbefragungen – ohne Sonderbefragungen – durchgeführt, die 34.000 schicksalsklärende oder hinweisende Auskünfte erbracht haben.

Sonderbefragungen in Betrieben, Gemeinden, Behörden und bei Soldatentreffen

a) Im Jahre 1964 wurden in Bayern ca. 30.000

Heimkehrer-Sonderbefragungen durchgeführt, die 4312 Erklärungen ergaben.

b) Im 1. Quartal 1965 waren es 3032 Befragungen und 507 schicksalsklärende Aussagen.

Erwähnenswerte Einzelheiten

Am Anfang des Jahres 1964 wurde in Bayern erneut eine großangelegte Betriebs- und Behördenbefragung eingeleitet, die durch Entschlüsselung sämtlicher bayerischen Staatsministerien sowie durch Verleubarungen der Industrie- und Handelskammern und der Oberbürgermeister der größeren Städte (München, Nürnberg, Fürth, Würzburg, Regensburg, Augsburg usw.) unterstützt wurde.

Die Entschlüsselung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus verband in seinem neuen Aufruf den Dank des Präsidiums des BRK an alle Lehrkräfte für die bisherige hervorragende Mithilfe an der Schicksalsklärung der Vermissten.

Das Ergebnis der neuen Befragungswelle in den Gemeinden, Betrieben und Behörden in der Zeit vom Januar 1964 bis März 1965, die auch durch Rundfunk, Presse unterstützt wurde und die vor allem auf die bisher beim Suchdienst kaum registrierten Frühheimkehrer abgestimmt war, war überraschend gut. Die LND Bayern veranlaßte vier Fernsehsendungen und eine Hörfunksendung.

In 294 Dienststellen, Gemeinden und Großbetrieben wurden 20.648 dort beschäftigte Kriegsteilnehmer aufgesucht und 2911 Aussagen über bis zu diesem Zeitpunkt noch Verschollene gewonnen.

Höhepunkt dieser Aktion war die Befragung der 3000 Heimkehrer, die in 150 Dienststellen der Stadtverwaltung München aufgesucht wurden, sowie die Befragung der Abgeordneten und Senatoren im Bayerischen Landtag und des Bayerischen Senats, an der auch der bayerische Ministerpräsident Dr. Goppel und Senatspräsident Dr. Singer teilnahmen.

Stellvertretend für die Unterstützung der Befragungsaktion in den Großfirmen wie Siemens, BMW, MAN, Farwerke Höchst usw. sei die Hilfe des Großversandhauses Quelle in Fürth genannt. Der Inhaber Dr. h.c. Schickedanz verfolgte die Befragung seiner Betriebsangehörigen mit großem Interesse. Er ließ sich in Anwesenheit des Geschäftsführers des zuständigen BRK-Kreisverbandes über das Befragungsergebnis berichten und überreichte

ihm dann einen Scheck zur Förderung der örtlichen Suchdienst-Arbeit.

Der LND Bayern bewirkte im Januar 1964 einen Erlaß des Präsidiums der Bayerischen Landpolizei, der es möglich machte, 4320 Beamte namentlich für die Befragung zu erfassen, 3672 Sammelbefragungsaufträge wurden, an 188 Polizeidienststellen zur Befragung der dort tätigen Beamten durch den LND versandt.

Seit Beginn der Befragung mit Bildlisten (1958) waren die Suchdienst-Mitarbeiter der Kreisverbände bei 48 Treffen anwesend. Sie befragten 14.083 Heimkehrer und nahmen 1590 Heimkehrerklärungen auf.

Im Jahre 1964 wurden vier Soldatentreffen von Suchdienst-Mitarbeitern aufgesucht. Es wurden 943 Heimkehrern die Bildlisten vorgelegt. 87 Heimkehrerklärungen wurden dabei gewonnen.

Seit Bestehen des LND Bayern (1950) wurden 384 Soldatentreffen besucht.

c) Gesamtleistungen und Erfolge der Sonderbefragungen

Im November 1961 begannen in Bayern die meist motorisierten Sonderbefragungen. 1269 Gruppenbefragungen (Gemeinde, Betriebs- und Behördenbefragungen usw.) wurden vom November 1961 bis 31. 3. 1965 durchgeführt, wobei 90.680 Heimkehrer befragt und 19.816 Erklärungen gewonnen werden konnten.

Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß es seit 1961 möglich war – unabhängig von der gezielten Befragung der beim LND registrierten Heimkehrer – von insgesamt 7123 bayerischen Gemeinden 1628 Gemeinden zusätzlich durch einen motorisierten Befragungstrupp mit Bildbänden aufzusuchen und über 51.900 dort ansässige ehemalige Kriegsteilnehmer zu befragen. Diese gaben 16.658 positive Erklärungen ab.

Von den 147 Kreisverbänden des BRK führten 127 motorisierte Befragungseinsätze durch, wobei 37 Kreisverbände einen eigenen motorisierten Trupp organisierten, während 90 durch die Mitwirkung des motorisierten Trupps des Suchdienstes München durchgeführt wurden. Eine wesentliche Unterstützung erhielten die Befragungskräfte des BRK von den staatlichen und kommunalen Stellen, insbesondere durch Landräte, Bürgermeister, Ortspfarrer beider Konfessionen und Lehrer. Besondere Hilfe

fand der Suchdienst durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Schon im Jahre 1962 erließ es eine Entschließung an alle Lehrkräfte, in der diese aufgefordert werden, die vom Suchdienst gelieferten Einladungsschreiben für die Heimkehrerbefragung an die Schüler zur Weitergabe an ihre Väter und Brüder, soweit sie Kriegsteilnehmer waren, verteilen zu lassen.

Ferner sei noch erwähnt, daß in 38 bayerischen Standorten im Jahre 1961 durch die Kreisverbände 1900 Bundeswehrangehörige nach vorheriger namentlicher Erfassung durch das WBK VI München befragt wurden. 547 Heimkehrerklärungen konnten gewonnen werden.

Zusammenstellung der Befragungsergebnisse

Das Gesamtergebnis der Heimkehrerbefragungen in Bayern von 1951 bis 31. 3. 1965 stellt sich in folgenden Zahlen dar:

756 000	Heimkehrerbefragungen
436 753	Einheitenlisten
319 247	Lagerlisten
89 000	schicksalsklärende oder -hinweisende Aus-sagen gewonnen.

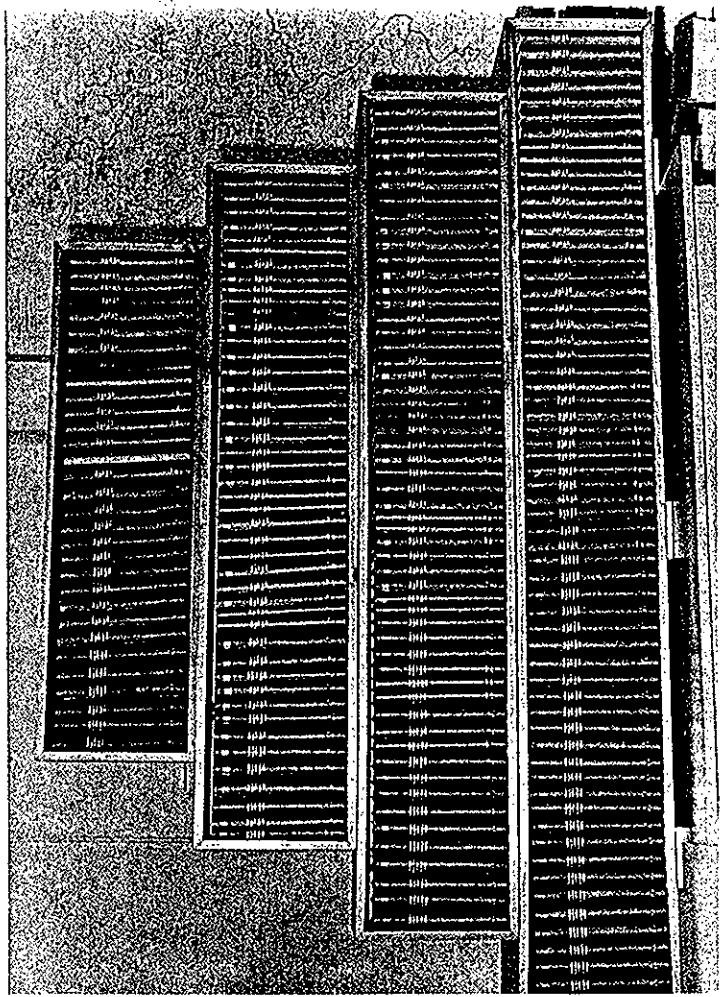
Das sind von der Gesamtzahl der im Bundesgebiet durchgeführten 5,4 Millionen Heimkehrerbefragungen rund 14 %.

Nicht jede Heimkehreraussage war eine schicksalsklärende Mitteilung. Unter dem Gesamtergebnis befinden sich auch lediglich schicksalshinweisende Auskünfte. Diese ermöglichen aber weitere Nachforschungen bei ausländischen Rotkreuz-Gesellschaften. Ca. 20.000 solcher Anfragen wurden für bayerische Vermisstenfälle vom DRK-Suchdienst München beim Sowjetischen Roten Kreuz in Moskau eingereicht, wovon bis jetzt 14.348 beantwortet wurden (4373 Teilmittelungen, 461 Lebendmittellungen und 9514 negative Auskünfte). Diese Auskünfte wurden den Angehörigen zugestellt.

Die Befragung mit Zivilverschollenenlisten

Der Suchdienst Hamburg hat in 20 Namensbänden die Namen von ca. 116.000 verschollenen Zivilpersonen, die bei der Besetzung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und der volkssprachen Siedlungsgebiete – aus welchem Grunde auch immer – festgenommen und in Arbeitslager

In jeder der 523 Kreisnachforschungsstellen des DRK steht ein vollständiger Satz der Verschollenen-Listen für jedermann zur Einsicht bereit. Die Kreisnachforschungsstellen nehmen auch weiterhin Auskünfte von zurückgekehrten Kriegsteilnehmern über ihre verschollenen Kameraden entgegen.



Die Nachforschungen nach den Wehrmachtsverschollenen sollen mit Nachdruck fortgesetzt werden. Aus 800 000 Verschollenen-akten sind wertvolle Ansatzpunkte für neue Nachforschungen, vornehmlich für weitere Suchanfragen an die osteuropäischen Nachkriegsgeheimdienste, herauszuholen.



aktion die Aufgabe zu, 1,2 Millionen Heimatvertriebene, die in Bayern Aufnahme gefunden haben, mit sogenannten Erhebungsbogen zu befragen und Auskunft über das Schicksal oder den Verbleib ihrer Verwandten, Bekannten und Landsleute zu erbitten. Die Aktion konnte 1958 abgeschlossen werden. Ca. 700 000 Erhebungsbogen wurden ausgefüllt, deren Auswertung bei den Suchdienst-Zentralen Hamburg und München sowie den Heimatortskarteien viele Schicksalsklärungen ermöglichte.

Leistungen und Erfolge bei der Familienzusammenführung und Betreuung 1964 und I. Quartal 1965 - Gesamtleistungen seit 1950

Von den ca. 179 000 beim Suchdienst Hamburg registrierten Anträgen auf engste Familienzusammenführung entfallen ca. 30 % auf Bayern. Die von bayerischen Antragstellern eingereichten Fz-Anträge betreffen folgende Rückführungsländer und Personen:

UdSSR:

18 099 Personen (Anträge 5534).

1964 wurden für 1294 Personen Neuanträge gestellt. Die Zahl der Neuanträge für das I. Quartal 1965 beträgt 186.

Polen:

5925 Personen (Anträge 2031).

1964 wurden Anträge für 600 Personen gestellt. Die Zahl der Neuanträge für das I. Quartal 1965 beträgt 258.

DDR:

1840 Personen (Anträge 1349).

1964 gingen Anträge für 129 Personen ein.

Die Zahl der Neuanträge für das I. Quartal 1965 beträgt 28.

Südostraum:

(CSSR, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien) Ca. 35 000 Personen, darunter ca. 10 000, die unter die engste Familienzusammenführung fallen.

Die Familienzusammenführungs-Unterlagen Südostraum des DRK, die seit 1952 in den Räumen des BRK-Präsidiums untergebracht waren, wurden am 31. 12. 1963 an den DRK-Suchdienst Hamburg übergeben.

oder Gefängnisse gebracht worden sind, aufgeführt. Ca. 165 000 Zivilheimkehrer (viele sind Frauen) werden im Bundesgebiet seit April 1964 mit diesen Namenslisten befragt.

a) In Bayern wurden im Jahre 1964 10 196 Heimkehrer befragt und 11 615 schicksalsklärende bzw. hinweisende Aussagen gewonnen.

b) Vom 1. 1. 65 bis 31. 3. 65 wurden 4832 Heimkehrer befragt und 3647 Erklärungen gewonnen. Bisheriges Gesamtergebnis: 15 019 Heimkehrer befragt; erzielte Erklärungen: 15 462.

Da eine Anzahl von Heimkehrern, die Aussagen machen können, beim Suchdienst nicht erfaßt sind, ist dieser bemüht, durch Einschaltung der Landmannschaften noch zusätzliche Wissens-träger ausfindig zu machen und diesen die Zivilverschollenenlisten zukommen zu lassen. Es wird angestrebt, daß Suchdienst-Beauftragte der Kreisverbände des BRK die Möglichkeit erhalten, an den Monatsversammlungen der örtlichen Kreisgruppen des BvJ die dort anwesenden Mitglieder mit Zivilverschollenenlisten zu befragen.

c) **Leistungen seit 1950**

Die Erforschung des Schicksals der aus ihrer Heimat im Osten und Südosten verschleppten Deutschen war eine weitere Aufgabe, deren Federführung zwar beim Suchdienst Hamburg lag, bei der aber der LND Bayern seit 1950, schwerpunktmäßig in den Jahren 1955 bis 1961, eingeschaltet war.

In Bayern befand sich eine Anzahl Entlassungs-lager (Hof-Moschendorf, Schalling, Piding), durch die die Heimkehrer aus der UdSSR und den sogenannten kleinen Gewahrsamsländern nach Bayern eingeschleust wurden. Aber auch über das Lager Friedland kamen solche Wissensträger nach Bayern. Durch die Registrierung dieser Heimkehrer wurden die Unterlagen für die Zuleitung von Befragungslisten geschaffen. Das Ergebnis dieser umfangreichen Befragungs-bemühungen kann mit 25 000 Befragungen und 20 000 schicksalsklärenden bzw. schicksals-hinweisenden Aussagen auf Tot- und Lebendbogen angegeben werden.

Hilfen bei der Gesamterhebung der Bevölkerungsverluste aus den Vertriebsgebieten - 1955

Dem LND Bayern fiel im Rahmen dieser Groß-

- a) 1964 wurden für den Südostraum Anträge nach 2241 Personen beim LND Bayern eingereicht.
- b) Im I. Quartal 1965 belaufen sich die Neuanträge Südostraum auf 3434 Personen.
- c) Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich der LND Bayern in der Familienzusammenführung noch um ca. 60.000 Personen bemühen muß. Er steht durch seine Kreisstellen in engem Kontakt mit den Antragstellern und unterrichtet diese laufend über die jeweilige Situation und über die zu veranlassenden Schritte. Seit Einführung des LND Bayern in die Familienzusammenführung wurde dieser allein bei Polen für 38.000 und bei der UdSSR für 25.000, also insgesamt für 63.000 rückzuführende Personen tätig. Heute sind für diese Länder noch Anträge für 24.000 Personen zu bearbeiten.

Postein- und -ausgang 1964 und im I. Quartal 1965 - Gesamtzahlen seit 1950

- a) Der LND Bayern verzeichnete 1964 38.916 Posteingänge und 30.439 Ausgänge.
- b) Im I. Quartal 1965 gingen 8768 Postsendungen ein; 6740 Briefe wurden versandt.
- c) Die 15jährige Arbeitsleistung des LND Bayern wird in den Postein- und -ausgangszahlen besonders deutlich. 634.000 eingehende Briefe mußten bearbeitet und ca. 600.000 Antworten und Nachforschungsschreiben versandt werden.

Lehrgänge in der Otto-Geßler-Schule in Deisenhofen

Im Jahre 1964 wurde ein Lehrgang mit ca. 20 Teilnehmern durchgeführt. Von 1956 bis 1965 wurden in 18 Suchdienst- und Fz-Lehrgängen 530 Suchdienst-Mitarbeiter in der Nachforschungs-, Fz- und Betreuungsarbeit geschult.

Zukunftsaufgaben des LND Bayern und seiner 147 Kreisverbände

Für den LND Bayern und die Suchdienst-Mitarbeiter bei den 147 Kreisverbänden geht die Suchdienst-Arbeit weiter. Wie bereits unter dem Abschnitt Heimkehrerbefragungen erwähnt, sind auf Grund der 15jährigen Suchdienstbemühungen in Bayern 756.000 Heimkehrerbefragungen durchgeführt und 89.000 schicksalsklarende oder hinweisende Aussagen erzielt worden. Wenn im Juni dieses Jahres die großangelegten Heimkehrerbefragungsaktionen

zu Ende gingen, dann deswegen, weil die Befragungsmöglichkeiten weitgehend ausgeschöpft sind. Selbstverständlich werden Aussagen von Heimkehrern, die von sich aus an den Suchdienst herantreten, weiterhin entgegengenommen und ausgewertet.

Dem LND Bayern fällt nach wie vor die Aufgabe zu, die von den Zentralen ermittelten schicksalsklärenden Ergebnisse an die in Bayern wohnhaften suchenden Angehörigen zu leiten und ihnen beratend beizustehen. Nach wie vor werden der LND Bayern und die Suchdienst-Mitarbeiter bei den Kreisverbänden Nachforschungsanträge aus der Bevölkerung entgegennehmen und jedes suchdienstliche Anliegen mit gleicher Gewissenhaftigkeit bearbeiten wie in den vergangenen Jahren. Ferner müssen die eigenen und die von den Zentralen erbetenen Ermittlungen fortgesetzt werden.

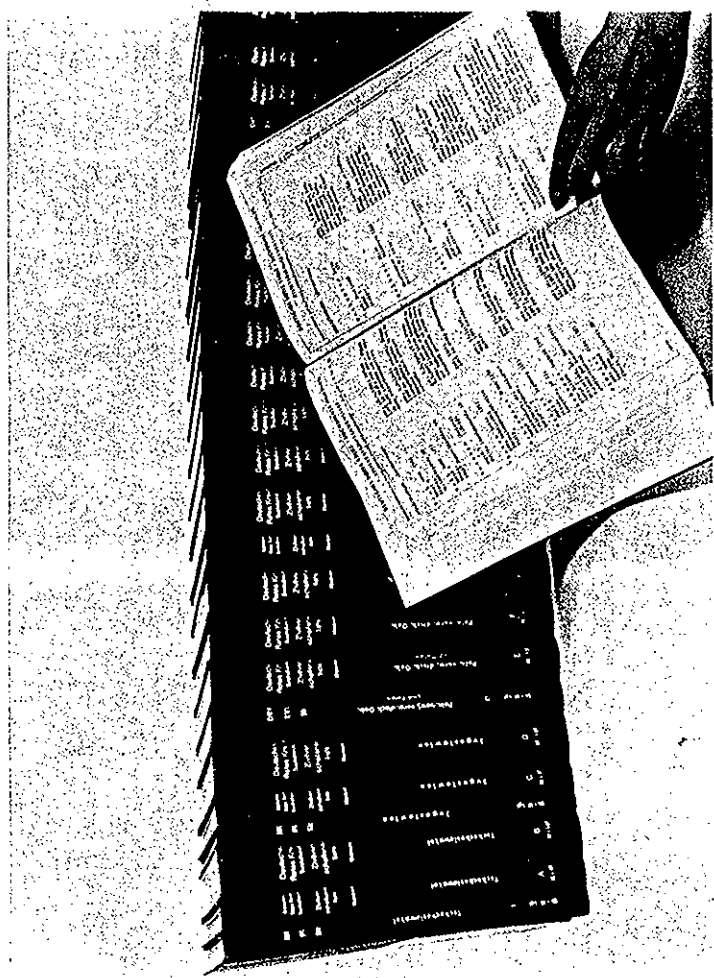
Schwerpunkt der Bemühungen des LND Bayern bleibt die Zusammenführung der 20 Jahre nach dem Krieg immer noch getrennten Familien, die zwar von ihrem gegenseitigen Aufenthalt wissen, aber bisher noch nicht die Möglichkeit hatten, ein gemeinsames Familienleben zu führen. Jene ca. 60.000 Personen, die auf die Zusammenführung hoffen, gehört unser besonderes Augenmerk.

Das Problem kann nur in engem Zusammenwirken mit den deutschen Behörden und den Rotkreuz-Gesellschaften und Behörden des betreffenden Landes erfolgreich angegangen werden. Geduld ist dort nötig, wo der Erfolg der Bemühungen nicht sofort sichtbar wird. Auch die materielle Not der Betroffenen erfordert weiterhin Betreuungshilfen.

Der LND Bayern und die Kreisverbände des BRK werden ihre Suchdienst-Mitarbeiter, von denen weiterhin viel Opferbereitschaft und Idealismus verlangt wird, zur Erledigung dieser Aufgaben dringend benötigen.

Der Bericht des Landesnachforschungsdienstes Bayern schließt mit der Erwähnung der Aufgaben, die die LND und KNSI nach zu bewältigen haben. Der LND-Leiter ist zuversichtlich, daß die Kreisnachforschungsstellen seines Landes auch künftig nach Kräften zum Gelingen beitragen werden. Man darf davon ausgehen, daß das für alle 15 Landesnachforschungsdienste und alle 523 Kreisverbände gilt. Die Einsicht der Vorstände und die Bereitschaft der Geschäftsführer und ihrer Mitarbeiter werden das BRK in den Stand setzen, seine

900.000 Zivilgefangene ermittelte der DRK-Suchdienst nach dem Kriege. Heute sind noch 200.000 Suchanträge nach verschollenen Zivilgefangenen offen. In 20 Bänden hat der DRK-Suchdienst 116.000 Zivilgefangene, nach Lagern und Festnahmen geordnet, aufgelistet. Die Aktenverbände betragen damit mehr als die Hälfte der Bevölkerung.



Pflicht gegenüber der Bevölkerung zu Ende zu erfüllen, so daß der Suchdienst seine Nachforschungsprogramme ordnungsgemäß zum Abschluß bringen und in der Wiedervereinigung getrennter Familien alle sich bietenden Chancen wahrnehmen kann.

Beispiel KNST Regensburg

Wie eine Kreiskreisnachforschungsstelle die zwanzig Jahre Nachkriegs-Suchdienst und ihre gegenwärtige Aufgabe sieht, zeigt der Bericht Herrn Linthars, Kreisgeschäftsführer in Regensburg:

„Vom Zusammenbruch im Jahre 1945 bis zur Währungsreform lag das Hauptaufgabengebiet im Kreisverband Regensburg auf dem Sektor der Fürsorge und vor allem im Suchdienst. Für den Suchdienst wurden laufend acht hauptamtliche Kräfte neben einer Vielzahl ehrenamtlicher beschäftigt. Täglich suchten 250 bis 300 Personen den Suchdienst auf, der den ganzen Rotkreuzsaal beherrschte, um nach einem Vermißten, sei es Wehrmachtangehöriger oder Zivilist, zu suchen, oder die eigene Adresse abzugeben, damit ein anderer suchender Angehöriger die Möglichkeit hat, ihn bald zu finden. Unter den Suchenden waren viele Tausende Einheimische, aber auch Tausende von Heimatvertriebenen. Während die Erstgenannten nach den vermißten Soldaten suchten, suchten die Zweitegenannten Familienangehörige aller Art, darunter auch wieder Soldaten, von denen sie in den letzten Monaten aus dem Felde nichts mehr gehört hatten. Am laufenden Band wurden Suchkarten ausgeschrieben. Außerdem besuchte der Suchdienst des Kreisverbandes das Kriegsgefangenenlager am Hohen Kreuz in Regensburg, obwohl er in den meisten Fällen keinen Eintritt fand. Dafür aber haben Hunderte von Kriegsgefangenen dem Suchdienst durch die Zäune Zeitel übergeben; daraus wurden ebenfalls Suchaufträge erstellt. Ähnlich war es im Lager Natternberg bei Deggendorf; dort befanden sich Zivilinternierte. Wenn auch damals die Suchkartei auf Grund der noch geringen Erfahrung noch nicht ausgearbeitet war, wie das vielleicht hätte sein können, so glaube ich, daß gerade mit dieser großen Sammlung von Anschriften der Suchenden und der Gesuchten ein gutes Fundament für die späteren Erfolge im Suchdienst gelegt wurde. Die Erfolge haben sich auch in Regensburg in den darauffolgenden Jahren bemerkbar gemacht.“

Ab 1948 gab es keinen Heimkehrer, der nicht innerhalb der ersten drei Tage nach seiner Rückkehr durch die Kreiskreisnachforschungsstelle Regensburg der Befragung unterzogen wurde. Waren die Spätheimkehrer erfasst, galt es, die Heimkehrerkartei durch die Frühheimkehrer zu ergänzen. So wurde neben der laufenden Befragung die Kartei der Frühheimkehrer, die der Spätheimkehrer und die der Suchenden aktualisiert. Die vielen Tausende von Suchenden, die während der ersten sechs Jahre nach dem Zusammenbruch beim Suchdienst vorgesprochen hatten und an denen der Kreisverband die seelische Not der Bevölkerung kennen gelernt hatte, veranlaßten ihn auch, stets großes Gewicht auf seine Suchdienst-Abteilung zu legen. Wenn auch die KNST heute gegenüber 1947 nur mehr wenig hauptamtliche Leute hat, so ist sie auf Grund ihrer Notwendigkeit vom ersten Tag an immer hauptsächlich besetzt gewesen, und es ist immer versucht worden, ihr möglichst viele ehrenamtliche Kräfte beizugeben.

Hier die Leistungen bis 31. 12. 1964:

1. In der Familienzusammenführung wurden 1606 Anträge bearbeitet.
 2. Mit den Vermißten- und Verschollenenbildlisten wurden 12 987 Befragungen durchgeführt und hieraus 1871 Erfolgsmeldungen, das sind 14,4% gewonnen.
 3. Für die Befragung nach Zivilverschollenen hat der Kreisverband 900 Aufträge erhalten, wovon 679 leitbar gemacht werden konnten. Aus den 679 Befragungen wurden 1145 HKE aufgenommen, das sind fast 180% Erfolgsmeldungen.
 4. Bei der Gesamterhebung in den Jahren 1945 bis 1958 wurden vom Kreisverband 27 800 Erhebungsbogen bearbeitet.
 5. Zur Erfüllung all dieser Aktionen wurde in den letzten zehn Jahren ein jährlicher Parteienverkehr im hiesigen Suchdienst zwischen 7000 und 8000 Personen registriert.
- Neben der Abfertigung des Parteienverkehrs hat der Suchdienst des Kreisverbandes laufend im Stadt- und Landkreis mit 125 Gemeinden, teils mit öffentlichen Verkehrsmitteln, teils mit eigenen Fahrzeugen, Heimkehrer und Familien zur Befragung aufgesucht. Darüber hinaus hat er im Jahre 1963 für die Befragung mit Vermißtenbildlisten und mit Zivilverschollenenlisten (mit Bänden) eine eigene

motorisierte Gruppe unterhalten und im Jahre 1964 durch den Landesnachforschungsdienst eine zweite motorisierte Befragung durchgeführt.

So glaubt der Kreisverband Regensburg, daß er seiner Pflicht im Suchdienst nicht nur satzungsmäßig, sondern auch moralisch und ethisch nachgekommen ist, daß sich aber auch seine Tätigkeit für

einige Tausend Menschen als wirksame Hilfe erwiesen hat.“

Die Aufgaben, die den Kreiskreisnachforschungsstellen nach Erledigung der ihnen von Hamburg und München übergebenen Befragungsaufträge, also vom Sommer 1965 an, für längere Zeit zu behandeln bleiben, zeigt das folgende Merkblatt:

KNST-Aufgaben nach Abschluß der Massenbefragungen (ab Juli 1965)

1. Aufnahme neuer Suchanträge. Nachregistrierungen weiterhin sinnvoll; sie werden in der Zentralen Namenskartei verglichen, in Nachträgen zur Bildliste Heimkehrern vorgelegt und an ausländische Rotkreuz-Gesellschaften gegeben.
2. Befragung von Heimkehrern, die von sich aus in die Geschäftsstelle kommen. Die Bildbände der verschollenen Soldaten und die Namensbände der verschollenen Zivilgefangenen müssen leicht erreichbar und dem Publikum gut sichtbar in der Geschäftsstelle aufgestellt bleiben.
3. Spezialbefragungen auf Einzelwunsch der Zentralen; selten.
4. Zustellung der Nachforschungsergebnisse der Zentralen an die Familien; zunehmender Umfang zu erwarten.
5. Förderung der Rückführung von Deutschen aus der Sowjetunion durch
 - a) Beratung der Angehörigen.
 - b) Evidenzhaltung der Rückführungsanträge.

- a) Beratung über die bestehenden Möglichkeiten des Paket- und Päckchenversands, über Zoll- und Vorverzollungsbestimmungen u. a.
 - b) Gewinnung von Personen, die mit (langwierigen) Zurückgehaltene Kontakt aufnehmen (zur Vorbereitung der Anträge auf Renten und zur Vermittlung materieller und anderer Hilfen).
 7. Mitwirkung bei Einzelhilfen durch
 - a) Beratung über die bestehenden Möglichkeiten des Paket- und Päckchenversands, über Zoll- und Vorverzollungsbestimmungen u. a.
 - b) Gewinnung von Personen, die mit (langwierigen) Zurückgehaltene Kontakt aufnehmen (zur Vorbereitung der Anträge auf Renten und zur Vermittlung materieller und anderer Hilfen).
- In diesem Bereich wird Hamburg künftig mit den Antragstellern über die KNST verkehren; Umstellung gruppenweise im Laufe der nächsten zwei Jahre. Aktualisierte Gruppen werden nur noch über KNST behandelt.

7. Mitwirkung bei Einzelhilfen durch

- a) Beratung über die bestehenden Möglichkeiten des Paket- und Päckchenversands, über Zoll- und Vorverzollungsbestimmungen u. a.
- b) Gewinnung von Personen, die mit (langwierigen) Zurückgehaltene Kontakt aufnehmen (zur Vorbereitung der Anträge auf Renten und zur Vermittlung materieller und anderer Hilfen).
8. Jährlich ein Kurs oder eine Übung zur Vorbereitung der Mitwirkung an den Aufgaben der Nationalen Auskunftsstelle.

Bonn, Mai 1965

Dr. Wagner

HUNGÁRIA

SZABAD MAGYAROK FÜGGETLEN HETILAPJA

Anarchia tombol a 100 milliós szigetbirodalomban

Porráégett az indonéz kommunista párt székháza

Dzsakartában a hét végén több ezer mohamedán vallású fiatalember porig égette a kommunista párt székházát. A fiatalok az indonéz kommunista párt vezetője, Aldit ellen tüntettek. „Halál Alditra! Oszlassák fel a kommunista pártot!” — kiáltással vonultak végig Dzsakarta utcáin a kommunista székház elé. Az indonéz hadsereg alakulatai nem avatkoztak be a tüntetésbe. Ezt követően az indonéz fővárosban több mint fél millió tüntető intézkedéseket követelt a minapi puccskísérlet részvevőit ellen. A tömeggyűlés rendezői követelték Szukarno elnököt, ossza fel a kommunista pártot, s annak a felkelésben résztvevő tagjait végezesse ki.

Nagysága és természetadta tehetsége szerint Indonézia valóban az lehetne, aminek Szukarno szeretné: „Aden és a Panama Csatorna között a leggazdagabb és a leghatalmasabb nemzet”. A 300 szigeten számmillió lelket számláló ország, amely a hollandok alatt rizs, ón, gummi, fűszer és olaj exportjával akár kétszázmillió ember jólétéről gondoskodhatott volna, olyan fegyveres erővel rendelkezik, amely túl tesz az összes szomszédjal együttes erőin. Beleértve Ausztrália és Új-Zéland hadrendjét is.

Flotta és számszerűsége és korszerűsége az Egyesült Államok 7. hajóhada, valamint a Szingapúrban állomásozó angol flotta kötelek után a legerősebb az India és a Csendes Óceán vizén. Légiflöttájában a MIG 21-es és 23-as vadászok, valamint a korszerű Iljuszin bombázók száma háromszor olyan nagy, mint a kínai légierőé. Szukarno már az indonéz atombombát is bejelentette, anélkül persze, hogy ezzel bárkit megijesztett volna. Ezeket a tényeket azért érdemes az emlékeztetőnkbe idézni, mert Szukarno politikáját — miután országba már felhasználta az Egyesült Államok több mint 700-millió dolláros gazdasági támogatását — az amerikaiak és az angolok látni látként gyűlölték, valamint a Pekinggel való szoros együttműködés jellemző. Ezeket tehát, hogy e 100-millió nemzetnek katonai akciókat provokáló kormányra mennyire veszélyes az amúgyis labilis délkélelmezési egyensúlyt és nem kelle-e belső viszályt nyomon agressziós kedvének fokozásáról tartani?

Gazdasági mélyponton

A javakban egykor bővelkedő ország a gazdasági mélyponton és az infláció kellős közepén áll. Szukarno éppen ezekről kívánja — a diktátorok régi receptje szerint — a figyelmet a katonai vállalkozásokkal elterelni. Az a tény, hogy a kis holland expedíciós erő az indonézokat Új-Guineától távol tudja tartani, s hogy Szukarno nem boldogul Malajziával, nem Nyugatborneoval szemben, nem csak az az indonéz katonai vezetés tapasztalatosságát, a fegyveres erő alacsony felkészültségét fokát, de a megfélemlítő hadilip és ezzel együtt a hadművelési potenciál hiányát igazolja.

Bizonyosnak látszik, hogy a múlt heti zendülés Szukarno személye ellen irányult. A jelek szerint a két nagy vezelkedő csoport, a 3-millió tagot számláló indonéz kommunista párt és a lakosság többségét képviselő muzulmánok kívánják már most az utódlást és a hatalmi kérdést tisztázni, a súlyos betegnek mondott Szukarno kiváltása esetére. Szingapuri hírek szerint a zendülést a kommunis-

ták robbantották ki a légierő és felfegyverzett munkás- és parasztcsoportok, a milicidák támogatásával. Velük (folytatás a 2-ig. oldalon)

Wallenberg emlékeztetere . . .

(—G—) Ugy lehet, amikor kiejtem Raoul Wallenberg nevét, csak nagyon kevés magyar lélekben rezzennek meg az emlékeztet hűrlő. Pedig ez az ifjú svéd, akinek tudj isten milye szívet győztesen állt a parádáim felém, igazában az újkori magyar sors, természetesen a hálors szobor-szerű alakjaitól élhetne, sőt kellene is élni nemzeti köztudatunkban. De nevével nem lelem az iskolakönyvekben sőt az oly pártremekbe szerkesztett Új Magyar Lexikonban sem, pedig ez a má állatában létezett hő-dől a személyiségeknek s például gazdag területen még Wallenstein-Waldstein Albrecht hercegnek is, aki a 30-éves háborúban hadvezérkedett, anélkül már sejtethető, hogy mintegy negyedik évszázaddal ezelőtti haláláról el. Am Raoul Wallenbergnek nem jut egy árva sor sem, noha ő a minap élt és ma is él, élettünk holt meg. Mivel nem életrajzot írok róla, éppen csak megemlítem, hogy ez a szöke stockholmi legény diplomaták és millárdosok sarjadéka, sajátos vonzalmal érezhetően irántuk, mert minden tárgyát cél nélkül megmutatva anyanyelvüket, amelyről pedig — mondják a lilológusok — nincs nehezebb lábióma a földkerészen. Ez a vonzalom egy adott történelmi időpontban nevezetesen abban az időpontban, amikor Eichmann és vezérek Budapestén ülték fel hadizsárlásukat és az emberi életből nem 12-öt, de 12-est mértek egy tucatba, ellendíthatatlan cselekvési vágyba csapott át. Raoul Wallenberg a svéd utolsó tudomásaival és egyben a Szent-
szék támogatásával a mind vörösebbben hőmpítyó Duna partján termett és megkezdte küzdelmét az elár-
hozott lelkek megmentéséért. Egyebek között 30 belpártolati vásárolt, ezek voltak a híres svéd menházak, s meg-
teremtette az úgynevezett védőlevelek rendszerét, ama legendás passzusok-
két, amelyek birtokosoknak szabad telepedési jogot biztosítottak Svéd-
országban, s addig is, amíg az utazá-
ra sor kerültek, az északi királyság
lutorága alatt álló svéd honosoknak
nyilvánították a gázkamrák és kremo-
tóriumok martolását. Ugyanannyi em-
bert ragadtat ki a végtel göcsörítés
márkából a megszűnt stockholmi le-
gény? Nem tudható, de nyilván ezre-
ket, sőt talán tízezreket is. De ha a
numerus bizonytalan is, annyit biztos,
hogy minden megmentett életért ön-
án életét köcskázta Raoul Wallen-
berg, s ha ez az élet nem vett el,
csak a gondviselés: csodájának, nem

pedig ellenségeit könyörületének volt köszönhető.

Ilyet nem így igaz az egész, ellenségek és is korszakunk törté-
lőjének bonyolult és bítang elvisszítá-
ben. Mert a valóság az, hogy a Gond-
viselés szörakozottan eltekintett a
„falat-svéd-spraz-lefett. Tüdölilik a-
ma felszabadulás után néhány héttel,
ez 1945 elején történt, Raoul Wallen-
berg meghívót kapott Malinovszky
tábornagy dőbrecenti rezidenciájára.
A vendéglátó gazda ajtaja megnyílt
s egyben örökre be is csukódott mö-
götte. Ugyon mi lehetett a magyará-
zatának, hogy az egyik önkényura-
lom néma titkelt a másik, ellensé-
ges önkényuralom hajlotta végre?

Erre a kérdésre mindenképp az a
válassz kínálkozik, hogy az a rajon-
gó ifjú, aki a szinte már valószínű-
len, klasszikus hős szerepét vállalta
a mágyára szánt zsidók védelmében,
természetesen nem maradhatott szót-
lan és télen az a drámaival szem-
ben sem, ami az ászial felszabadított
és a pannóniai felszabadítottak szív-
szorító viszonylatainak kiakult. Mi-
vel pedig az Úr 1945-és években a ma-
gyar nép, mindkét nemben részében,
a vörös dandárokat szabad prédájul
dobdólt oda, az erkölcs és a tiltakoz-
ás ama hasznát bajnokának, aki
Wallenberg volt, pusztulni kellett.
Igy vette kézhez a szívet marshall
szíves invázióját, így ült le a nyil-
ván dás, dőbrecenti lakomához, amely
alán sosem ért véget, mert végül csak
Raoul flam, hátra van még a fekete
leveles!

Mindennek két évtizede, s e ház
esztendő során Svédország pillanatil-
gát szűnt meg ellátni gyermeke után
kutatni. Tudjuk, hogy Stockholm né-
hány héttel ezelőtti „Fehér Könyv”-et
adott ki a Wallenberg rejtélyről, s e
kötet elmondja, hogy Moszkva a ma-
ga követelt, miniszterei és elnökei ál-
tal eleinte halogató és kecsesgelek i-
géretekkel adott a kérdésekre. Am-
kor azután a svéd kormány hangja
mind türelmetlenebbé vált, 1956 ta-
vaszán, tehát 11 évvel az elhurcolás
után rajtoltússzerben közölték, hogy
a moszkvai Ljubjanszkaja-börtön ir-
tárában megölték a kórházi részleg
parancsnokának, Smoltsov örnagy-
nak Abakumov rendőrmisztériához írt
egy régi levelét, illetve e levél máso-
latát, szószentit így:

— Ezennel közlöm, hogy az Ön ál-
tali személyesen ismert Wallenberg
nevű fogoly ma éjjel, gyaníthatólag
szívinfarktus következtében collájá-
ban meghalt. Miniszter elvtárs ama

utasításának megfelelően, hogy ma-
gam örököljem Raoul Wallenberg fő-
lőt, újabb rendelkezést kérek afelel,
ki ejtse meg — az elhalálozás okát
megerősítendő — a boncolást.

Moszkva, 1947 július. 17-én
Smoltsov örnagy

Erre a kópíra az örnagy még az-
nap ezt vetette oda:

— Személyesen értesítettem a mi-
niszter elvtársat. Parancs érkezett,
hogy a tetemet boncolás nélkül el-
köll egytől.

Ez az ászial rémdráma itt alapja-
ban be is fejezhető volna. De nem
fejeződött be, mert a svéd kormány-
nyal hiteles tanuvalomások közöl-
ték, hogy Wallenberg még 1961-ben
is élt, hurcolták börtönről-börtö-
re, senkinek se volt szabad megismer-
nie és beszélni róla, egy misztikus rab,
mint amilyen misztikus rab volt XIV.
Lajos idején a vasklarcos lovag, le
Masque de fer. De ez a lovag nem
egy pusztulni illő néptörődék, majd
egy megalázott és kiszolgáltatott nem-
zet védelmében hordta mind a sírig a
vaslárcot, s egyébként is a Napkí-
rály uralma és társadalma nem hir-
dette az emberi személy és a dolgozó
nép megváltójának, az erkölcsi és jo-
gi megújítását gladiátorának magát.
XIV. Lajos kényár volt, mégha lán-
dókból kényár is, míg ma a XX. szá-
zadot írjuk, s e században a messze
ezredkre szóló, megvilágosult és
meggazult, listra és humánus kom-
munista birodalmat. Amelyben a törté-
nelem eltemette már a komor szót-
líní lázait, hogy malenkovi, bulgany-
ni, hrucsszovi, koszlignyi változat kö-
vetkezzék helyébe.

Csak éppen olyan fordulat nem kö-
vetkezett, amely Raoul Wallenberg-
et, élve vagy holtan visszaadta vol-
na családjának és hazájának, és vis-
szaadta volna a magyar népnek, a-
melynek igaz Pantheonjába mind-
örökké tartozik. Mert egy olyan társ-
adalom, amely az Úr képre terem-
tett ember eredendő erkölcsrendjére
eltekintett ragaszt, s azt csak osztály-
erkölcsként, osztályjogként osztály-
humanizmusként hajlandó ismerni,
természetesen mindig a terror öné-
dekének kategóriájában gondolkozik
és cselekszik. Győtelmes bulharokat
vivhat ugyan, ma megfogadhatja teg-
nap és holnap már énnagát, de lé-
nyegében mit sem változik, s ezért,
hogy a Wallenbergek sírját megta-
possdák még a mai urak is noha tud-
ni sem akarnak többé a nagyszerű
svéd ifjú tegnapi gyilkosáról . . .

„Az igazságos háború sem jogos többé!”

— hangzott el a római zsinaton —

A háborút ki kell itatni az emberiség életéből, mert a modern fegyver-
ek háború esetén nemcsak a katonákat és fontosabb háborús közpon-
tokat veszélyeztetik, hanem az egész emberiséget is. A hagyományos for-
mula, mely szerint az igazságos háború egyben, jogos is, manapság nem
alkalmazható — hangzott el a római zsinaton — az Egyház minden
el kell követnie annak érdekében, hogy a háborút, mint a megsértett
jogok orvoslásának eszközt végleg száműzzék a népek életéből.

„Az Egyház a Modern Világban”
témájú séma kijelenti ugyan, hogy a

háború ellenkezik az evangélium
szellemével, de azt is tudomásul ve-
szli, hogy az atomfegyverek tárolása
az esetleges támadó fél elrettentésére
szolgál. Több felszólaló hangzott: a
mai helyzetben a békét, sajnos a
modern fegyverektől való félelem biz-
tosítja. Az emberiségnek azonban ősz-
se kell fognia, hogy erről a veszé-
lyes holtpontról elmozdítsák a népek
egyúszáshoz való viszonyát.

Szurony és lelkiismeret

Többen kitértek felszólalásukban az
állampolgárok és az államhatalom ár-
viszonyára. A zsinati határozat-terve-
zet ugyanis védelmébe veszi azokat,
akik lelkiismereti meggyőződésből
megtagadják a háborúban való rés-
vételt. A zsinati atyák ehhez hozzátel-
ték: az Egyház kötelessége a sze-
mély lelkiismereti szabadságát megvé-
deni. Többen arra is rámutattak, hogy
az államhatalommal szembeni enged-
elmességet az evangélium világa-
san kőrvonalazza, amikor kijelenti,
hogy minden olyan ponton, ahol a
állam rendelkezéssel ellenemondana
Isten törvényének, a kereszténynek
nék kötelességük az engedelmeiséggel
megtagadni. Ezt az államhatalom ho-
dozól felé is hangsúlyozni kell, mor-
dotól a zsinati atyák, mert sokan az
államnak ki a felelősség alól, hog
felsőbb parancsra követik el az en-
bertelenségeket illetve a joglírás-
kat.

Tiltakosság a szociális igazságért

Az Egyház és a szociális kérdé-
vildjában Wisnyszky lengyel bíbor-
szegyháza, hogy a munkáskérdé-
sem a kapitalizmus, sem a kollekt
gazdasági rendszerek nem oldott
meg. Bizonyítja ezt a munkások mi-
dennapi élete. A kelet-európai ors-
gokban a munkások — akik közé
parasztsók, a kisiparosok és az ért-
miséglek nagy része is tartozik
kedvtelenek, bizalmatlanok, megál-
va érzik magukat. Méltóságukb
alázatk meg őket. Ennek oka, hogy
kollektív társadalmi rendszerek ne
veszik figyelembe az ember szelle-
s és személyi méltóságát. Az Egyh-
nak módjában áll a mai világnak
megadni a helyes emberfogalm
Többen javasolták, hogy állítsan
fel Rómában egy központi tiltakásá-
a társadalmi igazságosság védelmé-
s megvalósítására. Ennek az len-
a feladata, hogy szemé a gazdas-
s társadalmi helyzetben tartása és
gyen szóvá minden igazságtalansá-
g az embert éri és mutasson rá
problémák emberhez méltó megol-
sára.

A zsinat ezzel be is fejezte a ha-
mas 13. séma világlátását és ráte-
Egyház misztikus tevékenységének
gyaladását. (E.)

20/10.1955

Nytt vittne: Wallenberg i Moskvacell

Från Dagens Nyheters utsände
medarbetare
BO JÄRBORG

FRIEDLAND, onsdag.

Kontakt med Raoul Wallenberg via fängelsetelegrafan hade f. d. majoren i tyska generalstaben Heinz-Helmut von Hinkeldey enligt vad han på onsdagen berättar för Dagens Nyheter. von Hinkeldey satt 1944—1948 i Lefortovskajafängelset i Moskva och hade från sin cell nr 149 knackningskontakt uppåt med en cell som han tror hade numret 200 eller 201. I denna cell satt Wallenberg tillsammans med tyska legationsrådet Heinz Roedel.

Forts. sidan sexton, spalt fem.

Nytt vittne...

(Forts. från sidan 1)

Sju man har bekräftat kontakt i Lefortovskaja

— I samma cell som jag, satt förre tyske ministern i Helsingfors, Zechlin, som också en tid tjänstgjort i Stockholm. Från denna tid kände Zechlin Wallenberg och därför fick kontakten via knackningstelegrafan särskild betydelse för oss. Vi utbytte naturligtvis de vanliga adresserna och berättelserna om våra personliga öden. Den historia som Wallenberg omtalade var denna:

När ryssarna omringat Budapest var Wallenberg redan utanför staden. Plötsligt öppnades dock en möjlighet att komma in i den belägrade staden igen, och trots alla varningar begav sig Wallenberg tillbaka för att ordna någonting mycket viktigt. När han sedan försökte komma ut igen hade ryssarna knutit till och han blev fast.

Så vitt von Hinkeldey kan komma ihåg bestod kontakten mellan cell nr 149 och Wallenbergs cell till sommaren 1946 eller möjligen 1947, han minns inte riktigt vilket år. Telegraflinjen bröts genom att de ryska vakterna blev mera lyhörda och noggranna, och för att få kontakt med Wallenbergs cell, som låg våningen ovanför, var man tvungen att banka ganska hårt.

Hur länge Wallenberg var kvar i Lefortovskaja kan von Hinkeldey inte säkert säga, men han minns ett intermezzo som kanske kan vara en ledtråd för dateringen av Wallenbergs flyttning från detta fängelse.

Någon gång i oktober 1946 eller möjligen 1947 kallades Hinkeldeys fängelsekamrat Wallenstein, som var intervjuad i Dagens Nyheters måndagsnummer, till fängelseledningen. Han fick där order att gå igenom samtliga sina ägodelar, som fängelseledningen hade i förvar. Han måste räkna varje persedel och sedan avge en förklaring att allt var riktigt. Om detta intermezzo säger von Hinkeldey:

Namnförväxling

— Vi kunde först inte begripa vad detta betydde, då ju Wallenstein inte flyttades från fängelset utan blev kvar. Sedermera trodde vi oss komma på en förklaring, nämligen att den som flyttats kunde vara Wallenberg. Ryssarna var kanske angelägna om att se till att inga förväxlingar mellan saker som tillhörde Wallenstein och Wallenberg uppstod. En sådan förväxling kunde ju lätt ha uppstått med två för ryssarna så lika namn.

von Hinkeldey själv togs av ryssarna i Bukarest där han befann sig på specialuppdrag av OKH (arméns överkommando). Han dömdes liksom alla tyskarna från Bukarest till 25 års straffarbete, som han nu delvis suttit av i Lefortovskaja, till 1948, och sedan i Vladimir.

von Hinkeldeys vittnesmål och liknande rapporter de senaste dagarna från de frigivna tyska exdiplomaterna Ernst Ludwig Wallenstein, Hermann Pörzgen, Franz Langer och Joachim Vorwerk från deras tid i Lefortovskaja bekräftar den italienske diplomaten Claudio de Mohrs artikelserie i Dagens Nyheter i februari 1953. de Mohr stod i kontakt med Wallenberg via "fängelsetelegrafan" från 1945 till 1948, då de Mohr förflyttades. En annan italiensk exdiplomat, Armando Odenigo, har omvittnat att Wallenberg befann sig i det beryktade Moskvafängelset ännu våren 1949. Enligt tysken Heinz von Bornscheins rapport nyligen om sina samtal med estländske före stockholmsarkitekten Arthur Tammelius satt Wallenberg år 1953 i det ryska strafflägret 5110/31 i Taisjed i Centralasien.

Svensk deporterades till slavläger i Sibirien Dömdes för påstått spionage i Östtyskland

Nya vittnesmål bestyrker Wallenbergs öde i Sovjet

FRIEDLANDLÄGRET, lördag (AP). Socialattachén vid tyska Bukarest-legationen under andra världskriget, Franz Langer, och byråchef dr Joachim Vorwerk, som också tjänstgjorde i den rumänska huvudstaden, uppger att de åren 1945—46 hört talas om Raoul Wallenberg.

De hade suttit fängslade i Lefortowskaja-fängelset och hört talas om att en bankirson, som haft att göra med Röda Kåret, också befann sig i fängelset.

Så småningom hade man också, genom de knäckningar med vilka fångarna gav varandra underrättelser, fått fram namnet Wallenberg. Både Langer och Vorwerk förklarade att man efter 1946 inte hört något mer om svensken.

Förre chefsmaskinisten i det stora

Häpag-rederiet, Paul Hasser, meddelade att han 1948, då han häktades i östzonen för påstått spionage, träffat på en svensk vid namn Bergström i koncentrationslägret Sachsenhausen.

Bergström hade också häktats för påstått spionage och dömts till ett långvarigt fängelsestraff. 1949 skickades bägge till strafflägret Inta i Sibirien, varvid förbindelsen dem emellan avbröts. Hasser betecknade Bergström som en ca 40-årig man.

Stalins son sköts ner

— Stalins äldste son Jakob Djugasjvili sköts ned av en vakt i ett tyskt fängelse i Oranienburg, Östtyskland, år 1945, berättar en hemvänd tysk krigsfånge, journalisten Walter Reuschle som tillägger att han intervjuade den ryske diktatorsonen i Oranienburg på sensommaren 1941. Reuschle var då major i tyska arméns "propagandakompani" och skrev krigsartiklar för de tyska tidningarna.

Diktatorsonens öde har i tio år utgjort ett av det andra världskrigets mysterier. Stalin själv utfäste 1950 en belöning på 1 miljon rubel (cirka 1,3 milj. kr.) till den som kunde finna Jakobs grav — denne, som var artillerikapten, togs till fånga av tyskarna i närheten av Smolensk år 1941.

Enligt Reuschle hade en lägerofficer i Oranienburg, SS-obersturmchef Wegener, berättat för honom att Jakob i samband med de ryska truppers framryckning försökte ta livet av sig genom att kasta sig mot lägerets elektrifierade taggtrådsstängsel — han fruktade att han skulle råka illa ut därför att han hade hamnat i fångenskap. Han vägrade åtiyda lägerkommandantens order att släppa taget i taggtråden och blev slutligen nedskjuten av en vakt.

Reuschle beskriver sin intervju med Jakob som "ett tämligen oskyldigt samtal på en halvtimme om allmänna politiska och ekonomiska frågor". Samtalet, som hölls i ett av de två särskilda rum vilka stod till diktatorsonens förfogande, togs upp på en bandapparat i miniatyr som var dold i en portfölj. Enligt Reuschle hade han som följd av denna intervju av amerikanerna överlämnats till ryssarna år 1946.

En rysk officer som förhörde honom i hemliga polisens högkvarter i Östberlin sade: "Vi betraktar er inte som en brottsling men vi vill ha reda på vad Stalins son berättade för er och vad ni lät amerikanerna få reda på om den saken". I mars 1946 dömdes Reuschle av en specialkommision från ryska inrikesdepartementet till 25 års fängelse, emedan han "satt inne med farliga hemligheter".

Erlander lovar pröva allt i fallet Wallenberg

"Regeringen betraktar saken mycket seriöst"

STOCKHOLM, torsdag (KvP). Svenska regeringen skall med anledning av den frivillne tysken Heinz Bornscheins uppgifter om Raoul Wallenberg göra alla de undersökningar och kontroller som är möjliga, framhåller statsminister Tage Erlander. Vi anser att de senaste uppgifterna om att Raoul Wallenberg skulle vara i livet måste betraktas som synnerligen seriösa. Vi har tidigare prövat alla tänkbara uppslag i Wallenberg-affären, och det skall vi också göra denna gång.

Heinz Bornschein befinner sig f. n. på väg till Västtyskland, där han skall söka kontakt med svenska representanter för att inför dem upprepa sina påståenden om Wallenberg. Han har redan talat om allt han vet för tyska Röda korsets upplysningsbyrå, som helt bekräftar uppgifterna i AP-rapporterna på tisdagskvällen.

Enligt uppgifter till Stockholm skall Heinz Bornschein också ha förklarat att två av hans kamrater, vilka nu är på väg till friheten i Tyskland efter rysk fångenskap, också haft liknande kontakter som sagt sig känna till Roul Wallenberg. Även dessa båda tyskar väntas lämna sina uppgifter till svenska myndigheter.

Heinz Bornschein är en 25-årig f. d. socialdemokratisk journalist och han beskrivs som synnerligen pigg och intelligent. Han har ett otroligt minne för namn och adresser, och han har utan svårighet omtalat nam-

nen på en hel rad fångar, som han sammanträffat med i olika ryska läger och fångelser. Han har suttit fängslad i sex år i Sovjetunionen. Enligt tyska Röda korsets upplysningsbyrå måste han betraktas som synnerligen trovärdig och pålitlig.

UD EJ NEGATIVT . . .

På utrikesdepartementet i Stockholm avböjer man f. n. att kommentera uppgifterna om att Wallenberg skulle vistas i strafflägret Tajsjed nr 5110/37. Man hänvisar till att man ännu inte fått några egna rapporter om Heinz Bornscheins vittnesmål utan att man hittills endast har tidningsuppgifter att stödja sig på.

UD:s inställning i denna sak får dock inte betraktas som negativ. Det är tydligt att man inom departementet anser att Raoul Wallenbergs sak bäst gagnas av en viss sekretess kring de officiella åtgärderna. Någon omedelbar diplomatisk aktion är knappast att vänta.

Den tyske fältmarskalken Schoerner, som i våras återvände till Tyskland ur rysk krigsfångenskap, har också nämnt Wallenbergs namn. Han uppgav att han under sin vistelse i Ljubljankafängelset i Moskva fick höra talas om Wallenberg. Han kan inte påminna sig i vilket sammanhang namnet nämnades, och han är inte säker på att Wallenberg då fanns i Ljubljankafängelset. Schoerner var mycket strängt bevakad under sin krigsfångenskap, och han fick aldrig komma i kontakt med några andra än rena ryssar.

Det var genom den hemliga "fängelsetelegrafen" som han fick höra talas om den svenske Röda kors-mannens namn. Han lade det på minnet därför att han personligen träffat Wallenberg i Budapest innan kriget tog slut. Om hans öde vet han emellertid intet.

SVERIGE GÖR NY DEMARSCH I MOSKVA OM WALLENBERG

Svensk-esten lurades byta nationalitet

STOCKHOLM den 12.
(SDS:s Stockholmsredaktion)

Uppgifterna om att Raoul Wallenberg så sent som 1953 levde i det ryska fängeläget Tayshed i inre Asien kommer enligt vad SDS erfarit att resultera i en ny svensk demarsch hos Sovjetmyndigheterna. På utrikesdepartementet ville man på onsdagseftermiddagen varken bekräfta eller dementera, att en dylik aktion förberedes. Tidigare svenska förfrågningar har som bekant inte skingrat dunklet kring Wallenbergs öde.

Beträffande den svensk-estniska arkitekten Arthur Tamvelius, vilken enligt vittnesmålet av den frivolne tyske krigsfånge Heinz Bornschein skulle ha sammanträffat med Wallenberg i sovjetlägret, upplyser UD att man inte kunnat konstatera, att han någonsin varit svensk medborgare. Bornschein har berättat, att Tamvelius sagt att han tvingats att underteckna ett dokument, vari han accepterade ryskt medborgarskap.

Sammanträffandet mellan Tamvelius och Bornschein ägde rum i fängeläget Inta i den arktiska ryska regionen. Detta skedde i februari förra året. Om Tamvelius berättar Bornschein, att han arbetade i Estland, då han greps av ryssarna 1940. Två år senare internerades han av ryssarna. Han tvingades sedermera skriva under en handling, som gjorde honom till rysk medborgare. För detta skulde han "friges". Han fördes senare till en by vid Bajkalsjön, där han

DEMARSCH: forts. från sidan 3: C:

Raoul Wallenberg är en fånge Sovjet speciellt är "rädd om"

fick stanna till 1949. Under denna period tilläts han sända tre telegram till sin hustru i Stockholm. När han insisterade på att få tala med Sveriges representanter i Sovjet, fördes han till svenska ambassaden i Moskva. Där medgav han, att han accepterat ryskt medborgarskap, men han berättade inte att han tvingats till att underteckna dokumentet om medborgarskap.

25 år för spionage

Tamvelius har berättat, att han sammanträffade med Wallenberg — Bornschein hade uppfattat namnet som "Wilborg" — i Tayshed. Wallenberg hade omtalat, att han dömts till 25 års fängelse för påstått spionage. Han tilläts aldrig skriva hem till Sverige. Tayshedlägret hyser enligt uppgift huvudsakligen fångar, som ryssarna är speciellt "rädda om". Wallenberg tillhörde en grupp internerade, som endast kunde förflyttas på uttryckliga order från högsta ort i Moskva. Särskilda försiktighetsmått var vidtagna för att dessa fångar inte skulle komma i kontakt med omvärlden. Trots detta lyckades Wallenberg sammanträffa med Tamvelius och berätta sin historia för honom.

Det är inte första gången vittnesmål avgetts, som styrker att Wallenberg finns i rysk fångenskap. Den italienske diplomaten Claudio de Mohr, som tillbringade åren 1945—48 i ett fängelse i Moskva, berättade efter frigivningen, att han haft cellen bredvid Wallenbergs. De hade dagligen korresponderat med varandra medelst knackningar i väggen. Italienaren hade aldrig fått se Wal-

lenberg, men av dennes uppgifter genom väggen förstod han, att inget tvivel fanns om svenskens identitet.

Bakgrunden

Det är nu på några månader när elva år sedan Raoul Wallenberg försvann under sin insats i Svenska Röda korsets tjänst för Ungerns judar i krigets slutskede. Wallenberg var då chef för den s. k. B-avdelningen vid svenska legationen i Budapest, dvs. den avdelning som hade hand om skyddsfraktsärenden. Den ungerske riksföreståndaren Horthy hade gått med på att svenska skyddspass skulle få utfärdas till några tusen ungerska judar som genom släktband eller affärsförbindelser hade anknytning till Sverige. Wallenberg lyckades förmå de ungerska myndigheterna att betrakta de med sådana skyddspass försedda judarna som utländska medborgare med samma rättigheter som dessa. De inkvarterades i s. k. svenskhuss, som fick exterritorialrätt och åtnjöt skydd.

Svenska regeringen har hela tiden sökt bringa klarhet i mysteriet med Wallenbergs försvinnande, och så sent som för ett år sedan omtalade utrikesminister Undén i riksdagen att efterforskningar pågick. I november 1952 tillerkändes Raoul Wallenberg medaljen "Illis quorum merere labores", och det underströks då att utmärkelsen inte borde uppfattas såsom "postum" utan man utgick från att Wallenberg alltså var i livet.

Österrikare satt i samma fängelse som Wallenberg

Raoul Wallenberg satt fängslad i Lefortovskaja-fängelset under åren 1945—1948, berättar en österrikisk fånge, dr Ernst Krenner för Reuter. Krenner kom på fredagen till Friedlandlägret i Västtyskland och han förklarade att han själv under dessa år hade vistats i detta fängelse, varifrån han flyttades i december 1948. Sedan dess har han inte hört något om Wallenberg.

Dr Krenner tillhörde under kriget den tyska ekonomiska delegationen i Bukarest.

Heinz Bornschein, som var den förste krigsfången vilken lämnade upplysningar om Wallenberg, uppsökte på fredagseftermiddagen svenske generalkonsuln i Berlin Hugo Tamm. Han lämnade därvid en redogörelse för de uppgifter han i fängslägret i Sibirien fått av den svensk-

estnische arkitekten Arthur Tamveilius, meddelar SDS:s Berlinkorrespondent. En rapport i ärendet kommer generalkonsul Tamm att insända till det svenska utrikesdepartementet.

Lyckad fångstrejk

FRIEDLAND den 14. (TP—Reuter)
Ett hundratal tyska krigsfångar lyc-

kades 1950 genomföra en framgångsrik strejk i sitt fångläger, berättar en frigiven tysk fånge.

Strejken igångsattes som protest mot att ryssarna brutit sitt löfte att låta fångarna slippa arbeta i en gruva i närheten av Leningrad. Den pågick i fyra veckor och under denna tid lät lägerledningen inte fångarna få de paket som anlant från deras hem. Vidare sattes 12 man i sträng arrest och fick bara ett mål varm mat var tredje dag. Övriga dagar fick de 200 gram bröd samt vatten. Golvet i cellerna var fuktigt och fångarna fick inte lägga sig förrän på kvällarna. Emellertid tog lägerledningen intryck av strejken och krigsfångarna behövde inte arbeta i gruvan längre.

Tysk mästerpilot

En av tyskarnas främsta jaktpiloter från andra världskriget, Erich Hartmann, återvände på fredagen till hemlandet efter att ha suttit fängslad som krigsförbrytare i Sovjetunionen. Hartmann började sin stridsflygarbana på östfronten vid 20 års ålder och uppgavs ha skjutit ned 348 fiendliga plan.

Han greps senare i Tjeckoslovakien och dömdes till 25 års straffarbete.

Tel. 14/4

Lorentzon: Gruppen och
annestående i Berlin.

Vi har ta reda på varmen

Berlin og hurvat stollen
varmen

344 Friedland 13/9-56

Talut med Berent -
Schleiftdienst i Fried-
land 13/9 kl. 23.45.

Ingen store transport
anlæst. En transport
vartas i vest fra
östgøren, først om
de kommer fra Ryssland.

14/4-56

68 aus Russland
über Bautzen

Tel. 1474 hel. 16.50

Bergeströmmen

Utesluktande krigsfångar, som
sittit i arbetslöser

namnet justav Vorwerk för -
hinner blanda de 68

Uter av intresse från -
hinner

Del 5/3

Reimer: (V) Seildienst lista

Nr. en Alfons S. Bremer
Borart Sebastianstr 3,
(13 6) Högstätt / Douai
f. 26/7 1903
deplangeren för

Tel. 1/3 (Perrins)

elektronisering

Anton Staudenreiser
fr. Berlin, ca 48 år

11/2 - 55 sedd i

244/9/2 Tinscher

10 år straffarbete

uppg. av Heinz Schöel (21 b),
Waldenscheid/Edendorf
Mundscherderstrasse 19
bos Jensen

Potnia (Frei-Kopf 29/11)

- Fawas (Mordowische
Autonome Sowjetrepublik)

5110/33

Herr Walther Schmidt
Helmuth - Huth Str. 8
Stuttgart - Zuffenhausen

Herrn E. Briest
Duisburg
Prinzenstr. 112
Hamburg Haus

Graf Adelman

Reizischer Hof

allein bei Horstmann

2007

From Betty 23/11

-- 55

Hamburg den 30 november 1955.

Förtroligt.

7. 1/12



Broder,

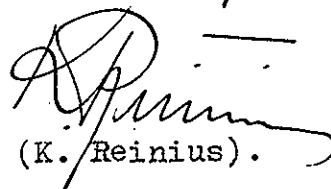
En fru von Stritzky, vars man på ett sjukhus uppsöktes av de två specialisterna från Stockholm, har per telefon idag lämnat följande adressuppgift:

Ingenieur Hans Swoboda, Linz/Donau, Postfach 362,
Österreich.

Jag vore Dig tacksam, om Du ville vidarebefordra uppgiften till de båda L-en.

En kopia av detta brev sänder jag till sekreteraren Lorentzon.

De vorens tillgä



(K. Reinius).

Herr Legationsrådet
T. Göransson,
Bonn, p.t. Köln.

Göransson/Pz

KUNGL. SVENSKA
BESKICKNINGEN

Bonn, p.t. Köln, den 1 december 1955.

19

N:o Strängt förtroligt. BIL.

INK. D. N:o

AVD.

GR.

MÅL.

Broder,

Åberopande UD:s meddelande i särskild ordning
för några dagar sedan ber jag få meddela, att någon
för Dig avsedd försändelse från tyska Röda Korset
innehållande kartor m.m. ännu icke kommit beskickningen
tillhanda.

u/T. Göransson.

Herr Sekreteraren G. L o r e n t z o n ,
Stockholm.

Kp kurir 12 ikväll MF

Ptr. f. Skol.

4 bil.

Broder, (Herr Fräule Lehn. K.
Hammarskjöld, U.S.)

Härmed ber jag få över-
lämna en bevisat handberg och
hindersträn uppbyggda prome-
nador som alla samtal med
Herr Kutschmann, Paul
Briedermann och Josef Bannert

Jag har vidare fått över-
lämna en i dag till ankom-
men uppteckning ^{av en} ~~av en~~
latet i München ~~av en~~
~~latet~~ ~~med~~ tyska medberga-

flamvode
upplysning-
ar ~~av~~ ~~från~~
Waller in.
Wallerberg.
Weiss, som
självar under-
tecknat upp-
teckningar,
uppsökte
barnlatet
den 18 den
res. ~~den~~

sen Herrmann Weiss ~~från~~
den 18 ~~den~~ ~~uppsökte~~ ~~han~~.
barnlatet ~~får~~ ~~att~~ ~~lämna~~ ~~en~~
~~upplysning~~ ~~ang.~~ ~~W.~~ ~~i~~
~~latet~~ ~~Wallerberg~~. Weiss, som
den 9 oktober ^(år) ~~öte~~ ~~han~~ ~~in~~
rytt fängelse, sedan sig
under hemresan i Sverdlovsk
ha träffat två personer, som
får det bestämdaste uttryck,

au de bort tid i januar, d. v. s.
kort tid før august 1955, selv
Wallenberg i området Kolin
i Sibirien.

Kriminalitet ~~for~~ for app.
teknisk bar afgeget Lorentzen.
(12) Pm

P.M.

angående samtal med ~~frö.~~ bokhallaren Josef Bannert, f.d. 4/8 1909, ~~xxxxx~~ adress Weserstrasse den 18/11 1955
39, Karlshafen. /Samtalet hallet/i släktings
vaning Adalbert Stifter Strasse 6, Buchen/Heidel-
berg/

Bannert berättade om sig själv, att han
tillfangatogs i Besarabien i augusti 1944, vari-
J u
fran han fördes till Yelaboga, där han vistades
Därefter fördes han till Kasan.
fram till september 1945./I detta läger sammanträffade Bannert med en överste von Stetten, ~~medlem xxx~~
~~xxxxx~~ vilken tillfangatagits i Bukarest, där han
varit medlem av den tyska militärkommissionen./En-
ligt Bannert skall von Stetten ha avlidit i Worku-
ta den 5 mars 1949./I januari 1948 fördes Bannert
över Swerdlowsk och Kirow till Workuta, dit han
ankom till lägre Perisilka den 28 januari. Trans-
porten till Workuta ~~xxxxx~~ företogs med tag. Fangarna
var under transporten uppdelade i mindre grupper
på fem å sex personer. ~~Bannert transport xxxxxxxx~~
~~första transport xxxxxxxx tyska xxxxxxxx kända xxx~~
~~Workuta~~ Transporten omfattade cirka 1000 man
varav ungefär 70 var tyska krigsfangar, +

Sammanträffandet med Roedl.

I den barack, där Bannert placerades, kom
han att dela bords med en överstelöjtnant Roedl,
vilken berättade för Bannert, att han varit med-
lem av den tyska militärkommissionen i Bukarest.
Bannert omtalade da, att han i Kasan varit tillsam-

+
vilka kom från shulka
delar i Sibirien

mans med överste von Stetten. Denna gemensamma bekantskap ledde till ~~att~~ ett ~~långt~~ samtal dem emellan.

Det Bannert kunde erinra sig från detta samtal var, att Roedl förts från Lubianka i Moskva över Kirov, där han alltså anslutits till samma transport som Bannert men i annan vagn.

Roedl var vid detta tillfälle mycket svag och utmattad. Han var patagligt nervös, ~~och~~ darrade och föreföll psykiskt nedbruten. Roedl hade berättat, att han ofta genomgått förhör och vistats i mörkcell samt att han slagits och pinats. Den långa transporten från Moskva hade - menade Bannert - säkert också bidragit till att försvaga Roedls hälsa.

På var fråga om Bannert kände till orsaken till ~~Roedls~~ den behandling Roedl genomgått, svarade Bannert, att han ej hade fått veta något om detta av Roedl men att ~~Bannert~~ antog, att ryssarna velat erhålla upplysningar om Roedls arbete i Bukare ^{fördes}.

Påföljande dag ~~fick~~ Bannert och Roedl tillsammans med de andra fångarna i transporten till tegelbruk n:r 2 /i Workuta/.

Bannert var själv vid denna tid mycket sjuk och han betecknade själv sitt tillstånd som "svävande mellan liv och död". När han några dagar senare, då han blivit något bättre, frågade efter Roedl, fick han det beskedet, att denne avlidit någon av dagarna 2 - 6 februari 1948. Bannert papekade emellertid, att dödsfallet ^{och} möjligen kunde

I Workuta fanns cirka 70 fångar - ^{av olika slag} - genomsnitt 2000 fångar varken.

P.M.

2+3

angaende samtal med f.d. löjtnanten Paul Biedermann, född den 15/4 1920, Bahnhofsstrasse 354, Stadeln, Fürth, mandagen den 14 november 1955.

Biedermann berättade om sig själv, att han efter sitt tillfangatagande i slutet av år 1944 blev förd till Moskva, där han under kortare perioder fram till 1946 satt i de tre Moskvafängelserna, Butirka, Lafortowskaja och Lubianka. Under denna tid hörde Biedermann talas om att svenska medborgare skulle finnas i dessa fängelser. Han kunde emellertid inte lämna några som helst preciserade uppgifter utan hänvisade till att nästan alla nationaliteter var representerade. Under åren 1946 - 1949 vistades Biedermann i ^{Suco Besvodnoje} /torrt utan vatten/. I och med att de politiska fangarna under år 1949 skildes från de kriminella fördes Biedermann till Tajshett, ~~där han införde i läger~~ 5110/37, (^lläger 013 048.) Där sammanträffade han i augusti 1950 med en man med efternamnet Walther, vilken uppgav sig vara svensk medborgare. Biedermann ~~arkiv~~ bodde och arbetade tillsammans med Walther fram till i oktober 1955, da Biederman lämnade ^{Ryssland} ~~läger~~ för transport hem till Tyskland. De hade da ^{dessförinnan} ~~st~~ i november 1954 flyttats till läger 013 i Tajschett. Denna förflyttning innebar, att alla icke ryssar i de skilda lägeren förflyttades till nämnda läger 013. Da Bieder-

Lagerpunkt
~~Lagerpunkt~~

X Beträffande Walthers förnamn kunde Biedermann ej erinra sig detta. Han beskrev Walther som en 35-ars man (född omkring 1920), cirka 175 cm lang, smärt och med mellan-blond harfärg, ovalt ansikte med ganska markerad profil.

mann och övriga tyskar lämnade lägret, hade samtliga fangar fran andra nationer med undantag av ~~xx~~ de japanska lämnat lägret. Utöver dessa fanns dessutom kvar en grupp s.k. statslösa, vilken uppgick till cirka 400 personer. Sammanlagt i hade lägret funnits ungefär 700 ~~fangar~~ internerade.

Biedermanns uppgifter om Walther.

X Walther arresterades i Harbin i Manschuriet någon gång under åren 1945 - 1946 och dömdes till 25 ars straffarbete. Orsaken till arresteringen kände inte Biedermann till, men han papekade, att vid samma tillfälle hade en rad andra utlänningar, vilka vid denna tidpunkt befunnit sig i Manschuriet, bl.a. en schweizisk konsulatstjänsteman, häktats.

Walther hänfördes i lägrät till gruppen statslösa i och med att han arresterats i Manschuriet. Vid fördelningen av röda kors-kort/erhöll Walther ett s.k. östkort, medan t.ex. Biedermann sasom tysk krigsfange fatt ett västkort.

Angående sin familj hade Walter berättat, att föräldrarna vid tiden för första världskriget bosatt sig i Manschuriet men behållit sitt svenska medborgarskap. Savitt Biedermann visste ~~xx~~ Walthers föräldrar i goda ekonomiska omständigheter. Beträffande Walthers yrke kunde Biedermann ej heller lämna någon preciserad uppgift, men han ~~anteog~~ ^{heller} att Walther fortfarande studerade vid tiden för ~~hän~~ häktningen.

hemorten/

Vid tidpunkten för Biedermanns första kontakt med Walther arbetade bada i en byggbrigad, vilken var sysselsatt med husbyggnadsarbeten. Med detta arbete var Biedermann och Walther sysselsatta fram till 1952, da de flyttades över till ~~läger~~ en härdningsavdelning. Arbetet här ~~var mycket dåligt~~ bedrevs under synnerligen daliga sanitära förhållanden. Walthers hälsa försämrades under denna tid. Sedan han i november 1954 flyttats över till lägre 013 blev Walther arbetsplacerad i en bilverkstad. De ^{hygieniska} sanitära förhållandena här var bättre och därigenom förbättrades också Walthers hälsa.

Liksom övriga fangar hade Walther fått tillåtelse att med hjälp av röda kors-kort sätta sig i förbindelse med sina anhöriga. Han hade skrivit till sina föräldrar men ej erhållit något svar.

Biedermann lämnade oss den del av ett röda kors-kort, som är avsett ~~för~~ att återsändas av de hemmavarande till den internerade. Biedermann föreslog, att kortet skulle tillställas Walther och att man därvid skulle använda en privat avsändaradress. Walther skulle på så sätt få möjlighet att själv skriva till denna adress, ~~och~~ varigenom ett bevis för hans existens skulle erhållas. Ännu större utsikter att få kontakt med Walther skulle erbjudas om några röda kors-paket med skilda privata avsändare skickades till honom. Härigenom menade Biedermann skulle Walther med hjälp av de västkort, som han ~~erhåller~~ som en föjd härav ^{med större säkerhet} skulle erhålla, kunna få kontakt med avsändarna. Biedermann hade utöver Walther inte kommit i kontakt med någon annan svensk.

Köln den
(John Magnus Lindberg) (S. Lundström)

P.M.

angående samtal med f.d.överste Horst Kitschmann
hallet onsdagen den 16/11 1955 på Versorgungs-
kurhaus i Bad Reichenhall.

Kitschmann underströk, att de uppgifter han
lämnade oss skulle behandlas strängt förtroligt
och att han räknade med att om hans namn skulle
nämnas i något ^{officiellt}/sammenhang skulle svenska utrikes-
departementet förts taga kontakt med honom. Man
kan inte - menade Kitschmann - utesluta represen-
tationer från rysk sida för den händelse vitterhetsmalet
bleve känt. Han hänvisade till att han under
sin fängelsetid suttit sju månader i ensamcell
som straff för att han för några av sina medfångar
berättat om Langfelder och Wallenberg.

Om sig själv berättade Kitschmann följande.

Han häktades den 21 maj 1945 i Tyskland
och fördes till Moskva, dit han anlände den 21 ju-
ni ~~XXXXX~~ med flyg. Efter att ha suttit en dag i
Lubianka kom han den 22 juni till Lefortovskaja
antagligen till cell 39 eller 40. Under senare ~~halv~~
hälften av juli 1945 flyttades Kitschmann till
cell 105 i samma fängelse. Där satt redan amiral
Krafft och Langfelder. Den sitnämnde satt kvar
i cellen till i november 1945. Kitschmann själv
lämnade cellen den 8 januari 1946, då han överfördes
till Lubianka till en cell i översta vaningen,
där han placerades tillsammans med general Weid-

ling och major Kuhn. I en granncell satt amiral Voss. Den 1 juli 1946 överfördes Kitschmann till ¹²³ ~~XXXXXX~~ cell/i fängelset. Där sammanfördes han med en österrikare, Scheuer. Senare kom amiral Voss in i cellen. Den 28 februari 1947 överfördes Kitschmann ^{- i en cell i III. Stock} anyo till Lefortowskaja; ~~XXXXXX~~ Samtidigt infördes i cellen ~~XXXXXXXXXXXX~~ ^{Samma år} ungerske översten Hatz, och i juni 1947 infördes generalmajoren Mohnke. I denna cell satt Kitschmann till den 27 eller 28 juli 1947, da han vid 11-tiden på kvällen fördes till förhör angående Langfelder. Efter förhöret fördes Kitschmann till en ensamcell i parterrvaningen, där han satt i tre veckor. Under den följande tiden fram till den 23 februari 1948 satt Kitschmann/i ^{ensam} tre olika celler i Lefortowskaja ~~XXXXXX~~ sasom straff för att han ^{för} ~~sed~~ sina medfångar berättat om Langfelder och Wallenberg. Den 23 februari 1948 sammanfördes Kitschmann med Gustav Richter och amiral Tilleysen i en cell i Frauenabteilung i I. Stock. Den 1 april 1950 överfördes Kitschmann till Butirka, där han satt fram till den 29 augusti 1951, da han transporterades till Lubianka. Den 2 oktober 1951 dömdes Kitschmann utan rättegång till 25 ars fängelse. Fram till dess att Kitschmann fördes till Wladimir, dit han anlände den 23 oktober 1951, satt han i ensamcell. I Wladimir placerades han i corpus III cell 6, där han stannade fram till den 7 december 1951, da han p.g.a. sjukdom infördes till corpus II cell 10. I denna cell satt han ensam till den 19 mars 1952, da Gustav Richter på nytt sammanfördes med honom. De ^{båda} /vistades sedan i corpus II i olika ce

?

celler fram till den 11 september 1955, da de överfördes till corpus III, där de blev kvar till frigivandet.

Langfelder.

~~Langfelder hade berättat~~ Kitschmann beskrev
Langfelder som en kraftig/cirka 172 cm lang man
med rödblont/^{hårt}tillbakastruket har, bla ögon, lätt
böjd näsa; alder (år 1945) cirka 30 - 35 år.

Kitschmann kunde ej bländ sex fotografier, varav ett ~~en~~ föreställde Langfelder, känna igen den ~~na~~.

Beträffande Langfelders adress erinrade sig Kitschmann, att en tant till Langfelder var ägare till ett av Budapests största kvarnföretag, vilket drevs under namnet Langfelder.

Langfelders hälsotillstånd såväl som hans ^{sinnestämning}~~humör~~ var vid denna tid gott.

Beträffande Wallenbergs och sina öden hade Langfelder berättat, att de farit för att möta de ryska trupperna. Sedan de fått kontakt med dessa inbjöds de till en by, där de behandlades vänligt. ~~Efterhand hade de~~ Da de önskade fara tillbaka till Budapest blev de ~~får~~ kvarhållna och behandlade som fångar trots protester. I bil fördes de senare till Rumänien, varifrån de därefter ~~fördes~~ transporterades i flyg till Moskva.

~~Kitschmann~~ Beträffande Langfelders ~~senare~~ vidare
öden berättade Kitschmann, att han ~~ihärfarkowskaja~~
~~senare~~ omtala
~~senare~~ hört nagon ~~berätta~~, att Langfelder senare skulle ha suttit i Lefortowskaja. När detta skulle ha varit och vem som var sagesmannen kunde Kitsch-

mann inte erinra sig.

Kitschmann i förhör angående Langfelder.

Som ovan sagts fördes Kitschmann ~~fördes~~ den 27 eller 28 juli 1947 vid 11-tiden på kvällen till förhör. Förhørsledare var en överste, ~~Abtei-~~ lungsleiter, i utrikesdepartementet. Vid förhöret deltog ~~dessutom~~ en major, Unterabteilungsleiter. Deras namn fick Kitschmann aldrig veta.

Kitschmann tillfrågades först tillsammans med vilka han delat cell. Da han nämnde Langfelders namn, ^{denne} fragade förhørsledaren vad ~~Langfelder~~ berättat för Kitschmann. Han hade da i huvudsak återgivit det som Langfelder omtalat för honom. ~~Därefter tillfrågades Kitschmann om vilka dessa personer var som han hade delat cell med. Han svarade att han inte kunde säga något mer.~~ ~~Därefter tillfrågades förhørsledaren om vilka dessa personer var som han hade delat cell med. Han svarade att han inte kunde säga något mer.~~ för Förhørsledaren begärde därefter få veta vilka av medfangarna Kitschmann i sin tur berättat om Langfelder och Wallenberg. Kitschmann hade därvid angivit följande ~~namn~~: Scheuer, Weidling, ~~Hak~~ Kuhn, Voss, Hatz och Mohnke. Förhørsledaren hade avslutat förhöret med att säga, att härnäst inget finge sägas om Wallenberg och Langfelder.

^{fick} Som ovan nämnts ~~var~~ Kitschmann därefter sitta i ensamcell i cirka 7 månader.

Scheuer.

Scheuer var den förste som för Kitschmann berättade om Wallenberg. Kitschmanns uppfattning ^{var} ^{ansag} om Scheuer ~~är~~ negativ. Kitschmann ~~ansag~~ det finnas anledning misstänka att Scheuer var spion åt ryssarna. Kitschmann uppmanade därför till en viss försiktighet vid en kontakt med Scheuer, Denne

hade för Kitschmann uppgivit sin adress vara
Porzellangasse 48, Wien.

Angående cellen i Lefortowskaja i III! Stock.

I denna cell satt ~~Kitschmann~~ ^{februari} sasom nämnts ovan
under tiden 28~~7~~ 1947 - 27 eller 28 juli samma ar.
Cellen var den tredje fran trappan räknat. Under
kortare tid hade Kitschmann och hans cellkamrater
förbindelser med ~~den~~ ^{den enda granncellen} fjärde cellen fran trappan
räknat. ~~Är~~ I denna cell satt bl.a. Rösstel och
en Volksgruppenführer fran Rumäninen. Förbindelser-
na med fangarna i vaningen nedanför fungerade
ej riktigt.

+ + + + +

Langfelder utförde med hjälp av tränalar, vil-
ka han själv tillverkade, vackra sömnadsarbeten.
~~Da~~ ^{befann sig} Kitschmann/i samband med förhöret den 27 eller
28 juli 1947 ~~befann sig~~ i ensamcell i parterrva-
ningen i Lefortowskaja. I samma rad lag ytterligare
fem - sex likadana celler. Da Kitschmann efter
ett besök på toaletten passerade raden av celler,
stod en av dörrarna öppna. Ingen befann sig i cel-
len, men på golvet stod ett par vackra tofflor,
vilka mycket väl kunde vara sydda av Langfelder.

+ + + + +

Fängelseledningen i Lefortowskaja.

Obert Gt Weindorf
Kujin Daniel
Själän Solomon

Bräskande för Lorentzon från
Bayernhålle

Allen außer betete München 3-4

december enligt uppgift om vi

Orion den 25 november. Ellen ~~kom~~

~~med~~ ~~använda~~ ~~använda~~ ~~från~~ Kört i kvällen eller

i morgon.^x ~~Infanta~~ Vi har inte hört

Ngày nay một trái tim còn.

X efter att ha uppehållit sig några
dagar i Rukonmädet.

Herrn General Hansen

Bad Oeynhausen

Sanatorium im Kurpark

Sanatorium P General Hansen
Bad Pyrmont
Hansen
Hanselmann Rosch
~~Sanatorium Hansen~~ Tel. 45669

Tel. 21/4

Laurentz

4 Jula 388/14 sat
fö sent som fö ngr wa-
nad sedan Tannvelius
erhållt keine Pabete bar
negen frib. utåt för ej
flera längre ngriftshin-
bar i Berlin, heter CHRIS-
GFOLETTI, GUALTIERO, född
i dieran. Bor Berlin-Dabben
hos Noda Kiset Helffench-
str. 74

Fr. boll. lantst ngr,
som fannne van, MARINUS
VAN VEINGAARD, HERLSHE
IDE, HERLEN/L som ligger
vid HEICORJSVEG bei AME-
LUNGEN, Holland.

Clem. meddelat 16/11
i ar i lagret WOIKOIVO m
5.110/48 fanns en man, som

L. ej. bar søn, heter Ni-
colai i fadren, f. 18. sep-
ter bar i strængs heter
Tatiana Hamilton

12 fæmme, 2 cup, 2
beeg, 4 boll, 2 it
grupper aulande 18/11
tes Berlin

Stutligen war -
Stute en apptechung
en Bergenskiöle ang.
~~et~~ et samtal, som han
på begrean en Lindberg
en Lindström, boft med
en vis Fritz Klausch.

Reh.

Express

1 bil.

Broder, (Herr Sebastianen J.
Forentgen Hotel zur
Sonne, Pödingen)

Härmed ber jag på över-
lämna omskr. om en i dag
inskräddad skr. från be-
sulatet i diuretiska jänte bi-
logen, inskräddade en upp-
teckning om vissa uppläp-
ningar lämnade om en Herr
Germann Weiss vid besök av
beulatet den 18 dennes. Weiss,
som följt underkastat upp-
teckningen, återkom en ryck
fångenskap den 2 dennes okt.
1955.

U. D. har underkastats

(u) för

Cliffer

UD

~~Idet 78.~~ Lorentzen meddelar
18 dennes anlände Berlin grupp
om 12 fransmän 22 fransmän engels-
män belgier holländare itali-
enare som hade varit identisk
Idet 78 nämnd. grupp. Lorent-
zen ^{som} /erhållit del ~~de~~ upplysning-
ar lämnade om de 22 ~~personer~~ med
delar följande om intresse:

Primo. ~~Itali~~ Italieneren Gualtie-
ro Chrisofolletti född i Merano
har upplyst att Tammelinus finns
i läpset Inta 388/14 så sent som
fö några veckor sedan. T. erbjöd
ingen påhet hade ingen förbindelse
med yttervärlden fick ej längre
skriva. Chrisofolletti vistas f.n. hos
Kädo Komet, Hefferichstrasse 79,
Berlin - Dahlen

Secundo. Chrisofolletti vidare
närvarit i läpset ~~Wickoivo~~ ~~no~~
5110/48 finns en man med f.n.
~~Nicola~~ även hollän-
daren Marinus van Veingaard

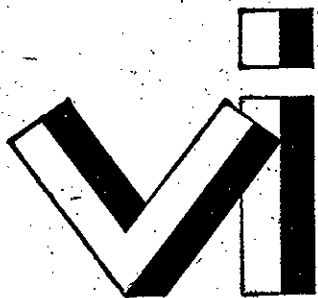
har lämnat uppgifter om Tam-
belius, Veingaards adress i Holland
är: Herlsheide, Herlen/L, som lig-
ger vid Heicorjsweg bei Auelungen.

Tertio, Chrisofolletti vidare
uppgifter i läget Woikovo nr
5110/48 finns en man med för-
namnet Nicolai född 1918, som
sagt sig ha en syster vid namn
Tatiana Hamilton bosatt i Åkäng-
näs.

Lorentz av försäljare Tammi
annodas kontaktta Chrisofolletti

K-m

Utgivarekorsband



**VECKOTIDNING
STOCKHOLM**

R.Ph.

VIA HAMBURG

Herrn Minister Ragnar K u m l i n
Königl.Schwedische Gesandtschaft

Ulmenallee 96

in K ö l n - Marienburg

Deutsche Bundesrepublik

Västtyskland

Fallet Raoul intet mysterium

Rudolph Philipp

den man som hela tiden lett aktionen för att få Raoul Wallenberg fri tar här till orda för första gången efter den stora redogörelsen i Vi nr 2 i år. Han lämnar viktiga uppgifter baserade på hittills opublicerade vittnesmål.

Den aktuella anledningen till att jag efter samråd med Raouls mor Maj och gode man Fredrik von Dardel och aktionens ordförande Birgitta de Vylder-Bellander nu efter tio månader åter bryter tystnaden är följande två händelser:

1. Den 13 oktober slog regeringsorganet MT stort upp ett påstått intervjuuttalande av statsministern, som därefter citerades såsom ett officiellt uttalande i TT:s morgonnyheter och i tatrika in- och utländska tidningar. Enligt MT skulle Tage Erlander ha sagt: »... att det sedan Raoul Wallenberg försvann för tio år sedan kommit en rad uppgifter och uppslag, men detta sista förefaller att vara mer seriöst än något av de tidigare.»

Samma dag införde Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning en intervju med mig, i vilken jag karaktäriserade ifrågavarande skrivelser kring den tyske journalisten Heinz Bornschein bland annat på följande sätt: »De uppgifter som pressbyråerna nu spritt och där mycket nonsens blandats med mycket liten sanning är inte sådana att vi kan fästa något större avseende vid dem, eftersom vi själva har ett betydligt bättre verifierat material till förfogande. När dessa tredjehandsuppgifter kan väcka ett sådant uppeende hos svenska folket och över hela världen, kan man lätt föreställa sig, vilken storm det skulle bli om vi i en vitbok publicerade alla de bevisade förstahandsuppgifter vi har samlat.»

Fem minuter efter det jag i morgonnyheterna hört statsministerns uttalande i MT, förklarade han själv för mig: »Hur kan någon tro att jag skulle ha sagt en sådan dumhet! Hur skulle jag kunna bedöma värdet av en tidningsuppgift innan vi provat sanningshalten?»

Jag ringde omedelbart upp MT:s chefredaktör: »Begriper du inte att detta påstådda in-

tervjuuttalande saboterar regeringens arbete för Raouls befrielse? Upprepade gånger har regeringen skriftligen och muntligen talat om för sovjetmyndigheterna att vi på grund av vederhäftigt och ovederläggligt bevismaterial vet att Raoul Wallenberg sedan januari 1945 befinner sig i effektivt sovjetiskt förvar.»

Trots att statsministern vid sin sedvanliga presskonferens samma dag dementerade det av mig ovan citerade påstådda yttrandet, rättade varken MT eller TT till den förfälskade ordalydelsen.

2. Den 2 november yttrade utrikesministern i höstremissdebatten beträffande fallet Raoul Wallenberg bland annat:

»Jag tog upp frågan vid mitt besök i Sovjetunionen 1954 och därefter tillställde vi utrikesdepartementet där *det material som då fanns tillgängligt*. Senare har gjorts nya framställningar i saken. Från Sovjetunionen svarades tidigare att Wallenberg inte fanns där. Till de senaste svaren har dock fogats en uttrycklig försäkran om att skulle han anträffas kommer han att återsändas till Sverige. Vi betraktar detta som ett löfte och kommer självfaller att göra allt vad vi kan för att försöka lösa mysteriet Wallenberg...»

Detta högst auktoritativa uttalande behöver för sakens skull ett förtydligande:

Aldrig har vi för Sovjetmyndigheterna lagt på bordet *»det material som då fanns tillgängligt»*. Redan hänsynen till ännu i Sovjetunionen befintliga vittnen gjorde detta omöjligt. Däremot skickade UD i slutet på september 1954 till UD i Moskva svar på frågor, som sovjetiska regeringsmedlemmar anmodat utrikesexcellensen att besvara för att underlätta deras ansträngningar för att hitta Raoul. Det rörde sig här om meddelanden om i vilka sov-

jetiska fängelser Raoul hade befunnit sig vid vissa angivna tidpunkter.

Detta är de två aktuella anledningarna till att jag nu bryter min tystnad. *Det huvudsakliga motivet* här till ligger dock djupare.

Skulden till att vi förlorat så mycket tid i vår räddningsaktion under de fyra år som UD — representerat genom kabinettssekreterare Arne S. Lundberg — och Raouls närmaste — representerade genom mig — samarbetat ligger i lika hög grad hos oss som hos Sovjetunionen. Mer än sex månader tog det ibland för oss att bemöta undvikande sovjetiska svar.

För att inte bryta mot de enda inskränkningar i friheten att skriva som gäller för mig som för alla medborgare, nämligen de som sekretesslagen stadgar, vill jag som signifikativt för vår Moskvaambassads funktion som boms bara anför ett exempel av många:

Omedelbart efter publicerandet av Vi-artikeln i januari fördrade Raouls familj genom mig att den goda atmosfär skulle utnyttjas, som vi visste att artikeln hade skapat i Kreml.

Promemorian från september 1954 skulle utvidgas genom konkreta bevis, och eftersom ryssarna gärna på nytt hänvisade till Vysjinskis svar från augusti 1947 skulle UD på ett förbindligt sätt påpeka de motsägelser i denna not vilka aldrig påpekats från UD:s sida. Trots att jag i sex års tid och sedan UD de sista åren alltid skriftligen och muntligen hade talat om att Raoul finns och fanns i vissa fängelser, heter det i Vysjinskis svar att Wallenberg inte kunde hittas i läger för krigsfångar eller civilinternerade. — Alltid hade jag förklarat att Raoul inte behandlades som tvångsarbetsare utan som privilegierad statsfånge. Energiskt tog jag avstånd från svenska tidningars sammanblandning av Raouls och tvångsarbetsarnas läge.

Denna av oss föreslagna svenska not avräddade vår Moskvaambassadör ifrån. I stället föreslog han att Raouls mor skulle skicka en nådeansökan till marskalk Vorosjilov, den sovjetiske statspresidenten. Raouls mor gick inte med på att be om nåd för sin son, en kämpe mot fascismen och för humaniteten. Detta skulle vara ett underförstått erkännande att hennes son skulle ha begått något brott mot Sovjetunionen. Därför ändrade hon ordet *nåd* i Sohlmans utkast till *rättvisa*. Ambassadör Sohlman godkände denna omformulering.

Samma dag skickade vi denna ansökan som rekommenderat brev med mottagningsbevis till marskalk Vorosjilov. Och åtta dagar senare hade vi mottagningsbeviset i handen, underskrivet av marskalkens adjutant. Något svar har Raouls mor dock inte fått den dag i dag är.



Heissens ministerpresident G. A. Zinn i samtal med författaren R. Philipp.

Den av oss föreslagna utförliga noten har inte heller blivit avsend.

Jag vet att en så skicklig diplomat som ambassadör Sohlman, som under åtta års tjänstgöring i Moskva förvärvat så utomordentliga förbindelser, representerar en stor tillgång för vår utrikesledning. Men denna väluppföstrade, vänlige och hos Sovjets ledarskikt på grund av sin artighet så välsedda ambassadör har i saken Raoul Wallenberg stampat på samma fläck i åtta långa år.

De ledande i Ryssland har väl lärt sig att i skrift använda diplomaternas blomsterspråk, men de tycker om att i samtal tala fritt ur hjärtat utan krusiduller och krumbukter, och de tål också få höra samma språk. Men jag misstänker att de felaktigt Sohlmans överdrivna svenska artighet.

En moskvaambassadör, mindre intelligent och mindre skicklig än Sohlman och med sämre personliga förbindelser till de styrande i Sovjet, kunde knappast ha uppnått så bra resultat.

När den av oss fordrade noten sköts upp ytterligare, förtröstade vi på att de folkvalda vid den bebadade riksdagsresan till Moskva klart och energiskt skulle tolka svenska folkets bestämda önskan att omedelbart få Raoul Wallenberg tillbaka.

Gustaf Nilsson är väl karl för sin hatt och kunde i enrum uttrycka denna obrytliga vilja hos Sveriges folk för statsminister Bulganin och statspresidenten marskalken Vorosjilov. Båda dessa herrar förfogar över duktigare tolkar än vår moskvaambassad.

Också han fick sannolikt instruktioner av Sohlman och hade honom som barnjungfru vid sin sida vid dessa viktiga möten.

Kom inte med att detta är diplomatisk kutyrm vid besök av så viktiga representanter för utländsk opinion! Det finns tillräckligt med precedensfall från avspänningsperiodens tid, där lika framstående utrikesdelegater utan närvaro av sina länders ambassadörer talade fritt ur hjärtat med de ryska värdarna på högsta plan.

Så blev också talman Nilssons intervention blott en vacker gest.

Och vad gjorde vi under tiden?

Trots att vi hade tillräckligt med bevismaterial för att övertyga dem som makten hava över Raouls liv att varje ytterligare uppskjutande endast kunde skada både den sovjetiska och den svenska regeringens prestige, arbetade vår utredningsmaskin med allt större intensitet och effektivitet.

Vi fick allt mera och mera bevismaterial på att Raoul och hans chaufför hade häktats samtidigt i Budapest och förts till Moskva, där de skildes från varandra och sattes in i Moskvas största rannsagningsfängelse.

Men det var som att rationalisera ett bageri så att allt fler bröd kunde bakas dagligen för att lagra limpor i i stället för att skicka ut dem till konsumenterna.

Dygnen runt arbetade kabinetssekreteraren och jag för att organisera och instruera de bästa utredningsmän som fanns i Sverige för att spåra upp vittnen och förhöra dem utan att ställa ledfrågor eller suggerera dem till något svar.

Så fick vi fram detaljer, som varken Raouls närmaste eller jag haft kännedom om men som med mycket besvär kunde verifieras genom helt ojäviga vittnen.

Vi fick till exempel av vittnen höra att Raoul — när han fann en vänligt sinnad fängelsevakt — skickade över sin cigarett-ranson till sin chaufför och handsekreterare Langfelder. Denna detalj blev trovärdig först sedan vi fått fram att Raoul redan före sitt tillfångatagande i Budapest inte brukade tobak.

När de ryska fångvaktarna beordrade de fångar, som hade tå- och klackjärn på skorna, att skruva loss dem och sedan tog hand om dem för att hindra fångarna att av dem göra skärverktyg, med vilka de kunde göra hål i skiljeväggarnas bräder på fängelsets promenadgård, genom vilka skiljeväggar de olika cellernas fångar isolerades från varandra, protesterade Raoul som enda diplomat framgångsrikt och fick behålla sina skodon orörda. Detta



Raoul Wallenberg som instruktör för Stockholms hemvärn 1943.

»hjältedåd» av svensken spreds som en löpeld, bland de privilegierade fångarna från Moskva till Irkutsk. Men för att kunna verifiera detta måste vi få fram, att han vid tiden för sitt omhändertagande verkligen hade sådana skor.

Hemvändande fångar berättade för våra skolade fältarbetare att Raoul alltid var glad och visslade och också höll sina medfångars mod uppe. Och medan dessa med ångslan väntade på varje förhör, måste Raoul tjata i årtal för att äntligen bli förhörd före domen, som rutinmässigt beslutades och avkunnades i den åklagades frånvaro. Men under tiden bombarderades han enligt vittnen centralinstanserna med inlagor som han avfattade på franska. Men eftersom han inte kände till hur man skulle titulera de höga herrarna på franskt diplomatspråk, hjälpte honom tyska diplomater med detta.

När avspänningsperioden kom och humana fängelsedirektörer till och med uppmanade tyska fångar i fjärran Sibirien att skicka nådeansökningar till Moskva, så svarade tyskar: »Vad skall det hjälpa oss, när inte ens den svenske diplomaten har haft minsta framgång med sina inlagor.»

Detta arbete med att foga ihop pusselbitarna och instruera våra medarbetare på fältet kostade kabinetssekreteraren under månader stora delar av hans fritid och erfordrade många gånger samtal med mig vid midnatt. I årtal har jag natt för natt lyssnat på utländsk radio för att på morgonen kunna tala om för Lundberg, om det kommit fram något nytt rörande från Ryssland hemkomna fångar. Ty varken UD eller beskickningarna utomlands hade råd att på skattebetalarnas bekostnad »inrätta» en sådan avlyssningstjänst för Raouls skull. För att variera ett känt Churchillord: Aldrig har någon »UD-sakkunnig» arbetat så mycket för så lite. Ty jag har under årtal arbetat dygnet runt för »UD:s» efterforskningar utan minsta lön. (Ej heller har vare sig jag eller aktionen fått ett öre från »Wallenbergarna».)

Men jag hjälpte UD inte bara vid den centrala ledningen av utredningsarbetet. När sådana problem uppkom som varken UD:s folk här eller på platsen eller regeringens kriminal-expertis kunde klara av, var det självklart att jag omedelbart fick ge mig ut för att reda ut härvan, till och med på av ryssarna kontrollerat område.

I dag förfogar vi inte endast över noga kontrollerade vittnesmål av f. d. fångar, som hade mångårig kontakt med Raoul genom knackningstelegrafi, utan även över vittnen, som själva har suttit i samma cell som Raoul respektive hans chaufför Langfelder, och över ännu fler vittnen, som själva talat med Raoul från sina celler genom tomma vattenledningsrör, när det blivit stopp i vattentillförseln. Att vi fått fram så många vittnen beror framför allt på att Raoul var den ivrigaste och mest orädd »telegrafisten» och att han trots vakt-posternas protest flitigast använde sig av de tomma vattenrören för samtal med medfångar, vilket hade som följd att han av alla fångar oftast blev flyttad från cell till cell, från etage till etage, från fängelse till fängelse. Så har vi kunnat få fram vittnesmål på en och samma detalj från vittnen, som aldrig vetat om varandras existens.

Till slut vill jag be alla som talar eller skriver i ansvarig ställning: Låt äntligen bli att tala om »Raouls försvinnande den 17 januari 1945» och om »mysteriet Raoul Wallenberg» och om »intressanta spår», ty vad UD och vi förfogar över är välkontrollerade fakta, är entydiga bevis.

För f. d. utrikesminister Günther och för alla i UD som hade studerat de officiella akterna och mina publikationer finns sedan 1945 inget mysterium beträffande Raoul Wallenberg.

Enhetsfronten måste förbli obruten mellan svensk opinion och Raouls mor och gode man och Raoul Wallenberg-aktionen och författaren å ena sidan och svenska regeringen och utrikesledningen å andra sidan. Och samarbetet mellan UD och mig måste bestå friktionsfritt såsom hittills, tills Raoul Wallenberg levande är tillbaka i sitt hemland.

Men svenska regeringen måste nu omedelbart till Moskvas UD på ett sätt som inte sårar Sovjets prestige överlämna åtminstone en del av vår dokumentation.

LIST OF MAIN OBJECTS SHOWN

Name of Building etc. Shown

Map
Section

I. GENERAL

1. Moscow Soviet	C-3
2. All-Union Council of Trade Unions	F-4
3. U.S.S.R. Arts Committee	C-1
4. International House Office	C-1
5. Committee for Radiofication and Broadcasting	B-3
6. State Bank of the U.S.S.R.	C-1
7. All-Union Chamber of Commerce	C-1
8. Ministry Department Store	C-1
9. Central Telegraph Office	C-1
10. General Post Office	C-1

II. SCIENTIFIC INSTITUTIONS, UNIVERSITIES, ETC.

11. Academy of Sciences of the U.S.S.R.	F-4
12. All-Union Institute of Experimental Medicine (V.I.E.M.)	F-4
13. Stalin All-Union Industrial Academy	B-3
14. Lenin All-Union Academy of Agricultural Sciences	B-3
15. Academy of Architecture	C-1
16. Marx-Engels-Lenin Institute	F-4
17. Historical-Philosophy and Literature Institute	C-1
18. First Moscow State University	E-1
19. First State Medical Institute	F-4
20. Plekhanov Institute of National Economy	C-1
21. Central Institute for the Protection of Mother and Childhood	D-4
22. Shklovsky Medical Emergency Institute	B-4
23. Graphic Arts Institute	C-1
24. A. V. Lunacharsky Theatrical Arts Institute	C-1
25. Conservatory of Music	A-1
26. Institute of Chronography	A-1

III. THEATRES

27. State Academic Order of Lenin Bolshoi Theatre	C-1
28. Branch of the Bolshoi Theatre	C-1
29. State Academic Order of Lenin Maly Theatre	C-1
30. Superior Branch of the Maly Theatre	D-1
31. Moscow, Order of Lenin and Red Banner Gorki Academic Art Theatre	C-1
32. Branch of the Gorki Academic Art Theatre	C-1
33. Central Red Army Theatre	C-1
34. Theatre of People's Art	C-1
35. Vakhtangov Theatre	C-1
36. Kamerny Theatre	C-1
37. Stanislavsky Theatre	C-1
38. Nemirovich-Danchenko Musical Theatre	C-1
39. Theatre of the Revolution	C-1
40. Theatre of Satire	C-1
41. Moscow Soviet (Moscow) Theatre	C-1
42. Termezov Theatre	C-1
43. Fine Workers' Theatre	C-1
44. Railway Transport Theatre	C-1
45. Leninist Theatre	C-1
46. Theatre of Operetta	C-1
47. Moscow, State Cyprian Theatre	C-1
48. Moscow, State Jewish Theatre	C-1
49. Theatre of Workers Youth (T.R.V.)	C-1
50. Moscow House of Amateur Arts	C-1
51. State Central Theatre of the Young Spectator (M.T.U.Z.)	C-1
52. Third Children's Theatre	C-1
53. Theatre at the Palace of Pioneers	C-1
54. Central Puppet Theatre	C-1
55. First Moscow Puppet Theatre	C-1
56. Grand Hall of the Conservatory	C-1
57. D. M. Sayasov, Hall of Columns	C-1
58. Concert Hall of the State Musical Ensemble of the U.S.S.R.	C-1
59. State Circus	C-1

IV. PALACES OF CULTURE AND CLUBS

62. Palace of Culture of the Stalin Auto Works	F-4
63. Palace of Physical Culture	A-1
64. Artillery Club	C-1
65. Club of Masters of Art	C-1
66. Scientist Club	C-1
67. Arts Workers Club	C-1
68. Artists Club	C-1
69. Journalists Club	C-1

V. PARKS AND STADIUMS

70. Gorki Central Park of Culture and Rest	E-1
71. Stalin Park of Culture and Rest	F-4
72. Sokolniki Park of Culture and Rest	F-4
73. Turgenev Park of Culture and Rest	C-1
74. Krasnaya Prosveta Park of Culture and Rest	A-4
75. Franco Central Red Army House Park	F-4
76. Novobulovskiy (former Otkazhnik) Park	B-3
77. Buznitsa Gardens	E-2
78. Mandelstam Park	B-3
79. Likhoborskiy Gardens	B-3
80. "Aquarium" Gardens	B-3
81. "Therapeutic" Gardens	B-3
82. "Dinamo" Stadium	F-4

83. "First of May" Stadium	C-1
84. Young Pioneers Stadium	A-1
85. "Burevestnik" Stadium	A-4
86. Hippodrome (Race course)	A-1
87. Botanical Gardens	A-4
88. Zoological Park	C-2

VI. CINEMAS

89. "Pervy" Cinema Theatre	C-1
90. "Udarnik" Cinema	D-1
91. "Metropole" Cinema	C-1
92. "Moskva" Cinema	B-3
93. "Khudolubovskiy" Cinema	C-1
94. First Children's Cinema	D-1

VII. MUSEUMS

95. Lenin Museum	C-4
96. Museum of the Revolution	B-3
97. Red Army & Navy Museum	A-4
98. Historical Museum	C-4
99. Branch of the Historical Museum (former cathedral of Basil the Blessed, XVIII century)	D-4
100. House of the Boyar Museum (XVIII century)	E-1
101. Museum of the former Novodevichy Convent	D-1
102. "A. S. Pushkin" Museum of Graphic Art	D-1
103. Museum of Modern Western Art	D-1
104. State Tretyakov Art Gallery	E-4
105. The Bakhrushin Theatrical Museum	F-4
106. Museum of Serf Crafts, Pushkinskoye (former Otkazhnik)	D-2
107. Serbin Museum	D-2
108. Gorki Museum	D-1
109. Leo Tolstoy Museum	E-2
110. L. Tolstoy Museum-Estate	D-3
111. Literary Museum	D-2
112. Protection of Mother and Childhood Museum	C-4
113. Polytechnical Museum	B-2
114. Planetarium	C-4
115. Timber Industry Museum	C-1
116. Museum of the Institute of Arts and Crafts Industry	C-1
117. Museum of Eastern Culture	A-1
118. Anti-Religion Museum	A-1

VIII. EXHIBITIONS

119. The U.S.S.R. Agricultural Exhibition 1959	F-4
120. The U.S.S.R. Maritime Exhibition	F-4
121. The U.S.S.R. Exhibition	F-4

IX. LIBRARIES

122. Lenin Library	C-1
123. Foreign Literature Library	B-1
124. Theoretical Library	C-1
125. Conservatory of Music Library	C-1

X. MONUMENTS

126. The Lenin Mausoleum	C-1
127. Monument to the February Revolution	C-1
128. Monument to Liberty	C-1
129. Statue of Pushkin	C-1
130. Statue of Timiryazev	C-1
131. Statue of Vorovsky	C-1
132. Statue of Ostrovsky	D-1
133. Statue of Lenin	C-1
134. Statue of the First Premier, Ivan Fyodorov	C-1
135. Statue of Minin and Pozharsky	C-1
136. Hall of Honour of Shock Workers of Collectivization	B-4

XI. HOTELS

137. National	C-1
138. Metropole	C-1
139. Novosmoskovskaya	C-1
140. Savoy	C-1
141. Moskva	C-1

XII. RAILWAY STATIONS, ETC.

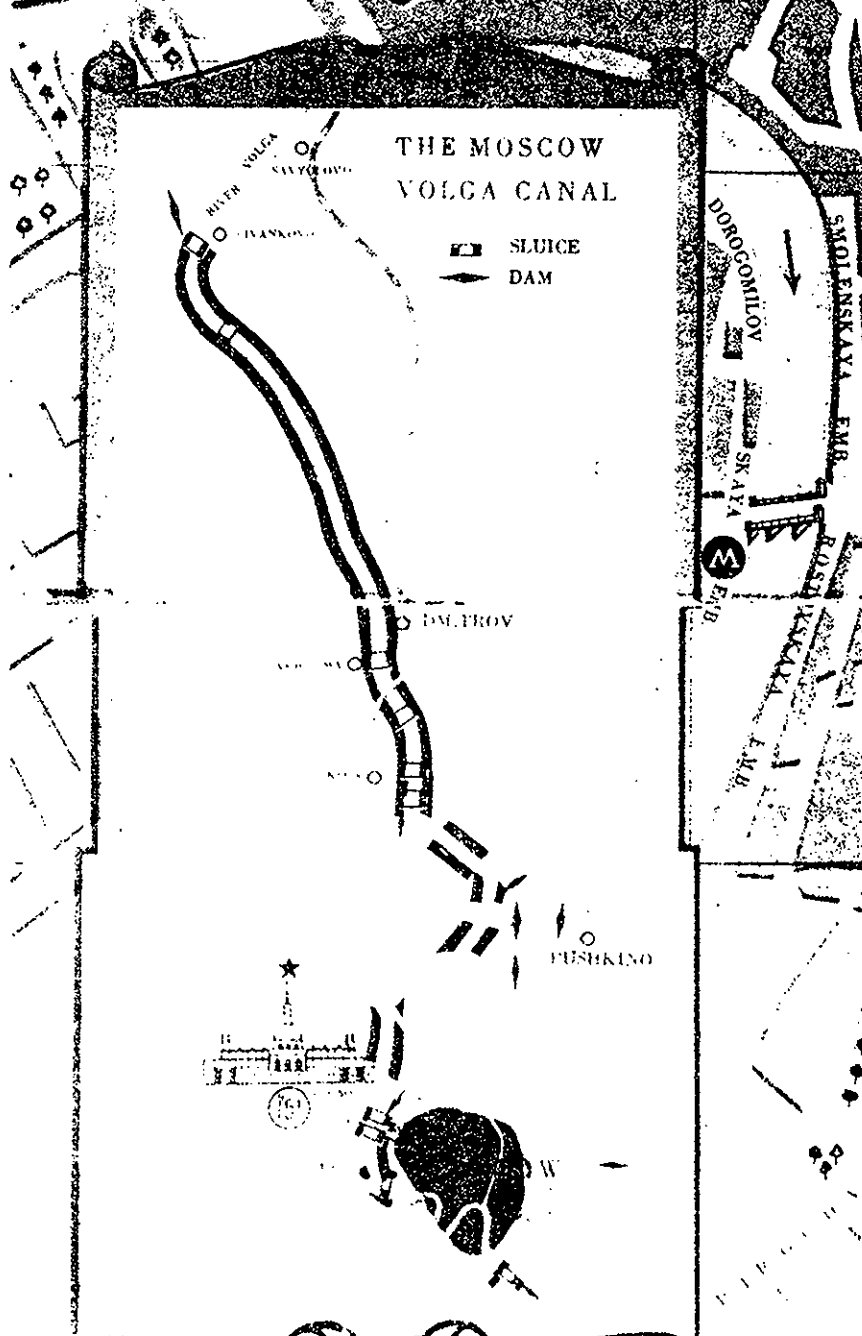
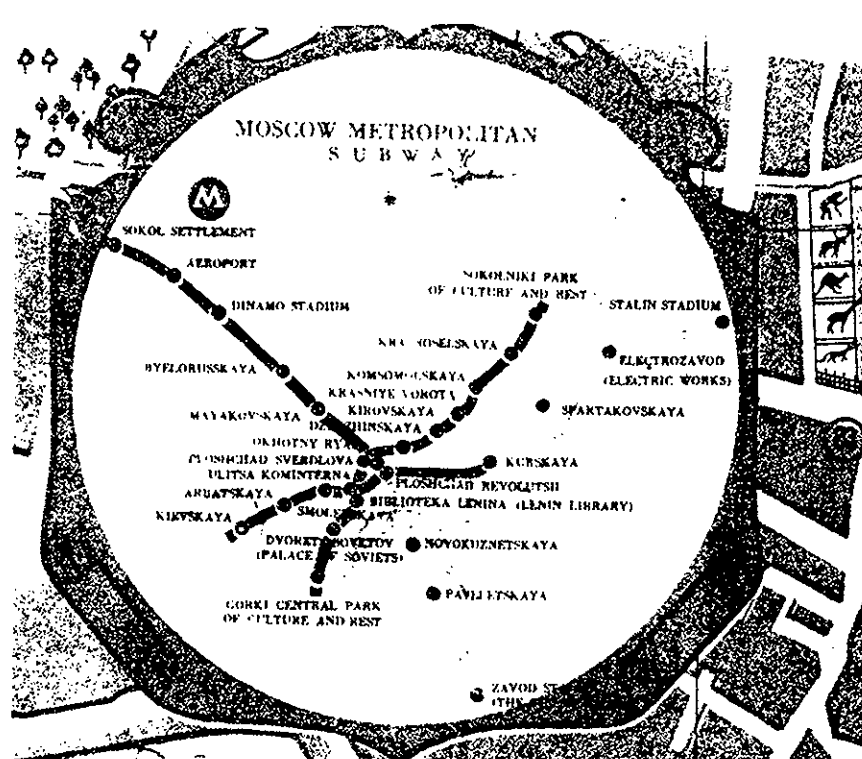
142. Byelorusskiy Station	B-1
143. Leningradskiy Station	A-1
144. Yaroslavlskiy Station	A-1
145. Kazanskoy Station	B-1
146. Kurskiy Station	C-1
147. Pervotokskiy Station	F-4
148. Kievskiy Station	F-4
149. Smolenskoy Station	F-4
150. Rylovskiy Station	F-4
151. Khimki Passenger Port	F-4
152. Airport	F-4

XIII. MISCELLANEOUS

153. House of the U.S.S.R. Council of People's Commissars	C-1
154. House of the People's Commissariat of the Light Industry	B-1
155. The Newspaper "Pravda" Buildings	A-1
156. Newspaper "Izvestia" House	B-1
157. History-Kitchen No. 1 and No. 4	A-1
158. New Residential Buildings on the Gorki Street	C-1
159. Monash	C-1
160. Metro Station	C-1
161. Small-scale Map of Moscow	F-4



1947



Starke

Briefe

-
- 20 Amster, Otto
 - 21 Ditrich, Bernt
 - 22 Gents
 - 23 Hengstenberg
 - 24 Keitel, Ernst Wilhelm
 - 25 Krafft, Kanteramiral
 - 26 Krohner
 - 27 Langer
 - 28 Lorke, Paul
 - 29 Loyda
 - 30 Monle
 - 31 Parschau
 - 32 Röllinghoff
 - 33 Rösstel
 - 34 Stelzer
 - 35 Stritsky
 - 36 Sthyer
 - 37 Tiede
 - 38 von Zamory, Joachim

Lorenz

Hotel zur Sonne
Föttingen

Tel: Föttingen 23938

P. M.

Kungälv 14/11 kl. 15.30
Mr Leusch, Sachverständig-Beit-
steller, Bonn, och meddelade
att två medhjälpare till So-
rensen, Mr L. S. L., befinner
sig i Bayern och 15/11 anha-
de nyssnåda Sachverständigens ord,
i München, Leusch lovade
på min begäran att ge oss
underåtta München och med-
delade att L. S. L. kunde vara
sy till därvarande chef,
dr. Pasewaldt

/ P. M.

LINDBERG

LUNDSTRÖM

Tel. 14/11

Lindberg: Klara i Mün-

chen. - Vi telegraferar

t. Reichlesgöden

Adressen är Bad

Reichenhall Wannerstrasse

23, ämste Horst Kutschmann

Lsh:s adress: Hotel Vier
Jahreszeiten, München

För om Lsh kan
vandra sig t. v. beklagast
i München

Tex. & Adley, N. C. Aug. 13/11

Att. B - c

Kolla an van
an beina 7 on
Jocan. 15:8 exp. 8.

f KLAUSCH

Cheney

Friedrich

Duisburg

Meidrich (148

Ernenster

2 Lr 2 angest. für Besuch am res
nearast

9/ Introduct. i München. bes.
Scherbelenst. L. m. eller
bevæller omkring 4. Mün.
chen. Tirsdag el. onsdag ga
de rupp i hertogehet
Antaght. Hotel Vier Jahreszeiten

Tel. 10/13

Leidberg, Friedland

bet varken mer eller
mindre an fönt.

Fru Wahländer

Obs!

L & L: s bartolich

Tel. 9/11.

Hindberg : nu i lesen,
Hoteles Verenshans, stan-
var dan over vatten,
barnen t. koln tors-
dag brall. Vell ba
shinbjöls fredag

Del 5/11 Linnberg

Felns-festbæres i. Pööringen
~~Zur Linnberg~~ natten till
söndag

Zur Linnberg i. Pööringen
natten till söndag

Pö söndag sällman
troffa de med v. Rosen.

Ols!

Idag var en Lorent-
zons ev. medresa.
Kontrollerna här det
blev lödagen 12 var.

Del. 7/11

~~Foto~~

Lindberg: På väg em

Dortmund. Sedan em

Oldenburg. Nästen

+ - torsdag i Dortmund,

anlagt. Hotel Bender,

Ragdoll om avskedet.

i Bonn - samskilt med

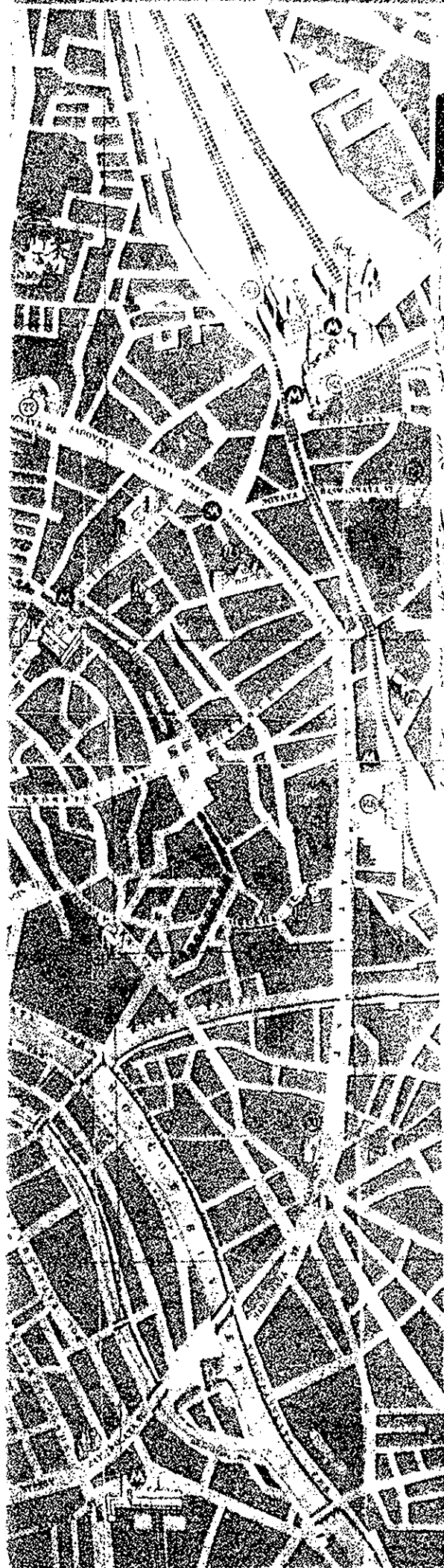
taube på en bantalt

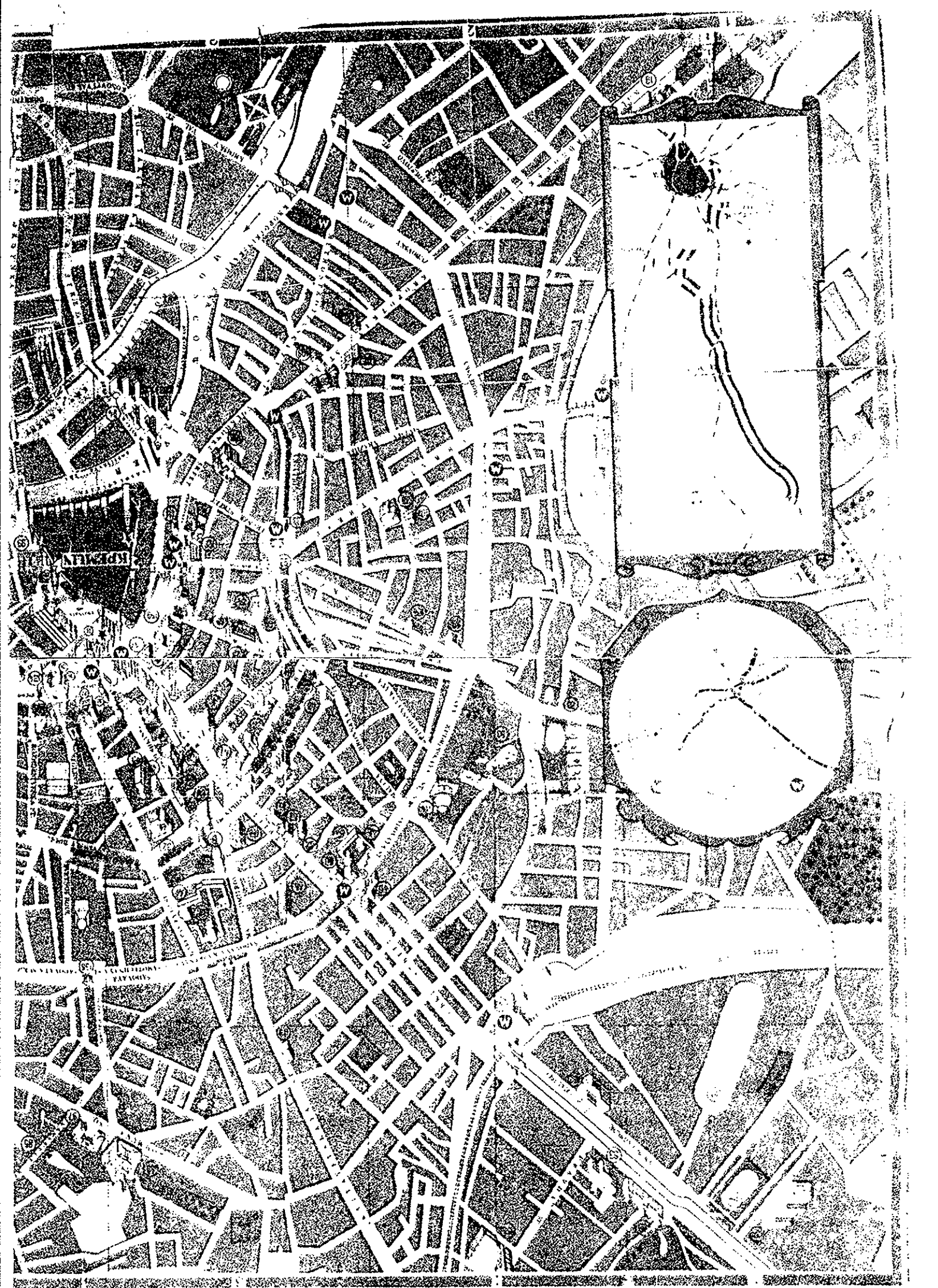
med Herrt.

Tel. P/V

Lundberg: Nu i Olden-
burg. Vi i e. m. Boden-
st. Torsdag sent på
kvällen kommer L + L
tre kör.

MOSCOW





Vi väntar inte längre

När statsministern i fjol tackade ja till inbjudan att besöka Sovjetunionen var författaren till denna artikel överens med regeringens och utrikesledningens befälsmyndiga i saken Raoul Wallenberg — dåvarande kabinettssekreteraren Arne S. Lundberg — att resan inte skulle sammankopplas med den sedan länge utlovade energiska diplomatiska aktionen för att få hem Raoul Wallenberg.

Men resan uppsköts från januari till påsk 1956 och ändrades på Moskvas begäran från ett privat- till ett statsbesök. Enligt svensk tradition är det kungen och utrikesministern som representerar vårt land vid officiella besök i utlandet. Nu bröts denna tradition. Enligt vad kabinettssekreteraren upplyste mig gick regeringen med på denna ändring under förutsättning att frågan Raoul Wallenberg skulle bli ett huvudtema för förhandlingarna på högsta plan i Moskva. Den 25 mars, söndagen före avresan, definierade statsministern syftet med statsbesöket sålunda: »Jag ser som min uppgift i Moskva att göra vad ni åstadkommit i Sverige, nämligen att få de styrande att lyssna, att studera bevismaterialet och att lösa frågan positivt.»

När vår regeringsdelegation under ledning av statsministern och statsrådet Gunnar Hedlund förhandlade i Moskva så hade Sovjetunionens styrande kollektiv sedan tre veckor tillgång till den not, som excellensen Undén överlämnat till ambassadören Rodionov.

I denna not underströk regeringen att utrikesministern Undén den 8 november 1955 meddelat Sovjetunionens ambassadör att den svenska regeringen förfogar över *överväldigande bevis* för att Raoul Wallenberg förts till SSSR och som spion kastats i fängelse;

att vår Moskvaambassadör Sohlman redan den 29 september 1954 (efter exc. Undéns återkomst från Moskva där han fick samma löfte som nu statsministern) i en utförlig promemoria redogjort för de stränga krav som Sveriges regering ställt på vittnesförhören om Raoul Wallenbergs fängelseid i Sovjetunionen och att endast fullt tillförlitliga vittnesmål godtagits;

att i den svenska noten av den 8 november 1955 klarlagts för Moskva, att Sveriges regering under tiden fått nytt bevismaterial om Raoul Wallenbergs fångenskap i Sovjetunionen och att också dessa vittnesmål noggrant granskats av regeringens bästa expertis på området;

att alla våra vittnesmål motsvarar de *strängaste fordringar* en svensk domstol kan uppställa;

att två medlemmar av Sveriges Högsta Domstol minutöst prövat vårt material och fastställt att Raoul Wallenbergs omhändertagande av Moskvas funktionärer i Budapest och hans fångenskap på sovjetisk botten är helt bevisad;

att detta utlåtande av två justitieråd bifogades noten;

att Sveriges regering därmed är övertygad om att Sovjetunionen nu förfogar över alla förutsättningar att äntligen hitta Raoul Wallenberg och skicka honom tillbaka till sitt hemland.

Vid notens överlämnande den 9 mars 1956 påpekade utrikesministern muntligen för am-

aterialet om Raoul Wallenberg räcker inte, hävdade ordföranden i Högsta Sovjets unionsråd A. P. Volkov vid den ryska delegationens ankomst till Stockholm förra tisdagen. Vilket material är det då som från svensk sida överlämnats till Moskva? Huruvida det är bevismaterial som den svenska regeringen förfogar över? Det är så överväldigande, att alla förutsättningar finns för en snar positiv lösning av frågan, vilket betyder Raoul Wallenbergs hemsändande, förklarar i denna artikel

Rudolph Philipp

bassadör Rodionov det svenska alternativet att offentliggöra alla våra dokument i saken Raoul Wallenberg. Efter återkomsten informerade oss regeringsdelegationens sakkunniga på UD:s uppdrag om Moskvaförhandlingarnas gång. Då hörde vi bland annat att statsrådet Hedlund för sovjetryska vederbörande framhållit att allt bevismaterial måste redovisas för den svenska allmänheten, om frågan inte snarast löses positivt. När jag tackade statsrådet Hedlund för hans insats svarade han: »Ingenting att tacka för... det var bara det vi var där för att göra.»

Sovjetunionens premiärminister Bulganin och chefen för det allsmäktiga kommunistpartiet och därmed också högste makthavande för alla fängelser och arbetsläger Chrustjev och chefen för Sovjetunionens utrikesdepartement Molotov vet, om inte sedan många år så åtminstone sedan sju veckor, att Sveriges chargé d'affaires, förste legationsssekreteraren Raoul Wallenberg, omhändertogs i mitten av januari 1945 i stadsdelen Pest, att han fördes till Moskva och att han den 31 januari 1945 fanns i Folkkommisariatets för Inrikes Ärenden (NKVD:s) bekyttade fängelse Ljublanka i Moskva, några hundratals meter från Kreml. Cellens nummer och medfångarnas namn har Sverige meddelat Sovjetunionens ledare, som också vet att Raoul

Wallenberg därefter i många år satt i Moskva-fängelset Lefortovskaja. Utrikesminister Molotov känner genom noten och bilagorna även till namnen på Raoul Wallenbergs medfångar av olika nationaliteter som under tiden kommit tillbaka och oberoende av varandra avgivit överensstämmande vittnesmål om Raouls och hans chaufför och handsekreterare, civilingenjör Vilmos Langfelders, fångenskap.

Skulle Moskva mena allvar med sina löften till Undén 1954 och till Erlander helt nyligen, så hade det inte behövts en intetsäggande kommuniké i Pravda, en kommuniké som inte med ett ord antyder att Raoul omhändertagits av sovjetryska myndigheter i Budapest och kastats i fängelse i Sovjetunionen! Det skulle ha räckt med ett *circulärtelegram* från Bulgarien och Chrustjev till alla fängelser, isolatorer (straff-fängelser), arbetsläger och s.k. schweigelager (läger där internerna inte har den minsta kontakt med omvärlden och ingen chans att efter straffiden lämna deportationsområdet). Då skulle Raoul Wallenberg inom fyrtioåtta timmar med flyg ha kommit till Moskva, och Erlander och Hedlund skulle ha återvänt till Bromma i sällskap med Raoul.

Då hade det aldrig blivit aktuellt med publicering av det överväldigande materialet om Raoul Wallenbergs fångenskap och om de enligt UD bevisligen av Moskva inspirerade försöken att intill den dag som idag är vilseledda UD och oss om Raouls vistelseort och öde!

Skulle noten av den 9 mars 1956 och statsministerns Moskva-besök inte leda till en *positiv lösning* har utrikesledningen upprepade gånger lovat oss att lägga fram alla fakta för svensk opinion. En sådan publikation kallas populärt *vibok*, men detta uttryck användes enligt envoyén Lundberg inte diplomaterna emellan. Vad regeringen och utrikesledningen menar med *positiv lösning* i saken Raoul Wallenberg definierade Arne S. Lundberg som »slut på Moskvas förhållningstaktik och inga försök att nu komma med en dödsattest».

Nu är det för sent att göra Stalin och Beria till syndabockar! En sådan undanflykt skulle inte betyda slutet på kampen utan en ny början.

Raoul Wallenberg måste hem. Vi väntar inte längre.



När statsminister Erlander och inrikesminister Hedlund anlände till Bromma efter Sovjet-besöket intervjuades de i första hand om Wallenberg-frågan.

*Für Heelstein
unter 11/4 / für*

Dr. FRANZ LEMMENS
Dr. KARL HAMMERSCHLAG

NOTARE

KÖLN, den
Gereonsdriesch 6
Fernruf 21 38 39

4. APR. 1956

Postscheckkonto Köln 46627

Bei Zahlung bitte

Nr. **283/1956 L.**

angeben. **284/1956 L.**

KOSTENRECHNUNG

für Königlich Schwedische Gesandtschaft,

Köln-Marienburg, Ulmenallee 96

			DM	Pf	DM	Pf
283	28.1.	Beglaubigung der Unterschrift des Herrn Dr. Hermann Pörzgen, Bonn, unter einer Er- klärung über Wahrnehmungen in russischer Haft Gebühr §§ 26,39,144 RKO Umsatzsteuer	5.00	0.20	5.20	
284	28.1.	Beglaubigung der Unterschrift des Herrn Dr. Anton Mohrmann unter einer Erklärung über Wahrnehmungen in russischer Haft Gebühr §§ 26,39,144 RKO Umsatzsteuer	5.00	0.20	5.20	
					10.40	
					=====	
	Te.					

Dr. FRANZ LEMMENS
Dr. KARL HAMMERSCHLAG
NOTARE

KÖLN, den 4. APR. 1956
Gereonsdriesch 6
Fernruf 21 38 39

Postscheckkonto Köln 46627

Bei Zahlung bitte

Nr. 222/1956 L.

angeben.

KOSTENRECHNUNG

für die Königlich Schwedische Gesandtschaft

Köln-Marienburg, Ulmenallee 96

		DM	Pf	DM	Pf
21.1.	Beglaubigung der Unterschriften der Herren Karl Supprian und Dr. Claudio de Mohr unter einer gemeinsamen Erklärung in französischer Sprache über Wahrnehmungen in russischer Haft				
	Gebühr §§ 26,39,144 RKO	5.00			
	Umsatzsteuer	0.20			
				5.20	
Te.					

Dr. FRANZ LEMMENS
Dr. KARL HAMMERSCHLAG
NOTARE

KÖLN, den
Gereonsdriesch 6
Fernruf 21 38 39

4. APR. 1956

Postscheckkonto Köln 46627

Bei Zahlung bitte

Nr. 221/1956 L.

angeben.

KOSTENRECHNUNG

für die Königlich Schwedische Gesandtschaft
Köln-Marienburg, Ulmenallee 96

		DM	Pf	DM	Pf
21.1.	Beglaubigung der Unterschrift des Herrn Dr. Claudio de Mohr in Madrid, Calle Zurbano 96, unter einer Erklärung in französischer Sprache über Wahrnehmungen in russischer Haft Gebühr §§ 26,39,144 RKO Umsatzsteuer	5.00	0.20	5.20	
Te.					

Dr. FRANZ LEMMENS
Dr. KARL HAMMERSCHLAG
NOTARE

KÖLN, den 4. APR. 1956
Gereonsdriesch 6
Fernruf 21 38 39

Postscheckkonto Köln 46627

Bei Zahlung, bitte
Nr. 226/1956 L.

angeben.

KOSTENRECHNUNG

für die Königlich Schwedische Gesandtschaft

Köln-Marienburg, Ulmenallee 96

	DM	Pf	DM	Pf
21.1. Beglaubigung der Unterschrift des Herrn Karl Supprian, Hamburg-Hr.Flottbeck, Schwind- strasse 18, unter einer Erklärung über Wahrnehmungen an russischer Haft				
Gebühr §§ 26,39,144 RKO	5.00			
Umsatzsteuer	0.20			
			5.20	
			=====	
Te.				

Volksische Rundschau 23. 1. 1955

104 Heimkehrer aus Rußland eingetroffen

Erster geschlossener Transport seit Oktober – Noch 50 Deutsche im Lager Potma

Göttingen, 22. Jan. (dpa) Im Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen traf in der Nacht zum Samstag überraschend ein Transport mit 13 Heimkehrern aus dem sowjetischen Lager Potma (5110/43) ein. Seit dem 27. Oktober vorigen Jahres ist das der erste geschlossene Heimkehrertransport aus der Sowjetunion.

Die Heimkehrer gehören zu einem 104köpfigen Transport, der am 16. Januar Potma verließ. Ein Heimkehrer war aus unbekannten Gründen in Moskau aus dem Zug geholt worden, während ein zweiter, ein Amerikaner, als Einzelreisender nach Berlin fuhr. Die übrigen 102 Heimkehrer trafen am Donnerstag in Fürstenwalde an der Oder ein. Von dort wurden am Freitag 97 Heimkehrer in das Bundesgebiet entlassen.

Die Heimkehrer, die noch am Samstag zu ihren Angehörigen reisen konnten, berichteten, in dem rund 430 Kilometer südöstlich von Moskau gelegenen Lager Potma seien noch etwa 200 Insassen, darunter 50 bis 60 Deutsche. Der nächste Transport aus Potma soll nach den Angaben der Heimkehrer in Kürze zusammengestellt werden.

Volksische Rundschau 24. 1. 1955.

Eine Chinesin als „Retterin der Deutschen“

108 Entlassene aus dem Lager Potma bei Moskau

Friedland, 23. Jan. (up) Insgesamt 108 Heimkehrer aus der Sowjetunion, zum großen Teil in Jugoslawien geborene Volksdeutsche, trafen bis Samstagabend als Gruppenreisende im Grenzdurchgangslager Friedland ein. Sie kommen aus dem Lager Potma 5110/43 (südostwärts Moskau), das als sogenanntes Sammelager für Ausländer gilt.

Unter den Heimkehrern befinden sich sieben Frauen und sieben Kinder, die in Gefangenschaft geboren wurden. Das jüngste der Kinder ist 2½ Monate alt. In den Schilderungen über ihre Erlebnisse würdigten die Heimkehrer die Leistungen der Zahnärztin des Lagers Potma, der

38jährigen Chinesin Yan-Sudin, die den Deutschen selbstlos geholfen habe und von ihnen als „Retterin der Deutschen“ angesehen wird. Die Chinesin, die eine Strafe von fünfzehn Jahren verbüßt, soll den Wunsch haben, in die Bundesrepublik entlassen zu werden. Auch das Verhalten des Lagersanitäters, des Volksdeutschen Horwarth, wurde von den

Heimkehrern sehr gelobt. Er habe ebenfalls zahlreichen Deutschen das Leben gerettet.

Unter den noch zurückgehaltenen etwa 50 Deutschen in Potma soll sich auch die Diplomatenfrau Renate Stelzner befinden, deren Mann bis 1945 die deutsche diplomatische Vertretung in Bulgarien geführt haben soll.

Die Heimkehrer sind in gut geheizten Expresszügen befördert worden. In Fürstenwalde erhielten sie Einzelfahrkarten zu dem gewünschten Zielort in der Bundesrepublik. Entgegen der bisherigen Gepflogenheit, die Heimkehrer in geschlossenen Transporten zu befördern, wurde dieser Transport in vier Gruppen aufgeteilt, die auf verschiedenen Wegen nach Westdeutschland gelangten. Nur ein geringer Teil der Heimkehrer ist von den Sowjets wegen angeblicher Verbrechen verurteilt worden. Die übrigen wurden bis jetzt in der Sowjetunion zurückgehalten, weil den sowjetischen Behörden ihre Staatsangehörigkeit ungeklärt schien.

Schörner in Westdeutschland

„Alle deutschen Kriegsgefangenen sollen freigegeben werden“

München, 28. Januar (UP). Generalfeldmarschall Schörner, der vor kurzem von den Sowjets aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden war, ist nach einer Mitteilung der Grenzpolizei München am Freitagvormittag mit einem Kraftwagen aus Dresden über den Grenzübergang Töpen-Juchhoe nach Bayern eingereist. Er soll beabsichtigen, sich nach München zu begeben. Schörner, der in den letzten Kriegstagen in Zivil aus der Tschechoslowakei in einem Flugzeug geflohen und in Bayern in die Gefangenschaft geraten war, wurde später von den Amerikanern an die Sowjets ausgeliefert.

In einem Hotel in Hof übte Schörner scharfe Kritik an der Presse, die nur das veröffentlicht habe, was für ihn ungünstig sei.

Schörner teilte im Gegensatz zu der vom „Neuen Deutschland“ wiederholten sowjetischen Behauptung, es gebe keine Kriegsgefangenen mehr in der Sowjetunion, mit, der Leiter des Kriegsgefangenenwesens in der Sowjetunion, Oberst Kusnezow, habe ihn zu der Mitteilung ermächtigt, daß demnächst alle deutschen Kriegsgefangenen — der Ton müsse auf Kriegsgefangenen liegen — entlassen werden sollen. Er und Voß seien nur der Vortrupp. Dagegen könne er nichts über die Zivilverschleppten sagen. Zu den Kriegsgefangenen würden auch die Diplomaten gezählt. Schörner sagte, er finde die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen geradezu lächerlich. Er gebe zu, daß er auf eiserne Disziplin gehalten habe. Er erklärte sich bereit, vor einem deutschen Gericht Klarheit über diese Dinge herbeizuführen. Auch von seiner angeblichen Flucht nach Tirol könne keine Rede sein. Er habe vielmehr die Aufgabe gehabt, dort die Alpen-

front aufzubauen. In Anwesenheit seiner beiden Begleiter aus der Sowjetzone unterstrich er, daß er kein Kommunist geworden sei. „Das wissen die Russen auch.“

Strauß fordert einen Haftbefehl

Bundesminister Strauß hat den bayerischen Justizminister telefonisch gebeten, alle rechtlichen Möglichkeiten zu überprüfen, einen Haftbefehl gegen Schörner zu erlassen und ein Verfahren gegen ihn einzuleiten.

Auch der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestages, Hoogen (Union), erklärte, er hoffe, daß der zuständige Staatsanwalt am neuen Wohnsitz Schörners die entsprechenden Schritte einleiten werde. Die Bundesminister Kaiser und Tillmanns lehnten eine Stellungnahme ab.

„Keine Kriegsgefangenen mehr“

Berlin, 28. Januar (dpa). Das Organ der Sozialistischen Einheitspartei „Neues Deutschland“ hat am Freitag den verantwortlichen Politikern in Bonn vorgeworfen, sie wärmten im Zusammenhang mit der sowjetischen Erklärung, daß der Kriegszustand mit Deutschland beendet sei, die Kriegsgefangenenfrage wieder auf, um die Bevölkerung abzulenken. Die Zeitung spricht von einer Wiederholung der Lüge über die angeblichen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und erklärt, es gebe in der Sowjetunion keine Kriegsgefangenen mehr, sondern nur noch einige wegen Kriegsverbrechen verurteilte deutsche Staatsbürger. Auch die westlichen Alliierten hätten sich das Recht genommen, Kriegsverbrecher noch in Haft zu behalten.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZTG. 10.1.55

Zwölf Heimkehrer aus Rußland

Göttingen, 9. Januar (AP). Im Grenzdurchgangslager Friedland sind am Freitag zwölf Heimkehrer aus Rußland eingetroffen. Es handelt sich um Männer, Frauen und Kinder, die viele Jahre lang in der Sowjetunion festgehalten worden waren, bis es ihnen jetzt gelang, mit Unterstützung der diplomatischen Vertretung der Sowjetzone in Moskau ihre Ausreisegenehmigung zu erhalten.

Faltmarschall Schorn
Stewander eel. Kohn, Rind
schau 19/1 über annel Voss

Kaltesche Rundschau 20.2.55

21 Sowjetheimkehrer in Friedland

Göttingen, 19. Febr. Mit einem planmäßigen Interzonenzug sind in der Nacht zum Samstag 21 Heimkehrer aus der Sowjetunion im Lager Friedland bei Göttingen eingetroffen. Sie gehörten zu einem Transport von 37 ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die, wie berichtet, am Freitag im Sowjetzonen-Aufgangslager Fürstenwalde angekommen waren. Die Heimkehrer, unter denen drei Frauen sind, wurden in Friedland registriert. Sie waren zuletzt in dem etwa 600 Kilometer südöstlich von Moskau gelegenen Lager Potmar untergebracht.

Von den Heimkehrern wird der am 8. Dezember 1913 geborene Dr. Jürgen Rogozinski nach Bonn-Venusberg entlassen.

Weber (f. d. med. ab. tu
Canaris) ?

Dr. Roskel AA ?